alaska

[design by markovits]

Neue Weltmännlichkeit

[Globalisierung als ReMaskulinisierung]

Neue Weltmännlichkeit

Zeitschrift für Internationalismus

Juni 1998

Heft 220 DM 8,-

EDITORIAL

Teurer Durito!

Der Geist war all die Tage willig, doch der Chitinpanzer war schwach und konnte sich nicht aufraffen, deine Zeilen schleunig zu erwidern; es ist eine große Räkelfaulheit, die sich mit den ersten Frühsommertagen entwickeln will. Auch saß ich lange nachdenklich vor dem Abriß deiner Familiengeschichte und sah zweifelnd zu, wie aus deinem Brief eine lange Reihe nobler, unbeugsamer, für Recht und Freiheit kämpfender Käferahnen vor meinem geistigen Auge vorbeizog. Umgetrieben von diesem Eindruck, beschenkte ich meine eigene Familie ein Wochenende lang mit meiner seltenen Anwesenheit und sah mich nach Würdevollem um. Hm. Natürlich feiert man voll Pathos die Jahrestage der Befreiung vom Ameisenkolonialismus. Du weißt, zu Zeiten platter Ausbeutung wurden Blattläuse von Ameisen in großen Kolonien gehalten und gemolken; eine peinliche und unappetitliche historische Erinnerung. Nun, heute melkt man sich in kleinen, sauberen, hochmodernen Fabriken selbst und reüssiert auf den globalen Marktnischen für Spezialzuckersirup, während man die Transport- und Schmutzarbeiten von sozial abgestiegenen, billigen Saisonameisen erledigen läßt. Das ist der Fortschritt im demokratischen Zeitalter; aber nichts fürs Familienalbum. Ich werde dir gelegentlich von weiteren Ergebnissen meiner Suche nach heroischen Ahnenreihen berichten.
Ich mühe mich, du siehst es, mich passend zur politischen Mode zu kleiden. Soweit das Auge reicht, erblickt es Karawanen. Ihr seid wieder ganz vorne dran, mit den "humanitären" Karawanen, in denen, wie ich höre, vor allem mexikanische StudentInnen sich nach Chiapas bewegen, um Operationen der Armee und die Menschenrechtssituation zu überwachen, und mit der Vorbereitung der Karawane von 1111 sozialen Organisationen nach Chiapas, als Antwort auf eine EZLN-Karawane nach Mexico-City. Hierzulande bereitet sich die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen vor, die zur brütenden Sommerhitze durch die Städte ziehen wird, als einzige nennenswerte Aktion sozialer Bewegungen vor der Wahl. Zwischen dem alten Büro und der Bernhardstraße zieht derweil eine Karawane meiner RedakteurInnen, beladen mit Farbe, Zementsäcken und wahllosen Archivmaterialien; bisweilen streift mich ein ausdrucksloser Kamelblick.
Andere Karawanen gehen zuende: so die beliebte Polizei-Karawane, die sich alle paar Monate zu tausenden durch Moor und Heide schlängelte, um ein paar fröhlich strahlenden Castor-Behälter das Geleit zu geben. Zu teuer auf die Dauer; aber da man sich dem Druck der Straße niemals beugt, werden plötzlich ein paar Strahlenwerte ausgegraben, die seit Jahren schon durch die Gerichte geistern ... Sei's drum. Wenn einstmals die mexikanische Armeeführung entlassen wird, weil sie ihre Einkommenssteuer nicht gemacht oder zu oft falsch geparkt hat: beschwert euch nicht über den Grund.
Mir ist heiß, Durito, unter meinen Karawanenlappen. Ich gedenke zum Eisfach zu robben und einen Durito-Becher zu kreieren. Einstweilen verbleibe ich mit den herzlichsten Grüßen.

deine alaska

MAILBOX

SHORT CUTS

alaska 220 ◆ Juni 1998

Unsere neue Adresse:
alaska
Bernhardstr. 12
28203 Bremen
Telefon/Fax: wie gehabt

INHALT

THEMEN

DEBATTE

KONTEXTE

BUKO

Claudia Bernhard

Die Transformation zur Weltgesellschaft oder das aufgeblähte Patriarchat

Es gibt heute kaum mehr gesellschaftliche Vorgänge, die nicht unter dem Stichwort "Globalisierung" subsumiert werden und tatsächlich werden kaum Bereiche von den weltweiten Vorgängen verschont. Folgerichtig wird gerade am Geschlechterverhältnis ordentlich gezogen und gezerrt. Der folgende Text wirft einen Blick auf die zukünftigen Tendenzen in dieser Epoche der patriarchalen Geschichte und beschäftigt sich somit damit, wie Männer wieder einmal in ihrem einzigen Lebenszweck aufgehen, nämlich in der Behauptung ihrer hegemonialen Stellung.

Globalisierung ist nicht zuletzt deswegen ein Thema, weil Männer sich betroffen fühlen. Die Auflösung nationalstaatlicher und sozialstaatlicher Garantien trifft auch Männer in einer bislang nicht gekannten Weise: "Was derzeit so heftig beklagt wird, sind also nicht Deregulierung, Flexibilisierung und Globalisierung per se, sondern daß davon zunehmend die Kern-Mannschaften betroffen sind. mit anderen Worten: dem weißen, männlichen 'Normalarbeiter' droht die 'Verweiblichung'... Das Ende der 'Arbeitsgesellschaft' kündet vom Ende des rundumversicherten und von Frauen versorgten männlichen Prototyp des industriellen Paradigmas." (Kulawik, S. 304/5)
Andererseits scheint Männlichkeit im Zeitalter der Globalisierung prima voranzukommen. Männlichkeiten werden geradezu neu aufgelegt. Es etabliert sich ein ganzes Set neuer Prototypen von Männlichkeit - mit neuen Aufstiegs- und Identitätsangeboten für Männer und mit der Aussicht, feministische Ansprüche und Teilerfolge abzuschütteln.

Von feministischer Seite ist die Unsicherheit groß. Analysen zunehmender Frauenunterdrückung im Globalisierungs-Kontext wechseln unmittelbar mit Hoffnungen auf angebliche feministische Chancen daraus. Offenbar ist es gerade die Aufspaltung in "multioptionale Männlichkeiten", die dem globalisierten und modernisierten Patriarchat heute zu ungeahnten Kraftreserven verhilft.

Die zivile Transformation von Gewalt/Herrschaft

In der Komplexität der globalen Wirtschafts-und Gesellschaftsprozessen verfügt die Maskulinisierung über eine Fülle von schillernden Seiten, teilt sich aber grundsätzlich in zwei Bereiche ein. Zum einen in einen plakativen "Backlash", in dem sich die rohe Gewalt gegen Frauen wieder offensiv zeigt und zunimmt, zum anderen - und der Teil ist wesentlich schwerer aufzuspüren - in einer modernen, quasiaufgeschlossenen Politik.
Die kriegerischen, sprich militärischen Auseinandersetzungen haben in den letzten Jahren enorm zugenommen und das nicht nur im außereuropäischen Bereich. Die körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen ist angestiegen, was sicher auch die Konsequenz aus den aufkeimenden Nationalismen ist. Die unbezahlte Arbeit von Frauen nimmt zu, während ihre Erwerbstätigkeit abnimmt. Insgesamt verschlechtert sich ihre Situation auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und politischen Lebens (Uta Ruppert).

Sehr viel schwieriger ist der patriarchale Gehalt bei den Entwicklungen auszuloten, die augenscheinlich so geschlechtsneutral oder sogar frauenfreundlich daherkommen. Die aufgeklärte Männlichkeit verfügt über einen gewissen Charme, und setzt längst zivilisierte und verfeinerte Machtmittel ein, frei nach dem Motto: die effektivste Unterdrückung ist die, die nicht bemerkt, sondern mitreproduziert wird.
In dem Kontext bietet die Transformation oder Verlagerung der politischen Steuerungs- und Entscheidungssysteme von staatlicher auf die internationale Ebene ungeahnte Möglichkeiten. Globalisierung bezieht sich schließlich nicht nur auf die weltwirtschaftlichen Verflechtungen, sondern

strukturiert auch die kulturellen, ökologischen und politischen Beziehungen. Die internationalen Organisationen folgen denselben demokratischen Gesetzen wie die nationalstaatlichen, nur daß es noch weit weniger kontrollierbar ist. Und diese Gesetze regulieren Macht und Gewalt, Integration und Ausschluß, und sind in keinster Weise auf den Abbau dessen ausgerichtet. Im internationalen Prozeß ist die Einflußnahme heute beschränkter denn je, wird aber gleichzeitig als partizipationsfreundlich und transparent verkauft. Dieser altbewährte Ansatz findet sich im Konzept der "Global Governance" wieder, in dem zum ersten Mal die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einbezogen werden. Die "Commission on Global Governance" machte mit ihrem Bericht 1994 deutlich, daß angesichts der internationalen Krisen und Probleme eine neue "Weltordnungspolitik" abgesteckt und umgesetzt werden müsse. Auf welche Weise dies zu geschehen hat, ist an den Vorschlägen abzulesen, die darauf hinauslaufen "die globalen Gemeingüter" zentraler zu verwalten oder eine "Weltsozialordnung" effektiver durchsetzen zu wollen. Damit werden keineswegs die hegemonialen Wirtschaftsmächte und ihre Institionen wie die Weltbank oder die WTO in Frage stellt, sondern im Gegenteil, durch wuchernde Demokratisierungsprozesse deren Politik legitimiert.
Der Regelungs- und Vermittlungsbedarf zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf internationaler Ebene ist angestiegen und damit auch die Notwendigkeit weite Teile der "Zivilgesellschaft" zu integrieren, was nichts anderes heißt, als daß sich NGOs in Zukunft als mitfunktionierender Teil im erneuerten System des Neoliberalismus und der globalen Wettbewerbsgesellschaft sehen dürfen.
Möglich wird das durch das perfektionierte Prinzip der "angepaßten Partizipation", Grundlage aller Demokratisierungsprozesse und wesentlicher Bestandteil jeglicher Modernisierung. Angepaßte Partizipation bedeutet, daß partieller, abgestufter Zugang zu den Machtmitteln und Entscheidungsprozessen gewährt wird, der Zugang aber abhängig von der Zustimmung zu den Strukturen ist. Anders ausgedrückt: wer gleicher ist, darf mitbestimmen. Dieses Prinzip setzt sich heute auf dem globalen Terrain fort und erreicht hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses einen neuen Standard.

Birgit Sauer spricht (vgl. Text in diesem Heft) vom "Wechsel der 'industriellen' zur 'postindustriellen' Geschlechterordnung". Der Nationalstaat verliert an Bedeutung bzw. muß sich an die Bedingungen der internationalen Marktentwicklung anpassen, d.h. die wenigen Errungenschaften im Sinne der Gleichberechtigung, die im sozialstaatlichen Gefüge möglich waren, bauen sich ab und finden im globalen Zusammenhang keine Entsprechung. Der gegenwärtige Prozeß hat folgende Wirkungen: einmal die Verschlechterung der Situation von Frauen durch die Verschiebungen innerhalb der nationalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, und zum anderen die quasi geschlechtsneutrale Ausbreitung des Neoliberalismus, der die Hierarchien zwischen Männern und Frauen wieder in wachsender Brutalität festschreibt.

Rückblickend betrachtet, bietet die Herausbildung des modernen Nationalstaates viel Anschauungsmaterial für die gelungene Politik von Ausbeutung und Integration auf ziviler Basis, also ohne Anwendung von roher Gewalt. Die verbreiterte Teilhabe an der Macht schlug sich in männlicher Bürokratie und Institutionalisierung nieder, die Frauen strukturell benachteiligt hat und Partizipation an die Systemstabilität knüpfte. Der maskuline Globalstaat baut seine Institutionen nach dem Muster des westlichen Nationalstaats, entledigt sich aber des direkteren Zugriffs "von unten" und des Forderungsdrucks nationaler Gesellschaften. Die Druckempfindlichkeit ist durch diese Verschiebungen gesunken, der maskuline Globalstaat ist daher sowohl unkontrollierter und in Teilen "exzessiver", als auch insgesamt "zivil", und kann sich wieder ungehemmter entwickeln.
Trotzdem werden von vielen Autorinnen in diesem Kontext Chancen für eine größere Einflußnahme bzw. auch eine Destabilisierung der hegemonialen Strukturen gesehen. Es gelte, den Bedeutungsverlust des patriarchalen Nationalstaates zu nutzen, um auf die globale Verankerung der modernen Männlichkeiten Einfluß zu nehmen und sie zu beschränken. Wenn auch meistens in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt, werden gerade für das Geschlechterverhältnis die Karten neu gemischt und das bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis von Männern zu Frauen und umgekehrt, sondern beinhaltet auch die Verschiebungen innerhalb der Geschlechter. Die Luft wird dünner für die erfolgreiche männliche Biografie, Erfolg und Teilhabe sind jedenfalls einem weit kleineren Anteil von Männern garantiert oder zugänglich. Dieses Absinken der "patriarchalen Dividende" (Connell) führt jedoch nicht zwangsläufig zu einem solidarischen Verhalten gegenüber weiteren unterdrückten Gruppen, zum Beispiel der Frauen, sondern bekanntermaßen eher zu einem Revival des "starken Mannes", der Bedeutungsverlust wird über "alte", traditionelle Männlichkeitsmuster kompensiert (siehe auch den Aufstieg der Neuen Rechten).

Bei Frauen hingegen gibt es seit Jahren einen entsprechenden Prozeß, sie docken dort an, wo das Patriarchat durchlässig oder zumindest halb-durchlässig geworden ist, also an den Stellen wo moderne Männer moderne Frauen akzeptieren, ganz im Sinne der "angepaßten Partizipation". Dies läßt sich auf der Ebene der harten Männlichkeit nachvollziehen, dort wo Frauen stärker an den konkreten Kampfeinsätzen beteiligt werden, und dieses Frauenbild findet in den Medien seine Entsprechung, als Gleichberechtigung á la Demi Moore als "G.I. Jane" oder Meg Ryan als Kampfpilotin in "Mut zur Wahrheit", die posthum die höchsten militärischen Weihen erhält, nach der Devise, Frauen können die besseren Männer sein.
Diese Vorgänge erweitern sich auf dem internationalen Polit-Parkett. Selbst unter Feministinnen gibt es die Einschätzung, daß sich, obwohl die Lage der Frauen eine bedrohliche Richtung nimmt, die Möglichkeiten für eine internationale Frauenbewegung verbessert haben. Eine Situation, die paradox klingt, aber bei näherem Hinsehen eine gewisse Logik hat. Besonders am Konzept der "Global Governance" zeigt sich, wie attraktiv moderne Männlichkeit für Frauenpolitik sein kann. Denn obwohl es eine kritische Sichtweise gibt: "so wie die NGOs im Prozeß von global governance teilweise als Legitimationsbeschafferinnen von Regierungen und Institutionen dienen, fungierten zumindest bei der Weltfrauenkonferenz in Peking die vielfältigen und äußerst zahlreichen Basisorganisationen von Frauen weltweit u.a. als Legitimationsbeschafferinnen der hoch professionalisierten, konstenintensiven Lobbyarbeit von wenigen Expertinnen."(Ruppert, S. 100) - wird gleichzeitig in diesen Prozessen nach den "Möglichkeiten zu einer radikalen Neubestimmung der Inhalte und Formen globaler Politik" gefahndet (ebenda). Internationale Frauenorganisationen wie DAWN* propagieren das positive Anknüpfen an Global Governance. In der Neuauflage von männlicher Ordnungspolitik auf Weltebene wird der erfolgversprechende Ort für eine emanzipatorische Entwicklung gesehen. Bei klarer Betrachtung ein aussichtsloses Unterfangen.
Die Verführbarkeit liegt u.a. daran, daß es eine ungebrochen positive Haltung zu Zivilgesellschaft und Demokratie gibt und sie als Garantien für eine freiere, gerechtere Welt angesehen werden. Frauenforderungen, Frauenbewegung und ihre Politik knüpfen genau an denselben patriarchalen Mythen an, die die Verschlechterung ihrer eigenen Situation nach sich ziehen, bzw. bewirken, daß es nur wenige Frauen geben wird, die in diesem System miteinbezogen werden, die ein paar Krümel von einem Kuchen abkriegen, der verdorben ist. Der Glaube an die "good governance" zeugt schon von der irrigen Meinung, es gäbe eine gute Weltregierung und eine schlechte. In Wahrheit gibt es nur die eine, die Zivilisierung und Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hat, und die Machtausübung in verschiedene Formen gießt. Die eine davon zeigt sich als nackte Gewalt, und die andere als subtile Unterdrückung, beide bedingen und brauchen sich. Die Remaskulinisierung hat nicht nur die harte und unübersehbare destruktive Seite, sondern verfügt notwendigerweise auch über die leise, vermeintlich freundliche und weitaus gefährlichere Seite.

Das Spiel mit den pluralen Männlichkeiten ist ein Spiel "guter Bulle, böser Bulle": Zuerst knöpft sich der "böse Bulle" den Verdächtigen vor, bedroht ihn, schlägt ihn zusammen, um ihn gefügig zu machen. Danach wird der "gute Bulle" hineingeschickt. Der ist freundlich, verständnisvoll, bietet einen Kaffee oder eine Zigarette an, vermittelt das Gefühl von Vertrauen und Sicherheit und bricht erst endgültig die Widerstände, die der "böse Bulle" aufgrund seines Auftretens nicht überwinden kann.
Dieses Spielchen funktioniert beim Auskarten des internationalen Geschlechterverhältnisses ganz genauso. Zunächst werden die Frauen umfassend unter Druck gesetzt, mit allen Varianten von Strukturanpassungsprogrammen und Deregulierungen geschurigelt und sind dem Walten und Wirken der Herren in der WTO und der Weltbank ausgesetzt. Dann werden ein paar Frauen ausgewählt, dürfen auf den bereitgestellten Ledersesseln Platz nehmen und werden erwartungsvoll nach ihren Konzepten und Plänen gefragt, die sie dann geschmeichelt auf den Tisch legen. Wenig später haben sie vielleicht einen Job im verzweigten Gefüge der Weltbürokratie und finden ein paar Versatzstücke ihrer Konzepte im frisch erstellten Plan für die Konstituierung einer maskulinen Gesamtordnung. Ist das nun Fortschritt oder ein Rückschlag? Tatsache ist jedenfalls, daß der "globale Mann" der 90er gelernt hat. Er ist, ganz nach dem Zitat von Farin Urlaub, Bandmitglied der "Ärzte", "sanft, einfühlsam, mit guten Manieren - aber rücksichtslos" (SPIEGEL 24/1998)

Glocaler Maskulinismus

Wir haben es also mit einer neuaufgelegten Männlichkeit zu tun, die sich nicht nur global auswirkt und aus nationalen

Unterdrückungsmustern hervorgegangen ist, sondern die wieder auf die lokalen Zusammenhänge zurückschlägt und Bestandteil unserer Alltagserfahrung wird. In Spiegelung zu den globalen Entwicklungen sind wir mit Mischformen von Männlichkeit konfrontiert, die sich als "glocaler Maskulinismus" beschreiben lassen. Auch hier spielt sich das Ganze zwischen zwei Polen ab, dem eher dummdreisten Erstarken männlichen Selbstbewußtseins nach Jahren der Anfeindung durch die Frauenbewegung und dem eher feminisierten, aufgeklärten Mann, der es versteht, die Erkenntnisse der feministischen Kritik für sich zu nutzen, um sich auch in dieser Beziehung zu legitimieren.

Für den ersten Pol stehen die Männer, die Ansprüche geschickt mit Gegenangriffen parieren. Ein Beispiel ist die jüngste Debatte um die Väterrechte, unter anderem nachzulesen im SPIEGEL der letzten Wochen. Diese Botschaft, die sich als Anti-pc-Diskurs aktuell hoher Beliebtheit erfreut und durch die Medien geistert, ist klar: Wir drehen den Spieß um, wir leiten von den Forderungen, Pflichten zu übernehmen, neue Recht ab. Hier wird bei der Eingrenzung und Denunzierung in bezug auf die Ansprüche von Frauen kein Blatt mehr vor den Mund genommen und zu guter letzt Männer zur in Wahrheit unterdrückten Gruppe erklärt.
Der andere Teil ist da schon gewitzter, steht sich selbst distanzierter gegenüber und reflektiert die blinden Flecken des eigenen Geschlechts mit Hingabe und Akribie, aufgrund der klaren Einschätzung, daß es ohne die Kooperation mit Frauen nun mal nicht geht, und es wäre nebenbei bemerkt auch deutlich langweiliger. Logischerweise ist ihnen aber die Autonomie oder auch eine gewisse Bezogenheit von Frauen untereinander suspekt bzw. unheimlich. Das heißt, an einer Separation oder der Betonung des Geschlechterunterschieds besteht wenig Interesse, mit ein Grund, warum die Geschlechterforschung und der gender-Ansatz sich zunehmender Beliebtheit erfreut.

Wenn man/frau die trendigen Zeitgeist-Auswüchse vor diesen Hintergrund stellt und entsprechend interpretiert, werden verblüffende Verbindungslinien sichtbar. Der aktuelle Saison-Hit "Männer sind Schweine" der Popgruppe Die Ärzte vermittelt exakt das Lebensgefühl, das sich in der Herangehensweise der wissenschaftlichen Debatte um die Dekonstruktion niederschlägt. Der geläuterte Mann ironisiert seine offen zutage liegenden Maskulinitäten und läßt sich bereitwillig auf den Abbau der Geschlechtszuspitzung ein. Trotz allem liegt das hauptsächliche Gewicht mehr oder weniger unmerklich auf der Dekonstruktion der weiblichen Identitäten. Das Ganze wirkt wie eine Frischzellenkur auf die neue Männlichkeit: einmal schöpft mann durch die augenscheinliche Kooperationsbereitschaft den Legitimationszuwachs ab, und zum anderen entsteht gleichzeitig eine neue Souveränität und Restabilisierung für das männliche Ego.
Die Einbettung in die globalen Prozesse tut ein Übriges, um diesen Effekt zu fördern. Durch die Mobilisierung und Flexibilisierung von Menschen, Informationen und Ressourcen ist es möglich geworden, sich eine Form von Weiblichkeit aussuchen zu können, ob mann sich nun kurzerhand in die Lüfte gen Süden schwingt, die zunehmende Differenzierung unter Frauen im eigenen Land nutzt, sich die gefügige Frau virtuell zurechtschneidert, oder feministischen Protest mit der flockigen Bemerkung abfedert: "Die Feministinnen in Asien sehen das aber ganz anders", ist im Ergebnis egal. Die Botschaft, die das neue männliche Selbstbewußtsein begleitet, heißt: Mann muß ja nicht. Aber mann kann.

Anmerkungen:
* DAWN = Development Alternatives With Women For A New Era, internationale Frauenorganisation insbesondere der südlichen Kontinente, gegründet Mitte der 80er Jahre.

Literatur:
Birgit Sauer, in diesem Heft
Teresa Kulawik: Jenseits des androzentrischen Wohlfahrtsstaates? Theorien und Entwicklungen im internationalen Vergleich, in: Eva Kreisky und Birgit Sauer (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS Sonderheft 28/1997, Wiesbaden 1998.
Uta Ruppert: Die Kehrseite der Medaille? Globalisierung, global governance und internationale Frauenbewegung. Beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 47/48, Köln 1998.
Robert W. Connell: Männer in der Welt: Männlichkeiten und Globalisierung, in: Multioptionale Männlichkeiten? Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 67, Bielefeld März 1998.
"Sanft und rücksichtlos". Interview mit den Ärzten, SPIEGEL 24/1998.

Birgit Sauer

Nationalstaat und Männlichkeit

Hat die Globalisierung ein Geschlecht?

Telekommunikativ spült die Globalisierungswelle eine Form von Männlichkeit an die Strände westeuropäischer Bildschirme, die überwunden zu sein schien: "rohe", "barbarische", "archaische" Formen von Männlichkeit bei kriegerischen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien, ein wildes Rebellen- und Bandentum in den einst sowjetischen Staaten, eine maskulinistisch unterfütterte Vendetta in Albanien. Diese Männlichkeitsbilder werden als Indizien eines Rückfalls in vormoderne Männlichkeit als Folge der Erosion von Nationalstaaten präsentiert. Bemerkenswert ist, daß zwar offenbar Vergewaltigungen im Jugoslawienkrieg als Ausfluß von Männlichkeit gegeißelt oder "wilde Männer auf dem Balkan" in ihrer ungehemmten kriegerischen Geschlechtlichkeit entdeckt werden, daß aber die Sphären internationaler Ökonomie und Politik nicht als "Schlachtfelder" sich zu bewährender "verfeinerter" Männlichkeit wahrgenommen werden und der geschlechtliche Charakter von neuen globalen Regulierungsmustern nicht thematisiert wird.

Alle Rechnungen in der Globalisierungsdebatte werden ohne Geschlecht gemacht. Wie auch in anderen Diskursfeldern können wir einen "Schulterschluß" zwischen geschlechtsblinder Wissenschaft und eingeschlechtlichem Gesellschafts- und Politikprozeß beobachten: Bis auf eine Handvoll Frauen gibt es eine einträchtige Männerdominanz sowohl in der Gruppe der "global players" - der Hochfinanz wie der hohen Politik - als auch in der Gruppe der "global analysts". Dem "Turbokapitalismus" entspricht ein offensichtlicher "Turbomaskulinismus" von Politik und Wissenschaft. Andererseits fehlen empirische Analysen, die die sich verändernde Situation von Frauen im weltumspannenden Transformationsprozeß plausibel erkärbar machen, und so bleibt es vielfach bei der bekannten Unterstellung, daß Frauen wieder einmal die Verliererinnen, die Opfer und Geopferten - nun im Weltmaßstab - seien.

Erosion und Sedimentierung: Geschlechter"geologie" im Zeitalter der Globalisierung

Trotz dieser prima vista eleganten Thesen von Maskulinisierung und Aufwertung bzw. Feminisierung und Abwertung muß die Globalisierungsdiskussion ambivalente Lesarten berücksichtigen. Globalisierung ist kein eigenständiger kausaler Prozeß, sondern eine Resultante aus mehreren interagierenden Prozessen. Globalisierung ist ein "inklusiver, struktureller Kontext" (Jessop 1997). Dies bedeutet, daß Globalisierung nicht allein als Transformation jenseits der Geschlechterlogik, die dann auf Geschlechterverhältnisse einwirkt, zu begreifen ist, sondern als ein immanent geschlechtlicher Prozeß. Eine offene Frage ist allerdings, ob Geschlecht weiterhin eine solch wichtige Kategorie wie im nationalen Sozialstaat sein wird. Die Dynamik des Handlungshorizontes Globalisierung kann in Richtung Ver- und Entgeschlechtlichung laufen, kann die Auflösung von Geschlechtszuschreibungen (vgl. Bakker 1995:69) wie auch neue Sedimentierungen und Kristallisierungen von Männlichkeit und Weiblichkeit - insbesondere entlang der Linien von Klasse und Ethnie bedeuten. Bereits jetzt deutet sich ein Wechsel von der "industriellen" zur "postindustriellen" Geschlechterordnung an. Hegemoniale Männlichkeit und Weiblichkeit schlingern im Sog globaler Kontinentaldrift. Aber es ist noch nicht ausgemacht, welcher Modus der Vergeschlechtlichung von politischen und ökonomischen Institutionen sich durchsetzen wird.

Der Globalisierungsdebatte, die im feministischen Kontext gerade erst begonnen hat, kann es nur guttun, den stieren Blick von den gleichsam unausweichlich erscheinenden "barbarischen" Aspekten der Globalisierung auf Paradoxien und Ambivalenzen in diesem Prozeß zu lenken. Globalisierung ist möglicherweise eine Chance, daß Männlichkeitsmuster, die die westlich-industriegesellschaftlichen National- und Sozialstaaten etabliert haben, entprivilegiert und aufgelöst werden, so daß mehr Geschlechtergerechtigkeit möglich wird. Männlichkeit und Weiblichkeit könnten zu Auslaufmodellen des 19. Jahrhunderts werden. Mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit ist indessen anzunehmen, daß versachlichte, institutionalisierte Männlichkeit konserviert wird, weil sie sich als produktiv für gegenwärtige Transformationsprozesse erweist. Das Verblassen tradierter patriarchaler Muster kann also in einen Prozeß der Re-Formierung von Männlichkeitsmustern umschlagen. Dies deutet sich an einigen Entwicklungen bereits an, die ich im folgenden kurz skizzieren möchte. Das Ziel meiner Überlegungen ist es, Restrukturierungsformen von Männlichkeit im globalen Transformationsprozeß sichtbar zu machen.

Hier ist allerdings ein Vorbehalt zu machen: Da der Mann das wissenschaftlich nahezu unbekannte Wesen ist, basieren die folgenden, noch sehr rudimentären Überlegungen

nicht auf empirischen Untersuchungen, sondern vielmehr auf "Plausibilitätskonstruktionen" und Analogieschlüssen. Deshalb werde ich im historischen Galopp die Verkettung von National- und Sozialstaat mit Männlichkeit beleuchten und daran Überlegungen anschließen, wie sich dieses historisch gewordene Verkettungsverhältnis gegenwärtig transformiert.

Zum Zusammenhang von Staat und Männlichkeit

Globalisierungskritische Diskurse rufen Assoziationen von kapitalistischer Entgrenzung sowie politischem Zerfall und politischer Erosion hervor. Der nationalstaatlich gezähmte Kapitalismus - so die Befürchtung - sprengt seine institutionellen Grenzen, und die Zivilisierung des Marktes durch den Staat schlägt in die blanke Barbarei des Marktes um. In einer solchen Sicht wird vergessen, daß nationale (sozial)staatliche Regulierungen der kapitalistischen Ökonomie ganz spezifische Formen der Privilegierung von Männlichkeit waren und sind.
Männlichkeit entsteht in norm- und institutionenbildenden Praxen von Männern und ist einerseits eine historisch sedimentierte Struktur bzw. Institution, andererseits eine Vielzahl kultureller und politischer Praktiken - ein "doing masculinity" (vgl. Ramazanoglu 1992:342). Männlichkeit bezeichnet mithin historisch variable, kultur- und klassenspezifische Konfigurationen geschlechtlicher Diskurse (vgl. Maihofer 1995). Männlichkeit wird in unterschiedlichen Sphären konstruiert: am Arbeitsplatz, in der kapitalistischen Produktion, in der Familie, in und durch staatliche Institutionen.
Das öffentliche Patriarchat des modernen Staates ist ein brüderliches Patriarchat, das die private Herrschaft der Väter substituierte (vgl. Pateman 1988). Innerhalb dieser patriarchalen Strukturen sind Männer sowohl ausgebeutet und unterdrückt (beispielsweise durch den kapitalistischen Arbeitsvertrag), sie sind aber auch privilegiert und in einer Herrschaftsposition institutionell abgesichert (durch den Gesellschafts- bzw. Geschlechtervertrag). Kurz: Zwischen Männlichkeit und Staatlichkeit besteht ein strukturelles Äquivalenzverhältnis: Moderne Staatlichkeit "verbannte" "rohe" Männlichkeit (Stichwort: staatliches Gewaltmonopol) und kanalisierte Leidenschaften in Interessen (vgl. Hirschman 1977). Als Substitut wurde Männlichkeit im Unterschied zu Weiblichkeit durch Partizipation im Staat institutionell überhöht und privilegiert. Mannsein und die politische Gleichheit zwischen Männern schob sich mit der Herausbildung des modernen Nationalstaats deutlich ins Zentrum politischen Bemühens (vgl. Kreisky 1997): Die Frage der "Geschlechterzugehörigkeit" im Sinne familiär-ständischer Beziehungen rückte zugunsten der Zugehörigkeit zu Genus-Gruppen in den Hintergrund. Die Idee des "Staatsbürgers" machte Männlichkeit zur Ressource für kapitalistische Mobilisierung, für die Etablierung der bürgerlichen Ordnung und zum Bindemittel sozialer Integration. Anders ausgedrückt: Macht- und Kapitalbildung schufen institutionalisierte Männlichkeit und wurden durch Männlichkeit befördert. Das Geschlecht des modernen Staates ist männlich (vgl. Kreisky 1995).

Unbeschadet der politischen Gleichheit der Bürger-Brüder blieb ökonomische Ungleichheit zwischen Männern selbstverständlich.
Auch der Keynesianische Wohlfahrtsstaat basiert auf einer männlichen Form staatlicher Regulierung, in der Zweigeschlechtlichkeit und Maskulinismus notwendig zum politisch gestalteten Raum gehörten - der "Massenarbeiter" des Sozialstaats (O'Connor 1995:393) war und ist ein männliches Subjekt. Das bürgerliche Familienlohnmodell mit männlicher Verantwortungslosigkeit gegenüber der Reproduktion der Gattung und männlicher Verfügung über Frauen wurde durch den Wohlfahrtsstaat institutionell abgesichert und hegemonial. Der moderne Sozialstaat garantierte - wenn auch in unterschiedlich gearteten Regimen (vgl. Kulawik 1996) - allen Männern Privilegien gegenüber Frauen, auch solchen Männern, die im Zuge der Kapitalisierung entrechtet und ausgebeutet wurden. Wohlfahrts- wie Arbeitspolitik basieren auf einem Kompromiß unter Männern: Sie schützen den Sektor lebenslanger männlicher Vollerwerbstätigkeit, während private, weibliche Arbeit ungeschützt den Bedürfnissen kapitalistischer Reproduktion ausgesetzt bleibt.

Globalisierung: Auflösung und/oder Reformulierung nationalstaatlich gebundener Männlichkeit?

Globalisierung ist zum einen ein Prozeß der inneren Widersprüchlichung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und zum anderen die Entgrenzung des einst nationalen Kapitals, d.h. die vollständige Durchkapitalisierung der Welt. Bereits seit Mitte der siebziger Jahre erweist sich die Wohlfahrtsstaatsbürokratie als eine Barriere für die kapitalistische Akkumulation und als Bremser ökonomischer Globalisierung (vgl. kritisch O'Connor 1995:396ff.). In der Folge der "Entgrenzung" des national gebundenen Kapitalismus, aber auch als Ergebnis wachsender Migrationsbewegungen sowie innerer Widersprüche nationaler Politiken muß der Nationalstaat sein Gesicht ändern: Er wird "denationalisiert" und "internationalisiert" zugleich (vgl. Burchardt 1996:742; Sassen 1996). Nationalstaaten werden zwar nicht völlig verschwinden, aber "traditionelle" Institutionen werden ausgehöhlt und mit neuen Funktionen ausgestattet. Mit dem Wandel vom "Sicherheits- zum Wettbewerbsstaat" (vgl. Hirsch 1995; Cerny 1997) stellt der Nationalstaat optimale Verwertungsbedingungen für das internationale Kapital her und nimmt deshalb soziale Sicherungen und Institutionen sozialer Massenintegration zurück.
Ich möchte abschließend Entwicklungstendenzen sedimentierter Männlichkeit im Kontext dreier nationalstaatlicher Transformationen diskutieren: der Supranationalisierung, der Informalisierung und Entstaatlichung von Politik sowie der Transformation des keynesianischen Sozialstaatsarrangements.
1. Globalisierung heißt, daß mit dem Ende nationalstaatlicher Regelungsfähigkeit des Verhältnisses von Kapital und Arbeit das Primat des souveränen Staates zerbröselt und

sich auf internationale Institutionen verschiebt. Entgegen der Hoffnung auf eine Erosion nationalstaatlich institutionalisierter Männlichkeit ist davon auszugehen, daß auch die neuen übernationalen Institutionen bürokratische Strukturen entwerfen (vgl. Puntscher Riekmann 1997) und daß diese Generierung supranationaler bürokratischer Regelungsmuster keineswegs mit der Infragestellung versachlichter Männlichkeitsmuster des bürokratischen Organisationsprinzips verbunden ist. Im Gegenteil: Supranationale Staatlichkeit wiederholt die bürokratischen, männerdominierte Staatsbildung der Nationalstaaten des 18. und 19. Jahrhunderts und arbeitet mit eingekapselten männlichen Praxen weiter. Eines der offenliegendsten Beispiele für die Männerträchtigkeit internationaler Institutionen ist der EuGH, der die Frauenförderpolitik Bremens (1995) und NRWs (vermutlich in Bälde) kippt. Das Bundesverfassungsgericht erscheint demgegenüber als geradezu feminisierte Institution. Die "Anarchie" einzelstaatlicher Männlichkeit wird durch neue mächtige Netzwerke einer "Weltmännlichkeit" abgelöst. Im Prozeß der Internationalisierung von Politik im Rahmen der EU findet eine Verlagerung politischer Entscheidung auf die Exekutive (vgl. Grande 1996) und damit eine Remaskulinisierung statt: Demokratische und partiell feminisierte politische Institutionen wie nationale Parlamente werden zugunsten männerbündischer Exekutivstrukturen entmachtet. Der Politmanager des globalen Jet-sets überläßt "bodenständige" Politik den Politikerinnen. Das Demokratiedefizit der EU ist ein Überschuß an Männerzentriertheit.

Es ist leicht absehbar, daß globale Ökonomie und Politik den Nationalstaat gar nicht in all seinen Belangen funktionslos werden lassen wird. Gerade innerstaatlich "herrschaftsmächtige Institutionen" werden nicht unbedingt "verkümmern" (Narr/Schubert 1994:131), ja in gewisser Hinsicht könnten sie sich sogar noch ausweiten - beispielsweise das Rechtsetzungs- und Gewaltmonopol zur Aufrechterhaltung des Eigentumsvertrags sowie das Bürokratisierungsmonopol als Basis weiterer Durchstaatung und Durchkapitalisierung auf globaler Ebene (vgl. ebd.). Die Permanenz solcher Herrschaftsinstitutionen macht die Persistenz der in ihnen eingeschriebenen Männlichkeitsmuster und Subalternisierungen von Frauen ebenso wahrscheinlich.

Globale Ökonomie und internationale Politik schaffen damit neue Heroen der Männlichkeit: Es sind dies nicht mehr "Krieger" und militärische Helden, die die Welt erobern; globale Virilität erhält im Börsianer oder Politmanager eine verfeinerte Nuance - und sie ist damit potentiell auch Frauen zugänglich. Globalisierte Weltmännlichkeit schafft einen neuen Eroberertypus - in seiner Gestalt als Manager oder Politiker -, der nie Opfer, sondern immer nur Täter ist bzw. sein kann. Diese neue "Weltmännlichkeit" birgt Gefahren für Männer: Die existentielle Verkettung von globalem Erfolg und Mißerfolg wird in Personen wie Nick Leeson und Helmut Praschak sichtbar; ließ der eine seine Karriere, so ließ der andere sein Leben auf dem Schlachtfeld globaler Ökonomie.

2. Die Transformation von Nationalstaatlichkeit läßt sich auch an der Informalisierung von Politik in Substrukturen von Verhandlungsrunden und -netzwerken festmachen. Staatliche Institutionen sind nur noch Vermittler, aber nicht mehr die einzigen oder gar privilegierte Akteure im Politikprozeß. Sie sind zusammen mit anderen nicht-staatlichen Akteuren an vergleichsweise nicht-hierarchischen Steuerungsformen (Governance) beteiligt. Erste Untersuchungen legen auch für den Prozeß der Entstaatlichung und Privatisierung von Politik nahe, mit Ambivalenzen zu rechnen: In nationalen wie internationalen Verhandlungsregimen zieht der Verlust von nationalstaatlichen "Hoheitsrechten" an private bzw. internationale Strukturen einerseits Entdemokratisierung und Vermännlichung nach sich. Die Entscheidungsfindung in Verhandlungssystemen erfolgt notwendig unter Ausschluß der Öffentlichkeit (vgl. Sartori 1975, zit. nach Grande 1996:351). Vermutlich wird der Männereinfluß in diesen ökonomischen und politischen Netzwerken verstärkt, weil dort bislang fast nur Männer in entscheidenden Positionen agieren und weil eine Arkanisierung von Politik stets mit einer Homogenisierung des Arkanums - eben auch einer Geschlechtshomogenisierung - verbunden ist.

Andererseits läßt sich Entstaatlichung durchaus als Chance für Frauen begreifen. Governance-Strukturen können ein Gewinn an Entscheidungs- und Partizipationsmöglichkeiten für Frauengruppen (z.B. NGOs auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing) sein, weil sich nationalstaatliche hierarchische Strukturen für neue Akteursgruppen öffnen (müssen) und Frauen mehr Möglichkeiten erhalten, auf die Formulierung von Politiken Einfluß zu nehmen (vgl. Sperling/Brotherthone, zit. in Jessop 1997).

Susan Strange (1995) nennt die Mafiotisierung staatlicher Strukturen - in Form von Korruption in westlichen Industriestaaten oder als Racket-System in den einst sowjetischen Staaten - als eine Folge von Globalisierung. Auch hier läßt sich, folgt man Strange, eine Rückkehr nicht nur androzentrischer, sondern paternalistischer Strukturen im eigentlichen Wortsinn nicht von der Hand weisen.

3. Der Sozialstaat des Wettbewerbs- bzw. Schumpeterschen Leistungsstaats (vgl. Jessop 1994) kann seine Funktion der "Wattierung" (Narr/Schubert 1994:157) ausgebeuteter Männlichkeit immer weniger erfüllen. Was derzeit als das Ende des Sozialstaats debattiert wird, ist zu einem nicht unerheblichen Teil das Ende staatlich konservierter patriarchaler Geschlechterverhältnisse: Immer mehr Männer fallen aus dem geschützten Segment des Erwerbsbereichs heraus und sind ungeschützt den kapitalistischen Verwertungsbedingungen ausgesetzt - eine Unmittelbarkeit, die früher vornehmlich Frauen traf. Wir erleben eine Feminisierung von Erwerbsarbeit in doppeltem Sinn: Der Niedergang des Breadwinner-Modells ist mit einer steigenden Zahl weiblicher Erwerbstätiger einerseits, andererseits aber mit der Absenkung "männlich" codierter Standards auf das Niveau von weiblichen Standards verbunden. Teilzeitarbeit, Flexibilisierung von Wochen- und Lebensarbeitszeit, diskontinuierliche Erwerbstätigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit werden nun auch zur biographischen Realität von Männern. Der "patriarchale" Staat als institutioneller Männlichkeitsgarant und Männlichkeitsersatz erodiert.

Die Identitätsprobleme, die sich durch eine solche Feminisierung männlicher Biographien ergeben, können hier nicht debattiert werden. Bemerkenswert ist aber, daß rechtspopulistische Politiker mit der Konstruktion des "kleinen Mannes auf der Straße" genau darauf reagieren. Dieser "kleine Mann" muß vor den Unbilden des Weltmarktes geschützt werden - nicht, indem er sich mit anderen "kleinen Männern" (und Frauen) solidarisiert, sondern indem er sich von anderen, "wilden" Männern - den diebstehlenden Polen z.B. -, aber auch von "marodierenden" und "enteignenden" Feministinnen abgrenzt und sich einem "großen Mann" anschließt. Solche Schutzmächtigen heißen LePen oder Haider.

Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert (1994:159) sehen genau darin eine neue Funktion nationalstaatlicher Innenpolitik, nämlich in der Etablierung gesellschaftspolitischer

Formen, "mit denjenigen umzugehen, die durch alle international gesetzten Mobilitäts-, Flexibilitäts- und Innovationsstäbe hindurchfallen". Daß "Ethnizität" eine neue Ressource wird, um "die eigene Bevölkerung im Rahmen der weltweiten Konkurrenz mehr als zuvor zusammenzurotten und entsprechend zu mobilisieren" (ebd.:157f.), zeichnet sich in zahllosen Formen der Abschottung in westlichen Staaten ab. Aber auch Männlichkeit war und ist ein Schmier- und Bindemittel gesellschaftlicher Integration: Dieses Bindemittel bekommt heute eine "neue Chemie", es wird aber nicht völlig verschwinden, sondern Teil und Ergebnis des Transformationsprozesses sein. Noch ist die Frage nicht beantwortet, ob der nationale Wettbewerbsstaat diese Ressource in der Konkurrenz um das globale Kapital mobilisieren kann. Daß bereits neue Bilder von Männlichkeit entworfen werden - die "wilde", südländische, schwarze, fundamentalistische Männlichkeit und ihr Gegenentwurf, der Mann, der Frauen und Kinder vor dieser wilden Männlichkeit schützt -, deutet auf solche Reaktivierung von Männlichkeit als soziale Kohäsionsressource hin. Es ist der "kleine Mann auf der Straße", der solche Schutzfunktionen übernimmt und daraus erneut "Ehre" gewinnen kann. Die eigentliche Qualität von Männlichkeit als Institution und Deutungsmuster liegt im Globalisierungsprozeß also darin, daß neue gesellschaftliche Komplexitäten reduziert und auf "Standardformen" (Kreisky 1995) zurückgeführt werden können. Männlichkeitsmuster können beispielsweise soziale Trennlinien unter Männern dem (ersten) Blick entziehen und gegenüber Frauen, Weiblichem und als nicht-männlich imaginiertem Anderen eine Identität bzw. Gemeinsamkeit konstruieren. Warum sollten also aus der Globalisierungsdynamik gespeiste Ungleichheiten und soziale Spaltungen nicht auch auf "alte" männliche Wertmuster vertrauen können und sie weiter verstärken oder sogar neue Maskulinisierungstendenzen stimulieren?

Literatur:

Bakker, Isabella. 1997. "Geschlechterverhältnis im Prozeß der globalen Umstrukturierung." In: Helga Braun und Dörte Jung (Hgg.). Globale Gerechtigkeit. Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 66-73.

Burchardt, Hans-Jürgen. 1996. "Die Globalisierungsthese - von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus". In: Das Argument 217, 741-755.

Cerny, Philip G. 1997. "Paradoxes of the Competition State: The Dynamics of Political Globalization." In: Government and Opposition 32/2, 251-274.

Grande, Edgar. 1996. "Demokratische Legitimation und europäische Integration." In: Leviathan 3, 339-360.

Hirsch, Joachim. 1995. Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.

Hirschman, Albert O. 1977: The Passion and the Interest. Princeton: Princeton University Press.

Jessop, Bob. 1994. "Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten." In: Dieter Grimm (Hg.). Staatsaufgaben. Baden-Baden: Nomos, 43-73.

Jessop, Bob. 1997. "Globalisierung, Nationalstaat und Geschlecht." In: Eva Kreisky und Birgit Sauer (Hgg.). Transformation des Politischen und die Politik der Geschlechterverhältnisse, PVS-Sonderheft. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).

Kreisky, Eva. 1995. "Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung." In: Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp (Hgg.). Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M./New York: Campus, 85-124.

Kreisky, Eva. 1997. "Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein, politische Idole, politische Ideale und politische Institutionen." In: Eva Kreisky und Birgit Sauer (Hgg.). Das geheim Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/M./New York: Campus, 161-213.

Kulawik, Teresa. 1996. "Modern bis maternalistisch. Theorien des Wohlfahrtsstaates." In: Teresa Kulawik und Birgit Sauer (Hgg.). Der halbierte Staat. Grundlegungen feministischer Politikwissenschaft. Frankfurt/M./New York: Campus, 46-81.

Maihofer, Andrea. 1995. Geschlecht als Existenzweise. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.

Narr, Wolf-Dieter; Alexander Schubert. 1994. Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

O´Connor, James. 1995. "20. Jahrhundert mit beschränkter Haftung: Kapital, Arbeit und Bürokratie im Zeitalter des Nationalismus". In: Prokla 25/100, 381-408.

Pateman, Carole. 1988. The Sexual Contract. Cambridge.

Puntscher Riekmann, Sonja. 1997. Die kommissarische Neuordnung Europas. Das Dispositiv der Integration, Habilitationsschrift Innsbruck.

Ramazanoglu, Caroline. 1992. "What can you do with a man? Feminism and the Critical Appraisal of Masculinity." In: Women´s Studies International Forum 15/3, 339-350.

Sassen, Saskia. 1996. "Toward a Feminist Analytics of the Global Economy." In: Indiana Journal of Global Legal Studies 4/1, 7-41.

Strange, Susan. 1995. "The Limits of Politics." In: Government and Opposition 30/3, 291-311.

Klaus Thörner

"Verkürzter" Antikapitalismus und antisemitische Codes

Gefährliche Irrwege der Globalisierungsdebatte

Der Vorwurf, die linke "Globalisierungs"-Debatte in Deutschland sei durch antisemitische Argumentationsformen bestimmt, wird oft als infam und unzulässig zurückgewiesen. "Juden" werden doch konkret nicht benannt und zu Pogromen wird doch (noch) nicht aufgerufen. Wer so beleidigt reagiert, vergißt, daß Antisemitismus in Deutschland nicht allein mit Rassismus und völkischem Nationalismus einherging und -geht, sondern auch mit einer Haltung, die Fritz Stern mit "Kulturpessimismus" umschrieb (1). Die Juden gelten dabei als "Symbol der modernen Welt". Die "deutsche Kultur", die sich Ende des 19. Jahrhunderts herausbildete, basierte auf einer radikal antimodernen Mentalität, die von Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus nichts wissen wollte. Zu ihr gehörte eine Reihe politischer Auffassungen, darunter die Ablehnung der Demokratie und die Wiederherstellung einer völkischen Gemeinschaft in Harmonie und Gerechtigkeit. Gleichzeitig wurde der Antisemitismus zu einem "kulturellen Code", zu einem Kürzel für ein ganzes System von Ideen und Einstellungen (2). Wer also Antisemitismus erst dann sieht, wenn Juden ausgegrenzt, verfolgt und ermordet werden, und dies von Menschen, die sich selbst als Antisemiten bezeichnen, verkennt das Wesen des Antisemitismus, seine Ursachen und Dynamik. Der moderne Antisemitismus ist eine wahnhafte Denkform, die sich im 19. Jahrhundert in unmittelbaren Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft ausbildete, eine ideologische Reaktion auf die von vielen als Bedrohung oder gar Katastrophe erfahrene Universalisierung der kapitalistischen Warenvergesellschaftung und dem dadurch eingeleiteten Umbruch der gesellschaftlichen Beziehungen, Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsformen. Gesellschaftstheoretisch begriffen werden muß er als Ideologie, die die Subjekte einerseits selbst produzieren, um sich die kapitalistische Gesellschaft zu deuten, um ihr Leiden daran zu artikulieren und ihrer Wut und ihrem Haß ein zwar falsches, aber konkretes und wehrloses Ziel zu geben, als eine Ideologie die andererseits in ihrer Struktur, in ihren Funktionen und zentralen Inhalten durch eben diese Gesellschaft präformiert und gestützt wird (3). Innerhalb dieser wahnhaften Vorstellungswelt wurden die Juden besonders in Deutschland als "kosmopolitische Finanzagenten" verantwortlich gemacht für den ausbeuterischen Kapitalismus, den Verfall der vorindustriellen Produktionsweisen (z.B. dem "goldenen" Handwerk) und der Sitten, sie wurden mit Korruption und sozialer Auflösung in Verbindung gebracht und als Urheber von Kriegen betrachtet. Kapitalismus galt dabei als von außen kommendes, nicht-deutsches Phänomen, seine Konnotationen lauteten: "Manchestertum" und "Wallstreet". Ausbeutung wurde dabei ausschließlich mit der Finanzwelt in Verbindung gebracht, nicht jedoch mit den Bereichen Produktion und Reproduktion. Die Juden standen, so der Historiker Treitschke, für "Lug und Trug" und für Materialismus, im Gegensatz zur "Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes". Aus dieser Herleitung zog Treitschke den Schluß: "Die Juden sind unser Unglück" (4). Der moderne Antisemitismus, der bei Treitschke und seinen Zeitgenossen den Anfang nahm, beansprucht die Welt zu erklären. Die Juden gelten dabei als die geheime verantwortliche Macht für die kapitalistische Geldherrschaft. "Das internationale Judentum" wird darüber hinaus als das wahrgenommen, was hinter dem "Asphaltdschungel" der wuchernden urbanen Metropolen, hinter der "vulgären, materialistischen Kultur" und, generell, hinter allen Kräften, die zum Niedergang althergebrachter, sozialer Zusammenhänge, Werte und Institutionen steht und die "soziale Gesundheit" der Nation untergräbt. Aus dieser Wahnvorstellung heraus werden die Juden als "Schmarotzer", "Parasiten" und "Blutaussauger" diffamiert. Sie werden für ökonomische Krisen und negative gesellschaftliche Umstrukturierungen, die mit der fortschreitenden Industrialisierung und Kapitalisierung einhergehen, verantwortlich gemacht. Innerhalb dieser paranoiden deutschen Gedankenwelt wird der Kapitalismus in eine gute und eine böse Seite aufgespalten. Gut ist demnach das verwurzelte industrielle Kapital und die "ehrliche" deutsche Arbeit. Positiv hervorgehoben werden die "Gemeinschaft", die "Natur", der Boden, die heimatliche Region, aber auch die Maschine. All dies wird als durch die "böse" Seite bedroht gesehen. Hierfür steht das "Abstrakte", das Bankkapital, das "Spekulantentum", der Liberalismus und das staatenlos umherschweifende Geld. Oder anders gesagt: Als gut gilt das "schaffende Kapital", als böse das "raffende Kapital". Das Ziel, diese angeblich negativen Auswirkungen und Auswüchse des Kapitalismus zu überwinden, bildete eine wesentliche Voraussetzung für das von der deutschen

Volksgemeinschaft getragene Projekt der Judenvernichtung (5).
Im Zuge der Globalisierungsdebatte kommt dieser "verkürzte" deutsche Antikapitalismus wieder in Mode. Seinen Ausdruck findet er wiederum in antisemitischen Codes. Einerseits ertönt der Ruf nach dem "guten", weil verantwortungsbewußten deutschen Industriellen zur Abwehr der internationalen Spekulanten und der Macht der Multis, andererseits der Ruf nach dem starken Staat, der die internationalen Kapitalmärkte bändigen soll.
Die Deutschen imaginieren sich einmal mehr als Opfer internationaler Verschwörungen. Ihre Peiniger sehen sie in diversen Erscheinungen, etwa der Gestalt der Amerikanisierung, des Casinokapitalismus, der Börsen, der Aktien und ihren "vaterlandslosen" Spekulanten, des Euro oder des "Asylparasiten" und der "Russenmafia".
Das Arbeitsethos des Nationalsozialismus hat die Kapitulation von 1945 unbeschadet überstanden und ist bis heute verinnerlichter Anspruch des deutschen Staatsbürgers. Darin ist nicht nur das Loblied auf den "deutschen Arbeiter", ein Stolz also auf den "Volkskörper" und die Nation enthalten, sondern die Chiffre von der "deutschen Qualitäts- oder Wertarbeit" definiert sich immer über ein Gegenbild. Der pathologischen Arbeitsdisziplin stehen Faulheit, Vergnügen und unzüchtiges Lotterleben gegenüber, der harten Arbeit die seichte Intellektualität, dem schaffenden Volk der raffende Spekulant, den deutschen Zuständen die amerikanischen Verhältnisse.
Deutschland sei längst zu einem "Tempel für Spekulanten und Börsianer" verkommen, rief der Vorsitzende des DGB, Schulte, im März 1997 den Stahlarbeitern zu, die gegen die Thyssen-Übernahme durch Krupp auf die Straße gegangen waren. Vom "Dallas im Ruhrgebiet" war die Rede. Für den "Spiegel" stellte sich die Frage: "Herrschen in der deutschen Wirtschaft bald anglo-amerikanische Verhältnisse" (24.3.97). Norbert Blüm sah im Vorgehen Krupps "nicht die Sprache der sozialen Marktwirtschaft" (=deutsch, K.T.), sondern "die Sprache des Wilden Westens, in dem Lager feindlich erobert werden" (Hamburger Abendblatt, 1.4.97). "Wer amerikanische Verhältnisse will, soll auswandern" sekundierte der Konzernbetriebsratsvorsitzende von Thyssen, Georg Bongen. Der Vorsitzende der IG-Metall, Zwickel versprach der FAZ: "Die IG-Metall werde sich mit voller Wucht gegen den Versuch deutscher Großbanken wenden, mit amerikanischen Methoden in der deutschen Industrie Fakten zu schaffen" (20.3.97). Also rief die IG Metall die ArbeiterInnen zur Demonstration vor die Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt. Dort rief Zwickel dem deutschen Proletariat zu: "Wir haben es satt, von der anonymen Finanzmacht der Banken regiert zu werden...Der Kasinokapitalismus ist zu einer Gefahr für die Allgemeinheit geworden" (TAZ, 26.3.97). Der "sozialistische" Vordenker Andrè Brie wollte da nicht zurückstehen. Auf dem PDS-Parteitag im Frühjahr 1998 bezeichnete er das internationale Bankkapital als größte aktuelle Bedrohung. Währenddessen klagte der Spiegel die neuen Manager in Deutschland als "amerikanisiert" und vom Shareholder Value infiziert an: "Die neuen Bosse reden wie Börsianer, ihre zentrale Denkgröße

ist die Rendite, ihre ganze Aufmerksamkeit gilt dem Weltmarkt. Mit der Heimat Deutschland verbinden viele nur noch die Erinnerung an die Kindheit und den Mißmut über die hohen Löhne und komplizierte Genehmigungsverfahren ... Sie wollen `Global Player` sein, nicht Patriarchen. Ihre Philosophie haben sie allesamt den US-Management-Schulen entliehen" (17.3.97) (6). Auch die *Bild-Zeitung* beschwor die Wiederkehr des deutschen Patriarchen: "August Thyssen beschrieb einst, wie er oft nachts wachgelegen hatte und Wege suchte, seine Mitarbeiter in Lohn und Brot zu halten. Niemand wurde je entlassen. Das war ein großer Mann" (7).
Für das "parasitäre Finanzkapital", jener mysteriös-unfaßbaren, zerstörerischen, abstrakten, unendlich mächtigen und internationalen Herrschaft des Kapitals, für die traditionell "der Jude" steht, hat sich heute ein neues Codewort durchgesetzt. So wie 1919 nicht der Kapitalismus, sondern der Versailler Vertrag mit seinen Reparationsforderungen für alle Krisenerscheinungen in Deutschland verantwortlich gemacht wurde, so wird heute ein ominöser Virus namens "Globalisierung" für die veränderten sozialen Lebensbedingungen der Menschen verantwortlich gemacht. "Die Woche" berichtete dem Volk im Juni 1996 über die von der "Globalisierung" ausgehende Bedrohung: "Deutschlands Unternehmens-Kultur wird zerschlagen - statt nationaler Verantwortung ... soll nur noch die Aktienrendite zählen" (8).
Dem tugendhaften deutschen Wirtschaftsführer werden die "raffenden" Finanzmärkte als anonyme und heimatlose, aber machtvoll durch die Welt geisternde "global player" gegenübergestellt, der "deutschen Marktwirtschaft" die "amerikanische" Variante des Kapitalismus", der "deutschen Unternehmenskultur" die "angloamerikanische Kommerzidee". Die Wurzeln für eine moderne deutsche Massenpsychose sind gepflanzt. "Wir haben wieder das schaffende nationale und das raffende internationale Kapital, wir haben einen nach außen und innen immer aggressiveren deutschen Staat als Opfer einer globalen Entwicklung" (9).
Während die rechten Deutschen auf diese angeblichen Bedrohungen mit "Arbeit für Deutsche" und "Ausländer raus" reagieren, fordern die linken Deutschen von Maria Mies (10) bis André Brié staatliche Eingriffe, "Arbeit, Arbeit, Arbeit", Bündnisse von unten oder kommunitaristische Spielwiesen in ihrer Region. Joachim Hirsch hat recht, wenn er als Auswirkung aktueller Umstrukturierung des kapitalistischen Systems, die fälschlicherweise Globalisierung genannt wird, die Tendenz zum autoritären Wettbewerbsstaat sieht (11). Er und ein Großteil der deutschen Linken übersieht jedoch, daß ein autoritärer Staat in Deutschland wohl kaum gegen den Willen der Bevölkerung (bzw. der "Zivilgesellschaft") durchgesetzt werden muß. Im Gegenteil. Schon jetzt wird der "starke Staat" von den Deutschen, verstehen sie sich nun als rechts oder links, herbeigesehnt, um sie vor den "Bedrohungen" von außen zu schützen. Die reformistische Linke ruft den Staat als regulative Instanz an oder beschwört die Nation als Widerpart zur "Diktatur des Marktes". In Deutschland steht die Idee vom Staat als Repräsentant des Allgemeinwohls unmittelbar in der Tradition der völkischen Ideologie. Die Mobilisierung des Staates gegen das Kapital führt bestenfalls zur Bestätigung der Kapitalvergesellschaftung, schlimmstenfalls zur Barbarei. Die Rede von der "Globalisierung" und dem "Neoliberalismus" droht diese Einsicht zuzuschütten (12).
Die derzeitige Umstrukturierung des kapitalistischen Systems führt ohne Zweifel weltweit zu größerem Elend, verschärften Verteilungskonflikten und Kriegen. Es ist deshalb unerläßlich diesem Prozeß den Kampf anzusagen. Die Frage ist jedoch, unter welchen Prämissen und mit welchen Zielsetzungen dies geschieht.
Das Globalisierungsgerede ist das neueste Stadium der linksdeutschen Verdummung, der vorläufige Höhepunkt des nicht durchschauten Kapitalismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung. Auch die von Maria Mies und anderen AnhängerInnen des Subsistenzansatzes propagierte Lösung "Regionalisierung statt Globalisierung"(13) ist keine Lösung, sondern ein Irrweg. Sie verkennt, daß dieses angebliche Gegensatzpaar in der aktuellen Entwicklung eine unverbrüchliche Einheit bildet. Die weltweiten Investitionen und Kapitaltranfers konzentrieren sich ja mehr und mehr auf einige wenige Regionen und das besonders in Deutschland geforderte Europa der Regionen und Volksgruppen ist integraler Bestandteil der gegenwärtigen Umstrukturierung.
Was "Regionalisierung" aktuell bedeutet wurde uns von Deutschland im ehemaligen Jugoslawien vorgeführt: Die Abkoppelung einiger weniger ökonomisch zu verwertender Gebiete von ärmeren, hochverschuldeten Landesteilen. Das Instrument dieser Politik heißt "ethnische Säuberung".
Während die Deregulierung des kapitalistischen Systems und die damit verbundenen sozialen Ausgrenzungen auf diese Weise mit einer Ausweitung gewaltbestimmter illegaler Ökonomien einhergeht, liefert das Phantasma der "allmächtigen organisierten Kriminalität" den Stoff für das falsche Bewußtsein. Eine internationale Mafia bedroht "unseren Rechtsstaat" und die Wohlfahrt des nationalen Gemeinwesens, die "Illegalen" sind ihre Agenten. Damit wird der biologisch, kulturalistisch und völkisch bestimmte Diskurs des deutschen Rassismus mit antisemitischen Codes aufgeladen (14). Neben dem Ruf nach staatlichen Interventionen und einer stärkeren Regionalisierung antworten deutsche Linke auf die "Bedrohung der Globalisierung" mit Kommunitarismus-Konzepten. Damit begeben sie sich bewußt oder unbewußt in die Gesellschaft von Helmut Schmidt, Marion Gräfin Dönhoff von der "Zeit" und anderen, die bereits 1995 in ihrem Manifest "Wider die Raffgesellschaft" ein zurück zu dem alten deutschen Wert "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" forderten. Vom "freiwilligen Arbeitsdienst" zur Zwangsarbeit für alle Unwilligen ist es in diesen Konzepten nur ein kleiner Schritt. Der bürokratische Wohlfahrtsstaat mutiert zum Träger einer autoritären Gemeinschaftsideologie (15).
Die Anti-Globalisierungslinke verdrängt einmal mehr, auf was sie Moishe Postone bereits 1979 hinwies: "Jeder 'Antikapitalismus', der die unmittelbare Negation des Abstrakten versucht und das Konkrete verklärt - anstatt praktische und theoretische Überlegungen darüber anzustellen, was die historische Überwindung von beidem bedeuten könnte - kann angesichts des Kapitals bestenfalls gesellschaftlich unwirksam bleiben. Schlimmstenfalls wird es jedoch politisch gefährlich; selbst dann, wenn die Bedürfnisse, die der `Antikapitalismus` ausdrückt, als emanzipatorische interpretiert werden können. Die Linke machte einmal den Fehler, zu denken, daß sie ein Monopol auf Antikapitalismus hätte oder umgekehrt, daß alle Formen des Antikapitalismus zumindest potentiell fortschrittlich seien. Dieser Fehler war verhängnisvoll, nicht zuletzt für die Linke selbst" (16).
Weil die Denkformen und Wahnvorstellungen, die unter den gegebenen Bedingungen den Charakter massenhafter, ja militanter sozialer Kämpfe in Deutschland diesselben sind, die auch die "praktische Umsetzung" des rassistischen Konsens getragen haben und weiter tragen, ist der reduktionistisch-sozialromantische Appell an massenhafte soziale Kämpfe gegen "Globalisierung und Neoliberalismus" hierzu-

lande nicht nur falsch, sondern hochgradig unverantwortlich. Ohne den umfassenden bewußten Bruch mit der Gesamtheit der Triebkräfte, Mechanismen und Wahnvorstellungen, die die Nationalisierung des Sozialen und damit die Shoah in Deutschland ermöglicht, bestimmt und vorangetrieben haben, gibt es in diesem Staat überhaupt keinen Zugang zur sozialen Frage, der emanzipatorische Perspektiven eröffnet (17).

Anmerkungen

1 Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Berlin, 1963

2 vgl. Volkov, Shulamit, Antisemitismus als kultureller Code, in ders: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München, 1990, S.20/21

3 vgl. Haury, Thomas, Zur Logik des bundesdeutschen Antisemitismus, in: Poliakov, Léon, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992, S.127

4 Treitschke, Heinrich von, "Unsere Aussichten", wiederabgdr. in ders.: Deutsche Kämpfe, Schriften zur Tagespolitik, Leipzig, 1896, S.22-27

5 vgl. Postone, Moishe; Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Nr.14, 1979, S.63-67

6 alle Zitate nach Möller, Heiner, Globalisierung, Staat und Nationalismus, in: 17°C. Nr.15, 1998, S.44ff. u. M. Küntzel u.a., Goldhagen und die deutsche Linke, Berlin 1997, S.147f.

7 zit. nach Elsässer, Jürgen, Raffendes Kapital, in: junge Welt, 27.März 1997

8 zit. nach Ebermann, Thomas/Trampert, Rainer, Die neue Heimsuchung, in: konkret 1/97, S.18

9 ebenda, S.19

10 vgl. Mies, Maria, Regionalisierung statt Globalisierung, in: Jungle World, Nr.16, 15.4.1998

11 vgl. Hirsch, Joachim, Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Edition ID Archiv, Berlin/Amsterdam, 1995

12 vgl. Vogt, Stefan, Ruf nach der Nation, in: Jungle World, Nr.13, 25.3.1998

13 vgl. Mies, a.a.O.

14 vgl. Wolter, Udo, In der Migrantenfalle. Die Antwort auf Rassismus und Antisemitismus kann nicht Identitätspolitik und Soli lauten, in: Jungle World, Nr.13, 25.3.1998

15 vgl.Landgraf, Anton, Moralökonomie versus sozialer Zerfall, in: junge Welt, 21.2.1997

16 Postone, a.a.O., S.67

17 vgl. ak kassiber, Völkische Sehnsucht und soziale Frage, in: Bahamas, Nr.20, Sommer 1996, S.14

Klaus Thörner schrieb in alaska 215 über das Verhältnis der Internationalismusbewegung zum Nationalsozialismus. Er ist Mitverfasser von "Goldhagen und die deutsche Linke" (Berlin 1997).

Maria Mies

Was bringt das Multilaterale Abkommen über Investitionen den Frauen?

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) wird von seinen Befürwortern in der Präambel wie folgt angepriesen: als Weg zur Entwicklung der Völker, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung des Lebensstandards, zur Sicherung internationaler Investitionen, die als Motor „nachhaltigen ökonomischen Wachstums" dargestellt werden, das mit der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung und der Agenda 21 übereinstimmen soll (The MAI-Negotiating Text 14.02.1998, Seite 7-8).
(...) Die Befürworter der Globalisierung der Wirtschaft und des weltweiten Freihandels, garantiert durch GATT (General Agreement on Trade and Tariff) und WTO (World Trade Organisation), und nun auch durch die weltweite Freiheit für Investoren behaupten, nur durch eine solch globale, deregulierte, auf Privateigentum basierende Wirtschaftspolitik seien Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit abzuschaffen.

Wenn frau das inzwischen an die Öffentlichkeit geschmuggelte Original des Verhandlungstextes des MAI liest, mag sie sich zuerst wundern, daß der sonst bei internationalen Verlautbarungen heute rituell hinzugefügte Begriff „gender" im MAI ganz fehlt. Also: Frauen kommen nicht vor, wenigstens sprachlich nicht.
Sie kommen aber nicht nur nicht vor, sie werden, wenn das MAI-Abkommen von den OECD-Regierungen unterzeichnet ist, die mageren Fortschritte, die sie in den vergangenen Jahren in Bezug auf Frauenförderung und Frauengleichstellung erreicht hatten, sowohl auf bundesdeutscher wie auf EU-Ebene vergessen können. Denn die meisten dieser „Fortschritte" beruhen lediglich auf frommen Absichtserklärungen, die keine gesetzlich bindende Kraft haben. Frauen in der EU haben keinen gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit, werden als letzte geheuert und als erste gefeuert, sie bekommen im Durchschnitt nur 70 % der Männerlöhne, ihre Erwerbslosenquote ist um die Hälfte höhewr als die der Männer, sie arbeiten zu einem ganz erheblichen Teil in sog. „atypischen Arbeitsverhältnissen", die ihnen ermöglichen, unbezahlte Hausarbeit mit schlechtbezahlter Erwerbsarbeit zu kombinieren, 75-92 % aller Teilzeitarbeit ist weiblich. Manche Frauen hatten gehofft, daß der Amsterdamer Vertrag der EU die Frauenchance erhöhen würde.

Der Amsterdamer Vertrag erlaubt in bezug auf die „effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsbereich" sogar, für das unterrepräsentierte Geschlecht, „zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen". Dies klingt wie ein echter Fortschritt. Allerdings, wie alle anderen Artikel zur Frauenförderung ist auch dieser Artikel vom guten Willen der Regierungen abhängig.

Was heißen nun die Absichtserklärungen, Kannbestimmungen und die dickfellige Resistenz, die Frauen in „Normalarbeitsverhältnissen" zu überführen unter MAI-Verhältnissen? Die „Roll-back" - und „Standstill" - Klauseln besagen, daß Gesetze und Regelungen, die nicht MAI-konform sind, d. h., der Freiheit der Investoren im Wege stehen, abgebaut werden müssen. Ferner dürfen keine neuen Gesetze und Regelungen erlassen werden, die nicht dem MAI entsprechen. Für die Frauen in den Unterzeichnerländern bedeutet das konkret, daß die miserable Lage, in der sie sich bereits befinden, eher verschlechtert wird. Auf keinen Fall können sie darauf hoffen, daß die Gleichstellungspolitik sich unter MAI-Verhältnissen fortentwickeln würde. Da gäbe es erst mal einen „Standstill", eine Einfrierung auf dem Status Quo. Denn Gleichstellung könnte ja als Investitionshemmnis oder gar als „Enteignung" gelten.

Das MAI betont in seiner Fassung vom 14.02.1998, daß die „Kernarbeitsrechte" und die „Kern-Umweltrechte" nicht abgesenkt werden dürften, um ausländische Investoren anzulocken. Wenn wir nun die Frauenarbeitsverhältnisse weltweit, aber auch in der EU ansehen, dann müssen wir feststellen, daß der weitaus größte Teil dieser Arbeitsverhältnisse sowieso nicht durch die von der ILO definierten „Kernarbeitsrechte" geschützt sind. Deshalb heißen sie ja „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse. Sie umfassen Heimarbeit, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, 610,-DM-Jobs, Arbeit auf Abruf, Saisonarbeit, Gelegenheitsarbeit usw. Die Konzerne werden das Verbot der Absenkung von „Kernarbeitsstandards" einfach dadurch umgehen, daß sie auf solche „atypischen Beschäftigungsverhältnisse" ausweichen. Und zwar

nicht nur für Frauen, sondern demnächst auch für Männer. Wir haben diesen Prozeß schon vor Jahren „Hausfrauisierung von Arbeit" genannt (vgl. v. Werlhof, Mies, Bennholdt-Thomsen 1983). Auf jeden Fall können sich Frauen unter dem MAI-Regime endgültig die Illusion abschminken, daß ihre Gleichstellungsforderungen irgendwann einmal doch erfüllt würden, wenn sie nur versuchten, sich dem Mainstream anzupassen.

Die Intention des MAI - als bisher letzten Versuch die neoliberale Plünderung des Planeten und die Ausbeutung weltweit zu legalisieren - ist eben nicht, eine Angleichung von unten nach oben durchzusetzen. Es ist genau umgekehrt: Die bisher „privilegierten" Teile der europäischen und nordamerikanischen - männlichen - Arbeiter werden gezwungen werden, hausfrauisierte, d. h. ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren. Intendiert ist eine Egalisierung nach unten.

Die BEIJING-Erklärung: reine Makulatur

Desgleichen können nach dem Inkrafttreten des MAI die Frauen auch alle die schönen Konventionen, Erklärungen, Abkommen vergessen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf den diversen UN-Konferenzen zur Förderung der Menschenrechte verabschiedet wurden, zuletzt auf der UN-Frauenkonferenz in Beijing. Eine schwedische Anti-MAI-Gruppe hat untersucht, was nach MAI aus diesen UN-Menschenrechtsdeklarationen wird. Die Beijing-Konvention CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women) oder die Konvention über Kinder-Rechte würden praktisch Makulatur. Denn den Staaten würden nach dem MAI die Hände gebunden, solche Konventionen umzusetzen. In bezug auf die Förderung von Frauenrechten kämen die Klauseln des Verbots von Leistungsanforderungen, über Investitionsanreize für strukturschwache Gebiete in Anwendung. Den Staaten wäre nach MAI verboten, bestimmte Gruppen z. B. Frauen, oder Regionen der einheimischen Wirtschaft zu fördern, einheimische Frauen-Kleinbetriebe zu fördern, ohne daß diese Förderung auch genauso riesigen TNKs zu gute kämen. Die UN-Verpflichtungen, die Rechte von Kindern, die soziale und ökonomische Gleichstellung von Frauen zu fördern, könnten als Investitionshindernisse interpretiert werden.

MAI-QUILADORAS überall?

Wer nach einem Modell für zukünftige MAI-mäßige „Beschäftigungs"-Verhältnisse (von „Arbeits"-Verhältnissen wird nicht mehr geredet) sucht, kann sie in den sog. freien Produktionszonen (FPZs) „Exportproduktionszonen (EPZs) in Asien oder in den Maquiladoras in Mexiko und Zentralamerika finden. Überall in der Dritten Welt, wo Staaten versuchen, durch schnelle Industrialisierung das westliche Wirtschaftsmodell nachzuahmen, sind solche EPZs oder Maquiladoras entstanden. Sie sind das Geheimnis des raschen Wirtschaftswachstums solcher Länder wie Südkoreas, Hong Kongs, Taiwans, später Thailands, Indonesiens, heute sogar Bangladeschs, Chinas und Vietnams.

Diese FPZs, EPZs, Maquiladoras sind m. E. das Modell, nach dem die MAI-Befürworter die Arbeitsverhältnisse auch in den reichen Ländern dieser Erde gestal-ten wollen. (...) Natürlich werden die Verhältnisse in deutschen oder holländischen MAI-Quiladoras - so möchte ich sie nennen - nicht gleich so unmenschlich sein, wie in China, Vietnam, Bangladesch oder Sri Lanka. Diese neu zu errichtenden „Sonderwirtschaftszonen" werden natürlich (zunächst) die Kernarbeitsrechte respektieren.

Kurz und knapp, liebe Frauen, mit „nachholender" Entwicklung, Gleichstellung, Antidiskriminierung und dergleichen schönen Dingen, wie sie unsere Verfassungen fordern, wird es unter dem Regime des MAI nicht werden. Wenn wir diese Zukunftsperspektive nicht akzeptieren wollen, müssen wir uns jetzt gegen die Globalisierung und das MAI wehren.

Literatur:

Bennholdt-Thomsen, V./ Mies, M. 1997 Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspek-tive, Frauenoffensive, München

Carter, Barry 1998 World's Women Seriously Threatened by the MAI; in: The CCPA Monitor, Toronto, Dec. 1997/ Jan. 98, Seite 26

Clarke, Tony & Maud Barlow 1997 MAI - The Threat to Canadian Sovereignty, Stod-dard, Toronto

entnommen aus: Reader zum internationalen Kongreß: Der Gipfel der Globalisierung. Bezugsadresse: Komitee Widerstand gegen das M.A.I., Blumenstraße 9, 50670 Köln, April 1998, Preis 12,- DM

Christoph Spehr

Die besondere Seite: Ein Mann, ein Drink

Sechsmal Saufen für die Globalisierung

Männer gibt's wie Sand am Meer, könnte man mit Annette Humpe meinen, aber das täuscht; mit einer Handvoll Typen kommt frau zur Charakterisierung in der Regel aus. Umgekehrt sind Männer aber auch nicht alle gleich und bleiben vor allem nicht gleich, wie uns die moderne Männerforschung lehrt. Was passiert mit dem Mann im Zeitalter der Globalisierung? Wie verändert er sich? Wo geht er hin? Und: was trinkt er dabei? Fragen, die auch Männer interessieren sollten! Alaska zeigt die 6 Kerntypen im Zeitalter der Globalisierung: Idealtypen, zu denen, wenngleich bisweilen hin- und hergerissen und gespalten, globalisierte Männlichkeit heute tendiert. Da können Sie ja nachsehen, nach welchem Muster Sie Ihre Männlichkeit organisieren. Und nachlesen, welcher Drink zu Ihnen paßt!

GLOBALIZER ☺

Der Mann:

Der Globalizer ist, wie man so sagt, die hegemoniale Form von Männlichkeit im Zeitalter der Globalisierung. Das Muster der Mächtigen und derer, die es werden wollen. Der Globalizer treibt die Globalisierung aktiv und freudig voran, denn er hat eine Leitungs- und Steuerungsfunktion in Wirtschaft, Politik oder Kultur und dehnt seinen Claim täglich aus: hier ein paar hundert Kilometer, da ein paar Millionen, oder vielleicht ein kleines Land mehr? Vorbild ist das Trio Bill Clinton, Bill Gates, Steven Spielberg, aber es tummeln sich bereits zehntausende von größeren und kleineren Globalizern rund um den Globus. Der Globalizer hat wirklich etwas zu sagen, er befiehlt die Einsätze und definiert ihre Kriterien, ob es nun die Einsätze von Geld, Soldaten, Maschinen, Informationen oder Medien sind. Er ist meistens Amerikaner, häufig Europäer oder Japaner, immer öfter aber auch was anderes.
Laut Cornell zeichnet sich der Globalizer aus durch gesteigerten Egozentrismus, relativierte Loyalitäten, sinkendes Verantwortungsgefühl und rational-strategisches Denken. Sein Benehmen ist schlecht, aber selbstbewußt. Der globalizer verschwendet seine Zeit weder mit französischem Essen noch damit, Japanisch oder Indonesisch zu lernen. Beziehungstechnisch hat er für jede Funktion die passende Frau. Sein Sexualleben ist tendenziell promiskuitiv und seine Frau ist berufstätig, weil er sowieso keine Zeit hat.

Der Drink:

2 cl Light Rum
2 cl Melonensaft
1 dash Aloe Vera
Champagner

Der Globalizer ist elegant, spritzig und skrupellos. Er erzeugt ein weltumspannendes, zuversichtliches Feeling, enthält die Vitamine A und C, reinigt die Körpersäfte und ist je nach Wahl des Champagners ordentlich teuer. Trinkspruch: "Globalize it!"

DEFENDER ☺

Der Mann:

Der Defender verteidigt sich und die Seinen gegen den übelsten Abschaum des Universums: die Globalisierung. Er kämpft wahlweise gegen Sozialabbau, Verlust nationaler Souveränität, Kulturverfall, Nihilismus, Profitgier, Libertinage. In jedem Fall aber kämpft er gegen die Auflösung der Milieus und der Konstellationen, aus denen er seine patriarchale Autorität gewonnen hat und die heute im globalen Schwinden begriffen sind. Obwohl er täglich flammende Reden gegen die Globalisierung hält, profitiert er von ihr. In der Vergangenheit wurde seine männliche Vormachtstellung nämlich ordentlich von seiner Bezugsgruppe ausgehöhlt. Nun aber dräut die Globalisierung am Horizont, und da möchte er seine Rolle wieder re-stabilisieren: als Ernährer, als Gewerkschafter, als Streetfighter, als Sektenführer oder als Produzent von Modern Talking.
Mit den Globalizern kommt er ins Geschäft, weil er Verhandlungsmasse anbieten kann: er kann die Widerständigkeit seines Milieus abschwächen, wenn ihm umgekehrt Zugeständnisse gemacht werden, daß dieses Milieu langsa-

mer, kontrolliert und mit Sozialplan abgewickelt wird. So trägt er dazu bei, daß die Globalisierung geräuschloser und weniger eruptiv abläuft. Der Defender unterschreibt gern Petitionen: für Quoten zugunsten nationaler Rockmusik, gegen Rechtschreibreformen, für Freilandhaltung und gegen den Neoliberalismus. Sein Beziehungsleben ist spießig, d.h. es gehorcht den traditionellen Konventionen seiner Bezugsgruppe plus Besuch von Sex-Kino oder Bordell.

Der Drink:

4 cl Bourbon
2 cl Brandy
1 cl Zitronensaft
1 dash Angostura

Umwölkt die Stirn dieses Mannes, leicht bitter und herb sein Drink. Den Globalizer serviert man auf Eis im Old-Fashioned-Glas. Trinkspruch: "Wir oder die!"

SCHERPA ☺

Der Mann:

Er ist der Soldat der Globalisierung, obwohl er sie nicht erfunden und den Kontakt zu seiner nationalen Kultur nicht vollständig abgelegt hat. Lernfähig und flexibel tut dieser Mann seine Arbeit, und er tut sie gut: als Bomberpilot oder als Philosoph, als Verhandlungsführer oder als Sozialwissenschaftler bricht er die Widerstände, die sich der Globalisierung entgegenstellen. Der Scherpa arbeitet den Globalizern zu, die ihn in Lohn und Brot setzen; er verschafft ihnen das Wissen, das sie nicht haben und findet die Lösungen, die sie brauchen. Er ist ein Blauhelm: immer einsatzbereit, immer auf fremdem Terrain; technisch gut ausgerüstet und mental darüber aufgeklärt, daß Hau-Drauf-Verfahren zum alten Eisen gehören.
Der Scherpa hat diejenigen Teile alter Männlichkeit über Bord geworfen, die der Globalisierung im Weg stehen. Er hat keine Probleme mit weiblicher Autorität, wenn sie dienstlich angeordnet ist. Er trinkt maßvoll, um für eventuelle Angriffe im Morgengrauen bereit zu sein, und hat keinen ungeschützten Verkehr. Privat weiß er die Vorteile globalisierter Geschlechterverhältnisse zu schätzen, die es ihm ersparen, sich mit den feministischen Ansprüchen seines Herkunftslandes auseinanderzusetzen: er heiratet gerne multikulturell.

Der Drink:

4 cl Wodka
4 cl Black Rum
4 cl Cola

Wer weltweit seine Einsätze fliegt, braucht einen Drink, dessen Zutaten immer und überall zu beschaffen sind und der gegen leichtes Fieber ebensogut wirkt wie gegen Anflüge männlichen Selbstzweifels. Der Scherpa kann auf Eis oder pur getrunken werden. Er ist geradeheraus, kontrolliert und

schweigsam: ein wahrer Freund dieses Mannes, vielleicht sein einziger! Trinkspruch: "Wir tun hier nur unsern Job."

DIRTY DICK ☺

Der Mann:

Der Mann, der seinen Schwanz nicht mehr wäscht, weil eh alles egal ist. Der Dirty Dick verfügt weder über die technischen noch über die mentalen Qualifikationen des Scherpas, von dem er als Kanonenfutter verheizt, für Dreckarbeiten mißbraucht oder einfach beiseitegeschoben wird. Der Dirty Dick schafft es zwar nicht, diejenigen männlichen Eigenschaften abzulegen, die im Zeitalter der Globalisierung nur noch schädlich sind; wohl aber schafft er es, sich jedweder Kontrolle durch soziales Umfeld, Gewissen oder Selbstachtung zu entledigen. Seine patriarchale Dividende (also der Nutzen, den er aus dem globalen Patriarchat zieht) besteht darin, daß die Vertreter der hegemonialen Männlichkeit ihm gewisse Reservate bereitstellen und seine männlichen Exzesse solange dulden, wie sie nicht absolut kontraproduktiv sind.
Der Dirty Dick kann verständig oder sogar sympathisch wirken, weil er keine Angst vor seinen femininen Anteilen hat, emotional reagiert und weibliche Beschützerinstinkte weckt. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Mann eine gezogene Handgranate ist, den die Globalizer nur deshalb gewähren lassen, weil seine Verwüstungen nur lokal und die Opfer überwiegend Frauen sind.

Der Drink:

2 cl weißer Rum
2 cl Tequila
1 cl Batida de Coco
3 cl Maracujasaft

Der Dirty Dick ist geschmacklos und sentimental und entfaltet auf den zweiten Blick eine unerwartet brutale Wirkung. Ab dem vierten Glas kann sich die gefürchtete Ballermann-Depression einstellen. Zu diesem Drink gehört Mut. Trinkspruch: "Keine Sau interessiert sich für mich!"

GLOCAL HERO ☺

Der Mann:

Der Glocal Hero ist häufig mit dem Scherpa auf dieselbe Schule gegangen; aber er wird nicht von den Globalizern bezahlt, und das macht den Unterschied. Der Glocal Hero lebt dort, wo die andern wieder wegfliegen. Er hat eine Lokalität: sein Projekt, seine Region, seine Gruppe, seine Sache. Er sieht die Globalisierung kritisch, findet sie aber auch interessant und nützlich, insbesondere weil sie die patriarchale Vätergeneration in der eigenen Bezugsgruppe hinwegfegt: das schafft Platz für ihn. Da seine Machtressourcen vergleichsweise schwächer sind als die der Scherpas oder gar der Globalizer (worunter er gelegentlich leidet), muß der Glocal Hero sich arrangieren: mit den sozialen Bewegungen, aus denen er kommt oder mit denen er sich konfrontiert sieht; mit den konkreten Bedingungen; und nicht zuletzt mit den Frauen.

Der Glocal Hero zeichnet sich daher durch Sozialkompetenz und kommunikative Fähigkeiten aus, sowie durch einen notorischen Hang zur Selbstüberschätzung und Selbstvermarktung. Es ist gut informiert, zäh und gerissen, auch im Geschlechterverhältnis. Wenn er abwäscht, läßt er sich dabei fotografieren; unbeobachtet drückt er sich, weil er Wichtigeres zu tun hat. Der Glocal Hero ist überzeugt, ein partnerschaftliches Verhältnis zu Frauen zu haben und einfach nur besser zu sein als sie.

Der Drink:

2 cl Wodka
2 cl Kahlua
1 dash Galliano

Der Glocal Hero ist cool, aber man ist sich nie sicher, ob er wirklich schmeckt. Mit Ramazotti statt Kahlua wird er zum Angry Hero, der auch sehr beliebt ist, weil dieser Mann es leicht am Magen bekommt. Trinkspruch: "Unsere Zeit kommt!"

LUMIBÄR ☺

Der Mann:

Der Lumibär ist das Experimentierfeld und Labor der Männlichkeiten im Zeitalter der Globalisierung. Hier ist nichts mehr sicher: weder die heterosexuelle Orientierung, noch die Karriere-Ambitionen; nicht die männerbündische Disziplin und schon gar nicht die Treue zum Vaterland. Stadtneurotiker und Exhibitionist, hat dieser Mann endlich ein Thema gefunden, das ihn voll und ganz interessiert: sich selber! Der Lumibär hat seinen Therapeuten, er führt Tagebuch, besucht Koch-, Wickel-, Beziehungs- und Erdkundeseminare ("für alle Fälle"). Im Unterschied zu allen fünf anderen Männern würde er, auf das Thema "globalisierte Männlichkeit" angesprochen, nicht verständnislos starren wie ein Auto, sondern die nächsten drei Stunden gar nicht zu reden aufhören. Seine patriarchale Dividende besteht darin, daß das globalisierte Patriarchat ihn mit einem zuverlässigen Trauma ausstattet, das ihn bis an sein Lebensende beschäftigen kann. Kulturell ist dieser Mann immer ein Gewinn; obwohl er sich als Bohemien gibt, achtet er peinlich darauf, das Schaffen aller anderen Lumibären der Welt stets aufmerksam zu verfolgen. Frauen können den Lumibär überallhin mitnehmen, ihn knuffen und ganze Nachmittage mit ihm verbringen. Manchmal vergessen sie ihn dann zusammen mit ihrem Schirm einfach in der Garderobe, was ihm neuen Stoff gibt, über das Thema "Die Zukunft des Mannes" nachzudenken.

Der Drink:

2 cl Cointreau
2 cl Amaretto
2 cl Rum
1 dash Grenadine
2 cl Sahne
4 cl Orangensaft

Der Lumibär leuchtet von innen. Ein bißchen wirr, aber sehr süffig, machen schon ein bis zwei Lumibären die Konversation eindeutig beschwingter und geistreicher. Trinkspruch: "Aber was soll's: wir brauchen die Eier!"

Hans Hansen

EXPO-NO

Die Internas der EXPO 2000

Die Serie zum Stand des EXPO-Widerstandes

Der Kleine BUKO im November 1997 hat beschlossen den BUKO 22 im Frühjahr 1999 in Hannover stattfinden zu lassen. Ausgangspunkt dieser Entscheidung war, daß in Hannover die EXPO 2000 vorbereitet wird. Diese Weltausstellung bezieht sich mit ihrem Motto "Mensch-Natur-Technik" auf die Agenda 21 von Rio und ermöglicht daher eine Weiterentwicklung der BUKO-Debatte um die Nachhaltigkeitskritik. Daneben soll an die Diskussionen um Gegenmacht von unten angeschlossen werden, die den BUKO 21 bestimmt haben und deren Fortführung am Ende des Kongresses in Paderborn vereinbart worden ist.
Die alaska wird mit einer Serie die Vorbereitung auf den EXPO-BUKO und die Formierung des Widerstandes gegen das Großprojekt EXPO begleiten. Bereits im Heft 206 vom September '96 haben wir den Artikel Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend der Anti-EXPO-AG aus Hannover abgedruckt. In dem Artikel zeigt die Anti-EXPO-AG die ideologische Ausrichtung der EXPO als größtem nationalen "Prestige-Projekt" seit der Olympiade 1972 auf und zeichnet ihre strukturellen Verbindungen zur Nachhaltigkeitsdiskussion nach.
In diesem ersten Teil unserer EXPO-NO-Serie werden wir unter Rückgriff auf eine neu veröffentlichte Broschüre der Bürgerinitiative Umweltschutz (BIU) aus Hannover einen Überblick über den Aufbau der EXPO als Weltausstellung geben. Die folgenden Ausgaben werden Positionen zur politischen Ausrichtung des BUKOs zur EXPO, Interviews mit EXPO-GegnerInnen, zentrale inhaltliche Kritikpunkte an der Weltausstellung und Analysen zum aktuellen Stand des Widerstandes enthalten.

EXPO-Ideologie

Im Februar 1988, als bereits bundesweit die Aktionen gegen den Berliner IWF-Gipfel vorbereitet wurden, erfuhr die Öffentlichkeit von der Planung in Hannover eine EXPO auszurichten. Birgit Breuel, damals Niedersächsische Finanzministerin, hatte ein knappes Jahr zuvor zusammen mit Teilen des Vorstandes der Deutschen Messe AG diese Idee entwickelt. Im Herbst 1988 wird das Motto der EXPO "Mensch-Natur-Technik" vorgestellt und die Bewerbung seitens der Bundesregierung beim *Bureau International des Expositions* (*BIE*) in Paris eingereicht. Das Büro koordiniert seit 1928 die Ausrichtung der Weltausstellungen. Die erste Weltausstellung fand allerdings schon 1851 in London statt und stand unter dem Motto "Industry of all nations". In den Zeiten der Industrialisierung ein ebenso hippes wie scheinbar nichtssagendes Thema wie heute das ökologisch angehauchte "Mensch-Natur-Technik". Nicht anders als bei dieser ersten Weltausstellung wird auch die Hannoveraner EXPO in erster Linie eine Industrieschau sein, die der Legitimierung der herrschenden Wirtschaftsstrukturen samt ihrer dazugehörigen Herrschaftsverhältnisse dient.
Bereits andere Weltausstellungen hatten das Thema 'Mensch und Umwelt' zum Thema. So nannte sich die Ausstellung 1958 in Brüssel "Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt", 1967 in Montreal "Mensch und Erde", 1970 in Osaka "Menschlicher Fortschritt in Harmonie" und für das Jahr 2005 liegt eine Bewerbung der Präfektur Aichi aus Japan mit dem Titel "Jenseits der Entwicklung: Die Weisheit der Natur wiederentdecken" vor. In Brüssel wurde unter einer menschlicheren Welt die Entwicklung der Atomenergie verstanden. Zum zentralen Symbol der Ausstellung wurde das bekannte *Atomium*. In Hannover wird dies nicht anders sein. Wie in der Agenda 21 werden die Atomenergie und aus aktuellen Gründen die Gentechnologie auf der EXPO als unverzichtbare Bestandteile der Zivilisation angepriesen. Zur zentralen Ursache für die Weltprobleme wird die 'Überbevölkerung', das 'dramatische Bevölkerungswachstum', stilisiert. Ein Mythos, der seit langem gepflegt wird und als Legitimierung für die Bevölkerungskontrollpolitik im Trikont wie auch für die Entwicklung von Wundertechnologien und ein anhaltenes ungebremstes Wirtschaftswachstum herhalten muß. Hierher paßt auch, daß 1999 in Hannover eine Weltbevölkerungskonferenz stattfinden wird.
Die Beteiligung von kritischen Stimmen hat keine Relevanz für die Planung der EXPO. Schon im Ansatz haben die vertretenen Wirtschaftsgruppen einer kritischer orientierten EXPO-Ausrichtung einen Riegel vorgeschoben und ließen sich erst einbinden nachdem ihnen entsprechende Zugeständnisse in der Kontrolle der Veranstaltungen gemacht worden sind. Nun haben die Wirtschaftsvertreter nachdem

Niedersachsen und die Bundesregierung ihnen drei Sitze im Aufsichtsrat der EXPO GmbH abgetreten haben, dort die Hälfte der Stimmen inne und sind nicht zu übergehen. Die aktuelle Geschäftsführerin der EXPO Birgit Breuel steht denn auch wie kaum eine andere Person - und als Frau noch einmal auf spezielle Weise - für diese Verquickung von Staat und Kapital. Breuel hat die ökonomische Abwicklung der DDR geleitet und die realsozialistische Wirtschaft auf westliche Konzerne verteilt. In diesem Kontext geht es also nicht nur um technische Lösungskompetenzen, sondern in erster Linie um die Durchsetzung neoliberaler Politikvorstellungen. Der Kapitalismus hat gesiegt und hat angeblich als einziges System Antworten auf die sozialen Fragen. Zu dieser neoliberalen Philosophie gehört auch die Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik, die aktuell in Hannover und überall sonst in Deutschland betrieben wird, um die Innenstädte zu 'säubern'. In Hannover wird diese Politik durch den EXPO-Zusammenhang verstärkt vorrangetrieben.

Neben den bisher angesprochenen Aspekten ist der nationalistische Charakter der EXPO 2000 von herausragender Bedeutung. Wie Spanien 1992 auf der EXPO in Sevilla sein 500-Jahr-Jubiläum der Kolonisierung nationalistisch abgefeiert hat, so wollen die deutschen Eliten im Jahre 2000 10 Jahre 'Deutsche Einheit' feiern. Deutschland soll sich multikulturell und gastfreundlich zeigen und so in den Kreis der selbstbewußten, normalen Staaten zurückgeführt werden. Nationale Imageaufbesserung ist nach Nationalsozialismus und rassitischen Progromen angesagt.

EXPO-Infrastruktur

Weltausstellungen werden von Staaten ausgerichtet, daß heißt die Bundesrepublik Deutschland ist Veranstalter. Die Durchführung ist an die EXPO GmbH abgegeben. In der Zeit vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 werden von den Veranstaltern rund 20 Millionen BesucherInnen erwartet, davon rund 10 Millionen aus der BRD, 8 Millionen aus dem europäischen Ausland und 2 Millionen aus Übersee. Wenn jedeR das Gelände zweimal besucht, ergeben sich 40 Millionen Eintritte. Durchschnittlich werden täglich 300.000, an Spitzentagen 450.000 BesucherInnen erwartet.

In erster Linie stellen Staaten aus. Sie bauen Pavillons, mieten sich eine Messehalle oder einen Teil davon, um Produkte ihres Landes auszustellen, sich als touristisch interessant zu präsentieren und sich als Staat darzustellen. Darüber hinaus präsentieren sich Unternehemn, die zum Teil auch einen eigenen Pavillon bauen. Angekündigt hat das bisher zum Beispiel Bertelsmann.

Zudem soll es wie in Sevilla, einen Themenpark geben. Hier stellt die EXPO GmbH in elf Unterthemen ihre Sichtweise zum Motto dar. Diese Unterthmen sind:

- Der Mensch
- Umwelt: Landschaft, Klima
- Basic Human Needs
- Ernährung
- Gesundheit
- Energie
- Mobilität
- Zukunft der Arbeit
- Wissen: Information, Kommunikation
- Zukunft der Vergangenheit
- Das 21. Jahrhundert

Geleitet wird die Themenparkentwicklung von Dr. Martin Roth, dem ehemaligen Leiter des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, und Albrecht Proebst, langjähriger kaufmännischer Leiter der BMW-Niederlassung in Hannover. Zu den einzelnen Unterthemen, die zwar EXPO-intern betreut, aber im Wesentlichen von externen Projektleitern, aus Planungsbüros oder Wissenschaftszentren geplant werden, tagen begleitende Arbeitsgruppen, deren Teilnahmelisten sich teilweise wie das Who is Who der deutschen Großindustrie lesen. "Es muß rauchen, krachen, blinken", fordert Roth für den Themenpark. Der Ex-EXPO-Chef Diener wollte "eine Mischung aus Las Vegas und Walt Disney". Umgesetzt werden die Inhalte dann von der Agentur des französischen Ausstellungsmachers Confino. Im Themenpark haben Unternehmen verschiedene Möglichkeiten sich einzukaufen. Mit einem eigenen Ausstellungsbeitrag können sie ihre Zukunftsvorstellungen oder Produkte auf Flächen zwischen 100 und 1000m² vorstellen.

Insgesamt umfaßt das EXPO-Gelände 160 ha, davon befinden sich 90 ha auf dem Messeglände der Deutschen Messe AG und 70 ha auf der östlichen Seite des Messeschnellweges auf dem zu bebauenden Kronsberg, einem Hügel am südwestlichen Stadtrand Hannovers. Für 70 Mio Mark wird ein ICE-Haltepunkt mit Skywalk, einer 350 m langen

Glasröhre, durch die die Besucher in vier Meter zum Gelände geführt werden, gebaut. Die *EXPO-Plaza* wird östlicher Eingangsbereich und Repräsentationsplatz. Hier sollen unter anderem ein Freizeit-Meeresaquarium der britischen *Vardon Attractions*, ein Schulungsgebäude der holländischen Softwarefirma *Baan*, ein Multiplex-Kino und ein *RWE*-Bürogebäude errichtet werden. Zur EXPO sollen die *UNO*, *EU*, das *Europäische Patentamt* und andere internationale Organisationen unterkommen. Dazwischen eine Arena mit 12.000 Plätzen und, quasi als Weltmittelpunkt, der Deutsche Pavillon.

Neben den Exponaten auf dem Gelände in Hannover gibt es sogenannte *dezentrale Projekte*. Weltweite Projekte und solche aus Niedersachsen, die sich bereits in der Realisierung befinden, konnten sich bei der EXPO GmbH um den Titel Offizielles Projekt der EXPo 2000 bewerben. Viele Projekte erhofften sich dadurch eine nennenswerte finanzielle Förderung, wurden aber meist enttäuscht. Zum einen können nur niedersächsische Projekte mit Geld rechnen, zum anderen beteiligt sich die EXPO GmbH nur mit einem Finanzierungsanteil von höchstens 10%. Internationale Projekte werden lediglich in einem Buch und einer CD-Rom dargestellt und können sich zu einem Teil auf der EXPO präsentieren. Die bisher zertifizierten Projekte sind auf der ökologischen Meßlatte sehr unterschiedlich anzuordnen: vom ökologischen Erlebniswald im Solling oder einer biologisch-pflanzlichen Abwasserbehandlungsanlage bis hin zu Ökohammern wie der Transrapid-Teststrecke im Emsland oder einem Genprojekt der Kleinwanzlebener Saatzucht AG ist alles zu finden. dabei handelt es sich ausschließlich um Projekte, die nicht von der EXPO GmbH initiiert oder angeregt wurden. Die EXPO schmückt sich also mit Hilfe des Titels *Offizielles Projekt* mit 'fremden Federn'.

Als sogenannte Korrespondenzregion wurde die Region Bitterfeld-Dessau-Wittenberg benannt. Das Land Sachsen-Anhalt hat die EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH gegründet, die regional wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Projekte entwickeln, initiieren und unterstützen soll. Außer dem Namen gibt es keine verbindung zur EXPO GmbH in Hannover, auch keine finanzielle Unterstützung.

EXPO-Akteure

Die Deutsche Messe AG war Hauptinitiator der EXPO-Planungen und betreibt das hannoversche Messegelände auf dem jährlich die weltgrößten Computer- und Industriemessen stattfinden. Dazu kommen noch eine ganze Anzahl von kleineren Messen wie Auto-Boot-Freizeit, Cebit home, Euroblech, Eurotier etc., sowie die Bio- und Gentechnikmesse Biotechnica. Gesellschafter sind die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen zu jeweils 49,7% sowie das Land Bremen mit 0,4% und der Landkreis hannover mit 0,2%.

Für die die EXPO betreffenden Maßnahmen ist die EXPO GmbH, die offiziell *Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH* heißt, zuständig. Zu ihrer Aufgabe heißt es in § 2 des Gesellschaftsvertrages: "Selbstständige und verantwortliche

Vorbereitung, Organisation und Abwicklung des Weltausstellungsbetriebes":
-"Planung von Inhalt und Programm"
- "Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Akquisation, Lizenzvergabe, Eintrittskartenverkauf"
- "Verantwortung für die Bebauung", falls notwendig auch "außerhalb des Weltausstellungsgebäudes"
- "Mitgestaltung und -steuerung externer EXPO-Projekte, Mitfinanzierung einzelner Projekte"
Damit ist die EXPO GmbH praktisch für alles zuständig, was mit der EXPO zu tun hat. Nicht Bund oder Land, geschweige denn Rat oder Verwaltung der Stadt Hannover entscheiden in Sachen Weltausstellung, sondern allein die privatrechtliche EXPO GmbH. Die gesamte Planung und Durchführung der EXPO ist damit privatisiert. Eine lediglich formale Ausnahme ist das nach den Statuten des internationalen BIE vorgesehene Generalkommssariat. Die Bundesregierung hat Birgit Breuel zur Generalkommissarin ernannt und mit diplomatischen Rang ausgestattet. Stellvertreter ist Norbert Bargmann. Zur Unterstützung hat Breuel eine Gesellschaft zur Unterstützung der Generalkommissarin der EXPO 2000 GmbH gegründet. Finanziert werden die Kosten von 50 Mio Mark von der Bundesregierung. Ihre Aufgabe ist die weltweite Werbung für die Teilnahme der Staaten ander EXPO, die Koordinierung der deutschen Präsentation und die Auswahl der Projekte für den Themenpark.
Die EXPO-Gesellschaft ist zwar zu 80% in öffentlicher Hand, aber die Bundesregierung hat zwei und die Landesregierung einen Sitz im Aufsichtsrat an Industrieunternehmen abgegeben, swo daß der Aufsichtsrat zur Hälfte mit Wirtschaftsmanagern besetzt ist. Bundesregierung und Wirtschaft haben eine dezente Mehrheit von 7:3 Sitzen. Sogar die hannoversche Neue Presse kommentierte dazu: "Ein Narr, wer sich überhaupt nichts dabei denkt" 18.06.1994). Die Region Hannover ist mit einem einzigen Sitz vertreten. Noch marginaler ist die Beteiligung der BÜrgerInnen: In dem 85seitigen Vertragswerk zur EXPO sind der Bürgerbeteiligung drei Zeilen gewidmet.
Bei den Finanzen sieht es freilich anders aus. Das Eigenkapital von 100 Mio Mark wird anteilig von den Gesellschaftern eingezahlt: Bund 40 Mio, Land 30 Mio, etc. Daß heißt 80% zahlten die SteuerzahlerInnen. Die EXPO GmbH plant einen ausgeglichenen Etat, der Ausgaben und Einnahmen von jeweils rund 2,8 Mrd Mark. Die Zeitschrift Capital schreibt dagegen, daß es bei den Weltausstellungen der letzten 50 Jahre immer einen Verlust gegeben hätte, in Hannover würde es nicht anders sein. Pfiffigerweise haben die Gesellschafter 1994 in einer gesonderten Finanzierungs- und Haftungsvereinbarung Verluste bis in einer Höhe von 600 Mio Mark aufgeteilt. Bei den in der Haftungsvereinbarung geregelten 600 Mio Mark Schulden trägt der Bund 275 Mio und das Land 265 Mio. Die Wirtschaft stellt zwar den halben Aufsichtsrat und bestimmt somit Inhalte und Ausgaben, trägt aber nur höchstens 50 Mio Mark Risiko. Angerechnet werden darauf die Einlagen der Unternehmen innerhalb der Beteiligungsgesellschaft.
Als wesentlicher Einnahmefaktor ist die Wirtschaftsbeteiligung vorgesehen. 700 Mio Mark sollen allein bei klassischen Sponsoren eingeworben werden. Sogenannte Weltpartner zahlen 30 Mio, Produktpartner 10 Mio Mark. Allerdings bringen die nicht unbedingt die gesamte Summe in bar mit, denn in der Regel liefern sie ihre Produkte. Lufthansa als *Official Airline* und die Deutsche Bahn als *Official Carrier* werben in ihren Fahrzeugen für die EXPO ohne etwas zu zahlen. Als Weltpartner hat die EXPO bisher die *Deutsche Telekom*, *Siemens-Nixdorf* und den Softwarehersteller *Baan* im Boot. Produktpartner sind bisher *Preussag*, die der EXPO mehrere Brücken über den Messeschnellweg bauen, *Bertelsmann*, die die EXPO-Publikatio-nen drucken und die Zeitarbeitsfirma *Adecco*, die im Unterthema *Zukunft der Arbeit* ihr *Warenhaus der Arbeit* vorstellen will. Bekannt sind außerdem Verhandlungen mit *Daimler-Benz*, *VW*, *Coca-Cola*, *Asea Brown Bowerie*, *CMA*, fünf Brauereien und mit der *Grünen Punkt*-Betreiberin *Duales System Deutschland GmbH*. *BMW* geht bislang auf Distanz zur EXPO. In der Branche heißt es, daß die EXPO GmbH zu sehr durch ehemalige *Mercedes*-Mitarbeiter dominiert werde.
Zweck der *EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft mbH&Co Verwaltungsgesellschaft KG* ist die Organisation und Koordination der Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der EXPO. Geschäftsführer ist der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und handelskammer (IHK) Dr. Wilfried Prewo. Nach Presseberichten hat die Gesellschaft 45 Gesellschafter, darunter *Deutsche Bahn, Lufthansa, Mercedes, VW, Philipp Holzmann, BauBeCon, IBM, Deutsche Telekom, Sennheiser, Siemens, Philips, Preussag und PreußenElektra*. Gezeigt werden soll auf der

EXPO die Lösungskompetenz der deutschen Wirtschaft. Denn "nur mit intelligenter Technik (sind) die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsproblme zu lösen". Unter anderem möchte die Wirtschaft die Risiken eines Verzichts auf Gentechnologie und der Atomenergie thematisieren. Dazu will die Industrie die "Jugend mit interaktiver Technik gewinnen".

Um den deutschen Pavillon zu bauen und zu gestalten wurde eigens die *Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH* (*TDP*) gegründet. Gesellschafter sind der Bund mit 69,8%, die Bundesländer mit insgesamt 27,3% und die Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft mit 2,9%. Kosten soll der Pavillon 280 Mio Mark. Wobei die Baukosten ein Investor tragen soll, der den Pavillon nach der EXPO vermarktet. Inhaltlich werden zwei Schwerpunkte angestrebt: einmal eine Präsentation, die den "bundesstaatlichen Charakter Deutschlands" zeigt und zweitens: "die Zukunftsfähigkeit und Lösungskompetenz der Deutschen Wirtschaft aufzuzeigen". Als Ausstellungsmittel ist unter anderem ein 360° Rund-um-Kino geplant.

Geschäftsführer ist Claus Groth, früherer Vorstandschef der hannoverschen Messe AG und danach Vorstandsvorsitzender der *Düsseldorfer Messegesellschaft*. Künstlerischer Gesamtleiter ist August Everding, ehemaliger bayrischer Staatsintendant. Mit ihm sollen Gerald Howland und Richard Ford das Gesamtkonzept entwerfen. Howland arbeitete unter anderem am Film *Das Boot* mit, entwickelte Fernsehshows und den *General-Motors*-Pavillon bei den Olympischen Spielen in Atlanta. Ford arbeitete jahrelang bei Walt Disney und für Filmfirmen, unter anderem bei *Lucasfilm*, die *Krieg der Sterne* gedreht haben. Außerdem arbeitete er als Projektmanager bei der Gestalltung eines Unterhaltungsparks in Tokyo und zuletzt als Generalmanager eines Wissenschaftszentrums in San Franzisco.

Nicht an den ökonomischen Fragen und den letztlichen Entscheidungstrukturen beteiligt sind die Mitglieder der drei Beiräte. Die Beiräte sind prominent besetzt und haben die Aufgabe die EXPO inhaltlich zu beraten und für sie zu werben. Das *Kuratorium* - Vorsitzender Prof. Dr. theol. Richard Schröder (*Humboldt-Universität*) - arbeitet an der Gestaltung des Themenparks und an dem Beitrag der EXPO-Gesellschaft zur Weltausstellung mit. Der *Kulturrat* - Vorsitzender Bernd Kauffmann (Präsident der *Stiftung Weimarer Klassik*) - ist am Kultur- und Ereignisprogramm der EXPO beteiligt und knüpft Kontakte zu Künstlern. Das *International Advisory Board* - Vorsitzender Ricardo Diez-Hochleitner (Präsident des *Club of Rome*) - hilft bei der Suche und der Auswahl der Internationalen Projekte.

Wie bereits einleitend bemerkt geht ein Großteil des Artikels auf die Broschüre der BIU *EXPO 2000: Sprüche und Widersprüche* zurück. Aufgrund der Kürzungen und der Überarbeitung zeichnet der Autor verantwortlich für die gesamte inhaltliche Gestaltung. Die Broschüre ist zu beziehen über: BIU, Umweltschutz-Zentrum Hannover, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover.

Theo Bruns

Che: "In den Steigbügeln Rosinantes..."

Teil 2

Dieser Text ist der zweite Teil des in alaska 219 begonnen Essays.

Der neue Mensch

In diesen Jahren nahm eine Vision Gestalt an, die auch von anderen Theoretikern der antikolonialen Revolution beschworen wurde: die Schaffung eines neuen Menschen. Möglicherweise ist Che Guevara dabei durch die Lektüre Fanons - dessen Witwe *Josie Che* Ende 1964 in Algier traf - inspiriert worden. Es war dies Ches - und unser? - schönster und gefährlichster Traum. Ein Traum, der schwankte zwischen dem Ziel der Überwindung aller Gesellschaftszustände, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, beleidigtes Wesen ist, der Transzendenz des Bestehenden, und dem Anvisieren einer neuen Gattung, der gegenüber der gegenwärtige, empirische Mensch notwendig ein defizitäres Wesen sein mußte. Sartre spricht im Vorwort zu den *Verdammten dieser Erde* von "einem neuen Menschen - von besserer Qualität", der "ein Sohn der Gewalt" sei. Im *Bolivianischen Tagebuch* sollte Che den Revolutionär zur "höchsten Stufe in der Entwicklung der Menschheit" verklären. Aber gibt es verschiedene "Stufen" des Menschseins?
In *Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba* beschreibt Che als "die letzte und wichtigste revolutionäre Bestrebung", den Menschen aus seiner Entfremdung zu befreien - aber in Worten, die z.T. wie ein anthropologisches Experiment anmuten: mit "Volksmassen, die der Zukunft als ein harmonisches Ganzes aus Kanälen, Stufen, Staudämmen und gut geölten Apparaten entgegenmarschieren" und auf ihrem Vormarsch "eine natürliche Auslese" der Avantgarde ermöglichen; mit einer Jugend, die der "Ton" ist, "aus dem sich der neue Mensch ohne all seine früheren Mängel formen läßt". Das Spannungsverhältnis, in dem diese Bilder zur "Liebe zur lebendigen Menschheit" stehen, war Che wohl bewußt. So schreibt er im gleichen Text: "Unter diesen Umständen braucht man ein großes Maß an Menschlichkeit, ein großes Maß an Gerechtigkeits- und Wahrheitssinn, um nicht in dogmatische Extreme, in kalte Scholastik zu verfallen ..."
Der Widerspruch dieser beiden Pole ist bei Che stets spürbar: in seinem Gerechtigkeitsgefühl, dem Bemühen, dem individuellen Menschen gerecht zu werden, und seinem Protagonistentum als Ingenieur der Geschichte, in dem der Einzelne nur ein Rädchen in der großen Revolutionsmechanik ist; in seiner äußersten Bescheidenheit und der in dieser verborgenen Hybris; in seiner Selbstlosigkeit und den überstiegenen Forderungen an andere. Seine grundlegende Überzeugung, daß Worte ohne Taten wertlos sind, hat er auch hier nicht in Frage gestellt. Den neuen Menschen im Selbstexperiment zu erproben, war Che jederzeit bereit.
Ein Selbstentwurf im Angesicht der Geschichte. Das Sendungsbewußtsein: An zahllosen Stellen - vor allem seiner privaten Korrespondenz - spricht Che von der Gewißheit, eine "Mission" zu haben, eine "Bestimmung" erfüllen zu müssen.
Gegenstimmen: "Wir sind nicht der neue Mann oder die neue Frau. Der Zapatismus ist nicht die neue Welt. Wir sind Frauen und Männer wie andere auch, mit unseren Niederträchtigkeiten und Egoismen, mit unseren Schwächen und Fehlern" (Marcos, Subcomandante). "Es ist schwer, gegen Mythen zu kämpfen. ... War ich so, wie die Menschen es von mir dachten, die Starke, die Tapfere, die Mutige, Pepita la Pistolera, oder war ich eine gewöhnliche Frau mit meinen Schwächen und Ängsten, die außerdem kämpfen wollte ...? Als wir freikamen, idealisierten uns viele Menschen, man war DIE heldenhafte Guerillera, etwas Besonderes. ... Niemals werden wir eine Revolution mit neuen Menschen machen. Wir werden sie machen mit dem, was uns zur Verfügung steht, mit verletzlichen Männern und Frauen" (Yessie Macchi, Tupamara).

Der Wille - der "große Dynamo" (Taibo)

Das Denken Ches war von einer erstaunlichen Homogenität. Die Klammer, die seinen ökonomischen Ansatz mit dem Guerillakonzept verbindet, ist die Hervorhebung des Willens, des revolutionären Bewußtseins als Hebel der Veränderung, für den nur noch der archimedische Punkt gefunden werden mußte, um die alte Welt aus den Angeln zu heben. Diese Haltung reichte bei Che bis in die Selbstästhetisierung hinein. Im Abschiedsbrief an seine Eltern wird er von dem "starke[n] Willen[n], den ich mit dem Vergnügen eines Künstlers geschliffen habe", sprechen.
Dem ist damals und später der Voluntarismusvorwurf

gemacht worden. Dennoch war dies die Grund- und Aufbruchstimmung einer ganzen Generation, die davon ausging, daß die Verhältnisse für eine Revolution "reif" seien. Und wenn dem so war, mußte man dann nicht alles versuchen und alles in die Waagschale werfen? Konnte nicht erst das Handeln zeigen, was möglich war und was nicht? Wenn die Betonung des subjektiven Willens "objektive" Gründe in der Zeit hatte, waren dann nicht die "Deterministen" in Wahrheit nur Wärter des Gefängnisses Geschichte?
Selten ist die Rolle des Subjekts in einem Projekt revolutionärer Veränderung so emphatisch herausgestrichen worden. Das war vor der Postmoderne und ihren Dekonstruktionen.

Guerilla: Vom Kongo nach Ñancahuazú

Schon früh antwortete Che auf die Frage eines über den radikalen Kurs der kubanischen Regierung erschrockenen Bankbeamten, wie das denn alles enden solle, mit: "Natürlich mit Schüssen." Die Invasion in der Schweinebucht und die folgende im Schatten der Atomraketen stehende Kubakrise hatten zweierlei deutlich gemacht: daß die Konfrontation mit den USA zu einer unumkehrbaren Tatsache geworden war und daß Kuba in eine völlige Abhängigkeit von der UdSSR geraten würde, wenn es nicht gelingen würde, die Revolution aus ihrer Isolierung zu befreien. Um die Jahreswende 64/65 reagierte Guevara auf beides: mit einem massiven Angriff auf die USA in seiner Rede vor den *Vereinten Nationen* und mit einer unverhüllten und jede diplomatische Rücksichtnahme außer Acht lassenden Kritik an den Beziehungen der Sowjetunion zu den Ländern der 3. Welt in seinem Beitrag auf dem 2. Wirtschaftsseminar der *Afroasiatischen Solidarität* in Algier. Che hatte die Brücken hinter sich abgebrochen. Die einzige Möglichkeit, Kuba aus seiner Zwangslage zu befreien und so vielleicht auch die inneren Probleme der Insel zu bewältigen, bestand in der Kontinentalisierung der Revolution. Im März 1965 verzichtet er in seinem erst später veröffentlichten Abschiedsbrief an Fidel auf all seine Ämter und verschwindet aus der Öffentlichkeit.
Der ursprüngliche Traum Ches - im Rahmen seiner Vision von den Anden als der Sierra Maestra Lateinamerikas - scheint gewesen zu sein, eine Guerilla in seinem Heimatland Argentinien anzuführen. Seit 1961 war - u.a. in Algerien - eine Vorhut unter Jorge Masetti, dem argentinischen Journalisten, der Che in der Sierra Maestra interviewt hatte und später an der Gründung der Prensa Latina beteiligt war, ausgebildet worden. Als *EGP* trat sie 1963 im Norden Argentiniens in Aktion. Das traurige Schicksal der "Guerilla von Salta", die außer Hinrichtungen in den eigenen Reihen durch keine nennenswerten Aktionen hervortrat und schon ein Jahr später von den Militärs aufgerieben wurde (Masetti verschwand spurlos im Dschungel), hat Anderson als erster detailliert beschrieben.
1965: "Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren". Das vollständige Scheitern der Expedition in den Kongo, die in ihren Details erst in den letzten Jahren bekannt wurde, verstellt den Blick darauf, daß sie im kubanischen Engagement in Afrika durchaus eine Vor- und eine (bekanntere, s. Angola) Nachgeschichte hatte. Die algerische Revolution erschien als eine Art Parallelereignis zu Kuba auf dem afrikanischen Kontinent. *Ben Bella* war ein enger Freund Che Guevaras, welcher in Algier die Möglichkeiten eines "afrikanischen Vietcongs" auslotete. (Mit der Bombardierung Nordvietnams hatte im August 1964 der eigentliche Vietnamkrieg begonnen.) Ches Guerilla im Kongo, die die lumumbistische Opposition unterstützen sollte, spiegelt eine typische Paradoxie. Ihrer geopolitischen Stimmigkeit in einem weltrevolutionären Projekt korrespondierte eine geradezu erschütternde Unkenntnis der Bedingungen vor Ort. Nasser hatte Che Guevara gewarnt, daß sein persönliches Engagement nur als das Auftreten eines neuen "Tarzan" empfunden werden könne. Das Unternehmen endete in einem Desaster, aus dem Che nur die "wertvollen Erfahrungen einer Niederlage" ziehen konnte. Es ist charakteristisch für ihn, daß er dennoch nur mit Mühe zu überzeugen war, den Kongo zu verlassen, und vorher mit dem Gedanken gespielt hatte, sich quer durch den unbekannten Dschungel zu der tausend Kilometer entfernt operierenden Front Pierre Muleles durchzuschlagen.
Eine weitere Etappe war zu Ende gegangen. "Seid ihr bereit weiterzumachen?" soll Che laut Pombo seine kubanischen Mitkämpfer gefragt haben. Die Antwort auf die Frage "Wo?" lautete: "Wo auch immer."
Die kongolesische Erfahrung scheint Che darin bestärkt zu haben, sich bei seinem nächsten Versuch ausschließlich auf seine eigenen Kräfte zu stützen und von Beginn an die alleinige Befehlsgewalt zu beanspruchen, um "einen vorbildlichen Kern zu bilden, hart wie Stahl" (!). Die bolivianische Guerilla erscheint wie ein Fokus aus dem Lehrbuch, von geradezu chemischer Reinheit. Es ist vielfach beschrieben worden, warum sie - isoliert von allen Bedingungen, die in Bolivien für eine Revolution notwendig gewesen wären - scheiterte.
In vielen Darstellungen wird allerdings außer acht gelassen, daß das eigentliche Ziel des Fokus von Ñancahuazú nicht die Machtergreifung in Bolivien war. Gedacht war er vielmehr als eine Art "Mutterguerilla", aus der Kolonnen in den angrenzenden Ländern Lateinamerikas hervorgehen sollten. Dies erklärt auch die isolierte Lage des ausgesuchten Stützpunkts, der als Rückzugsposition und Ausbildungsstellung gedacht war. Ches Strategie war die Schaffung einer kontinentalen Guerilla, die ihrerseits Teil einer neuen trikontinentalen Internationale sein sollte, wie sie auf der *Lateinamerikanischen Solidaritätskonferenz (OLAS)* 1967 in Havanna Gestalt annahm. Gerade weil die kubanische Revolution in die Isolation geraten war und den verschiedenen Aufstandsherden in Lateinamerika der Durchbruch nicht gelungen war, versuchte Che mit einer gewaltigen Kraftanstrengung ein Projekt zu schaffen, das die Synthese all dieser Kämpfe ermöglichen sollte. Es war der Traum Bolívars in neuer Gestalt. Auch wenn Che Guevara damit scheiterte, bleibt er - nicht nur - für Taibo "weiterhin der Herold der lateinamerikanischen Revolution".

Zuschauer oder Handelnder II - die Botschaft an die Trikontinentale

"Die Solidarität der fortschrittlichen Mächte der Welt mit dem vietnamesischen Volk ähnelt der bitteren Ironie, die der Beifall des Pöbels für die Gladiatoren im römischen Zirkus bedeutete. Es geht nicht darum, den Opfern der Aggression Erfolg zu wünschen, sondern an ihrem Schicksal teilzunehmen, sie bis zum Tode oder bis zum Sieg zu begleiten."
Es ist der gleiche Ton, in dem Fanon wenige Jahre zuvor geschrieben hatte: "Es gibt keine reinen Hände, keine Unschuldigen, keine Zuschauer. Wir sind alle dabei, uns die Hände schmutzig zu machen in den Sümpfen unseres Bodens und der furchtbaren Leere unserer Gehirne. Jeder Zuschauer ist ein Feigling oder ein Verräter." Auch Sartre

hatte in seinem Vorwort zu den *Verdammten dieser Erde* die Möglichkeit eines neutralen Status - "weder Opfer noch Henker" - bestritten: "Ein Mensch, das heißt bei uns ein Komplize, weil wir alle von der kolonialen Ausbeutung profitiert haben."
Die alte Opposition Zuschauer/Handelnder wird hier noch einmal zugespitzt. Auflösen ließ sich diese Spannung nur durch die Bereitschaft zu einem grenzenlosen Engagement. Das Zusammentreffen zwischen der Revolution in der Dritten Welt und dem Aufbruch des Jahres 1968 ließ den Traum von einer neuen kämpferischen Internationalen auch in den Metropolen lebendig werden. Der *Internationale Vietnamkongreß* in Berlin wird unter einem riesigen Transparent in den Farben des Vietcong tagen. Es trägt die Aufschrift "Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen" und zitiert damit den letzten Satz aus der Proklamation der OLAS-Konferenz. In einer einzigartigen und später so nie wieder denkbaren Simultanität der Kämpfe erschien die Befreiung als ein weltweites Projekt - und die über den Globus verstreuten geographischen Orte der Konfrontation nur als verschiedene "Bühnen", auf denen die unterschiedlichsten Akteure an seiner Realisierung arbeiteten. Es ist dieser Horizont, aus dem der bewaffnete Kampf - auch in der BRD - seine Plausibilität bezog.

Gretchenfragen

Fernando Mires hat geschrieben, daß es unmöglich sei, den Mythos des Che von dem "wahren " Che zu trennen, weil dieser Mythos unsere eigene Schöpfung sei, Ausdruck unserer eigenen Träume, verwoben in das Lebensgefühl einer ganzen Generation. Die Frage, was davon geblieben ist, hätten wir demnach an uns selbst zu richten. Wovon träumen wir heute? Träumen wir noch? Welche Gespenster treiben uns um?

Literaturhinweise:

➲ **Paco Ignacio Taibo II: Che. Die Biographie des Ernesto Guevara, Hamburg 1997 (Edition Nautilus), 702 S., 68,- DM**
➲ **Jon Lee Anderson: Che. Die Biographie, München 1997 (List Verlag), 732 S., 58,- DM**
➲ **Jorge G. Castañeda: Che Guevara, Frankfurt/M. 1997 (Insel Verlag), 640 S., 60,- DM**
➲ **Paco I. Taibo II/Froilan Escobar/Felix Guerra: Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren. Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla, Berlin 1996 (Edition ID-Archiv), 253 S., 29,80 DM**
➲ **Christophe Loviny: Ernesto Che Guevara. Die Fotobiographie, München 1997 (Kunstmann Verlag), 125 S., 200 Fotos, 32,- DM**
➲ **Che. Der Traum des Rebellen, hg. von Fernando Diego García und Oscar Sola, Berlin 1997 (Rütten und Loening), 224 S., 400 Fotos, 39,90 DM**

Zur neuen Che-Literatur - kurze Rezensionen:

Pünktlich zum 30. Todestag Che Guevaras sind drei neue, ebenso umfangreiche wie lesenswerte Biographien ins Deutsche übersetzt worden. Die dickste, detail- und anekdotenreichste stammt von Paco Ignacio Taibo II. Sie ist eine Chronik von Tag zu Tag, in der Che "der zweite Erzähler" ist. Taibo unternimmt bewußt nicht den Versuch, die Geschichte von heute her gesehen "als erläuternde Biographie eines Toten" zu schreiben, sondern nähert sich ihr als einer "Provokation, die aus der Vergangenheit kommt". Überrascht zu Anfang noch die für einen Schriftsteller seines Formats mangelnde Plastizität, so überzeugt seine Methode mit fortschreitendem Lesen. Die Konturen der Figur Ches schälen sich langsam heraus. Wertungen bleiben dabei weitgehend dem Leser vorbehalten. Taibo selbst trifft sie, wie er in einem Interview paradox formulierte, als "Leser seines eigenen Buches".
Jorge Castañeda, der seit seinem Buch *La utopía desarmada* als intimer Kenner der Geschichte der lateinamerikanischen Linken gilt, hat die entgegengesetzte Herangehensweise gewählt. Er erzählt wenig und geht gleich auf alle strittigen Fragen los. Sein Buch ist sicher die kritischste der drei Biographien. Während Taibo einen geradezu liebevollen Umgang mit Gespenstern pflegt, sie Teil seines Universums sind, versucht Castañeda sie zu verscheuchen. Gleich an mehreren Fronten arbeitet er sich am Gespenst Ches, der Guerilla, des Jahres 68 ab. Neben vielen intelligenten Analysen stehen allerdings Passagen, die voller Mutmaßungen und Spekulationen sind und sich teilweise durch einen unkritischen Umgang mit seinen Quellen auszeichnen. Zum Schluß verbeißt er sich in die wenig überzeugende These, daß die bolivianische Guerilla nach einer Intervention Kossygins von Castro bewußt im Stich gelassen worden sei.
Die bestinformierte Arbeit ist das Buch von Jon Lee Anderson. Als einzigem gewährte ihm die Witwe Ches, Aleida March, fast vollständigen Einblick in die unveröffentlichten Tage- und Notizbücher Guevaras. Auch die kubanischen Archive wurden ihm weitgehend geöffnet, und selbst der kürzlich verstorbene Manuel Piñeiro (alias Barba Roja), die sonst so schweigsame graue Eminenz des "Revolutionsministeriums", das für die Logistik der kubanischen Einsätze in Lateinamerika zuständig war, gab ihm ein Interview. Insbesondere manche Details der Vorgeschichte der Expedition in den Kongo sowie der Guerillas von Salta und Ñancahuazú werden dadurch erstmals der Öffentlichkeit zugänglich (und verweisen einige der Thesen Castañedas in den Bereich der Legenden). Ein Mangel der Biographie ist die bisweilen sehr feuilletonistische Schreibweise. Und der leidenschaftliche Zugang, der - wenn auch mit völlig unterschiedlicher Akzentsetzung - die Bücher von Taibo und Castañeda auszeichnet, fehlt bei ihm völlig. Anderson kennt keine Gespenster.
Neben den drei Biographien liegt als Monographie über die Guerilla im Kongo das Buch *Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren* von Taibo/Escobar/Guerra vor. Es fußt auf dem unverständlicherweise immer noch unveröffentlicht im Giftschrank liegenden Tagebuch Ches sowie auf Interviews mit zahlreichen Beteiligten der Guerilla. Zu lesen ist es als weiterer Beitrag zur Biographie Guevaras. Über Afrika und den Kongo jener Zeit ist wenig zu erfahren. Hier verdoppelt das Buch die Unkenntnis der Protagonisten seiner Geschichte.

Ches Wirkung ist zu einem nicht unerheblichen Teil über Bilder und Fotos vermittelt. Nachvollziehen läßt sich das über zwei ebenfalls im letzten Jahr erschienene Bücher: eine liebevoll aufgemachte "Fotobiographie" von Christophe Loviny sowie die argentinische Produktion *Che: Der Traum des Rebellen*. Vor allem der letztgenannte Band besticht durch die Fülle seines Bildmaterials. Der begleitende Essay von Matilde Sánchez ist für einen wechselseitigen Kommentar von Text und Bild etwas zu lang geraten, bietet aber eine gelungene, sich in vielem auf die Arbeiten von Taibo und Anderson stützende Kurzbiographie Ches.
Neben so vielen Informationen über Che Guevara scheint es aus der Mode gekommen zu sein, sich mit seinen Texten selbst auseinanderzusetzen. Wer das tun möchte, kann in einer sechsbändigen von Horst-Eckart Gross herausgegebenen Werkausgabe des Pahl-Rugenstein Verlages nachlesen. Ihr editorischer Apparat ist allerdings äußerst mager. Das ist schade, weil die Editionsgeschichte von Ches Texten selbst ein spannendes Kapitel Bewegungsgeschichte ist.

Theo Bruns war Mitarbeiter der BUKO-Geschäftsstelle.

Stephan Adolphs/ Serhat Karakayali

PC-Terror in Campus-World

»Der Film ist aus einer linken Position heraus leicht mißzuverstehen« Sönke Wortmann

Zeitgleich mit den studentischen Streiks an den Hochschulen und in einem Klima, das von neokonservativen Umstrukturierungsplänen auch im Bildungsbereich geprägt ist, kam der Film *Der Campus* (beruhend auf der gleichnamigen Romanvorlage des Anglistik-Professors Dietrich Schwanitz, Auflage 250.000) von Sönke Wortmann in die Kinos. Wie nicht anders zu erwarten – Bildungspolitik stand medial gerade hoch im Kurs –, wurde er in den Massenmedien mit der »Bildungsmisere« an den Hochschulen in Verbindung gebracht: In den *Tagesthemen* beispielsweise diente Material aus dem Film zur Bebilderung eines Features über den studentischen Streik.

Auch wenn der Film von seinen MacherInnen wohl eher im Genre »Neue Deutsche Komödie« verortet wird, so geht er doch über eine Neuauflage der Feuerzangenbowle hinaus. Gesellschaftliche Verhältnisse werden darin im wesentlichen über das Medium »Kritik der Political Correctness« (PC) ins Visier genommen und mit Elementen neokonservativer Hochschul- und Gesellschaftskritik kurzgeschlossen.

Alle gegen Hackmann

Die Universität auf Wortmanns Campus hat zwar relativ wenig mit der Realität zu tun, eignet sich aber um so besser als Raster, mit dem sich die Schuldigen an der »Misere der Bildung« bestimmen lassen:

Auf der einen Seite haben wir den tragischen Helden Hackmann, einen sympathischen linksliberalen Professor im besten Alter, der nicht nur ein guter Wissenschaftler ist, was man von den meisten seiner Kollegen nicht behaupten kann, sondern sich auch noch in der Lehre engagiert, um leistungswillige Studierende zu fördern. Darüber hinaus hat er sich pragmatisch mit den Problemen an der Universität arrangiert. Statt den Notstand zu verwalten, hat er sich ein gut ausgestattes, von privaten Sponsoren finanziertes Institut aufgebaut; darum soll er – tatkräftig wie er ist – als künftiger Präsident die Reform der Institution in Angriff nehmen.

Die Studierenden dagegen existieren nur als demonstrierende oder herumpöbelnde Masse, die in ihren kurzen Wortbeiträgen alles »irgendwie echt geil« oder »total faschistisch« finden. Die einzige größere Rolle spielt Babsi, eine selbstbewußte Studentin, die vom »Wissenschaftsscheiß« die Nase voll hat und stattdessen auf Selbstverwirklichung setzt, die sie beim Theaterspiel zu finden hofft. Auch sie ist nicht unsympathisch, aber als sie ihre Rolle beim Theater verliert, ziemlich schnell therapiebedürftig. Das paßt ja auch irgendwie, kombinieren wir, zu ihrem Selbstverwirklichungstrip. Sie steht als Vertreterin der »infantilen Kultur der Wehleidigkeit«(1) neben der »linken Meinungspolizei« für das zweite Element des PC-Pappkameraden.

Die dritte wichtige Gruppe sind die »MinderheitenvertreterInnen« (auch Frauen firmieren darunter), die im Bereich der Universitätspolitik alle Fäden in der Hand halten und die klassischen Vertreter der Unibürokratie vor ihren Karren spannen. Dies sind zum einen die Frauenbeauftragte, Typ oberlehrerinnenhafte autoritäre Emanze mit Brille und Dutt, vor der die meisten Männer kuschen, und der AusländerInnenvertreter, ein Achtundsechziger, der die Unileitung durch inszenierte Demonstrationen unter Druck setzt und sich ansonsten ein schönes Leben auf Dienstreisen und in seinem luxuriösen Büro macht.

Diese Typologie bildet nun die Grundlage für Schwanitz' Kritik an der Massenuniversität, in der z. B. die Leistung der Studierenden nicht mehr stimmt: »Statt daß sie eine halbwegs homogene Truppe bildeten, bei der alle ungefähr gleichschnell marschierten, bestimmte der fußkrankeste Student die Geschwindigkeit aller«.(2) Verantwortlich für den »Verfall der Wissenschaft« sind einerseits fehlende Werte, wie die Wahrheit: »Die Universität, die es mal gab, war der

Was Film und Roman ausbreiten, ist eine idealtypische Zusammenstellung der Argumente der neokonservativen Anti-PC-Fraktion aus den USA.

Wahrheit verpflichtet. Sie war die Institution, die im großen Getöse gesellschaftlicher Interessen und Strebungen die Wahrheit darstellen sollte.« Andererseits das Eindringen »anstaltsfremder Gruppen«, wie Frauen und Ausländer – eben ein »Haufen Feministinnen und Fundamentalisten« – in den heiligen Hort der Wissenschaft. Überhaupt ist die Uni nicht mehr das, was sie mal war, sie »unterscheidet sich gar

nicht mehr von der Gesellschaft. Sie ist von ihr überschwemmt worden, sie ist in ihr untergegangen.« Der Campus dient hier zugleich als Sinnbild für den Verfall der gesamten Gesellschaft, deren althergebrachte Ordnung gestört scheint: »Es gibt eine Schwachstelle im System. Eine Vermischung von Politik und Sexualmoral, die neu auf dem Markt ist (...) Der Fall in ihrem Institut, sexuelle Belästigung, feministischer Protest, Political Correctness. Das ist eine Kernfusion. Sie führt zu Krebs in der Politik und Krebs im Journalismus. «Alles in allem läßt sich sagen, daß Schwanitz' Gestus aus einer »habituellen Mischung aus altmännerhaftem Nichtmehrmitkommen, Kastrationsangst und Provinzialität«, besteht, die er »einigermaßen erfolgreich als common-sensistische Männlichkeit inszeniert«.(3)

Amerikanisierung der Kultur – mal andersrum

Was Film und Roman ausbreiten, ist eine idealtypische Zusammenstellung der Argumente der neokonservativen Anti-PC-Fraktion aus den USA.(4) Dort hatten in den achtziger Jahren Autoren wie William Bennett, Allan Bloom, Roger Kimball und Dinesh D'Souza Front gemacht gegen das, was sie die Zerstörung kultureller Werte und den daraus resultierenden Verfall der westlichen Gesellschaft nannten.
Früher von Insidern zur ironischen Charakterisierung individueller Handlungen benutzt, referiert der Begriff heute nicht mehr auf einzelne Menschen, sondern auf das Vorhandensein einer anonymen Macht. PC wird zum Vernetzungsknoten, mit dem sich verschiedene Diskursstränge zu unterschiedlichen Themen verbinden lassen, u.a. können damit Ausgrenzungsdiskurse gebündelt werden, die dann in den Dienst von Täter-Opfer-Umkehrungen gestellt werden.
Anti-PC kann mittlerweile als ideologischer Diskurs der Neo-Konservativen gekennzeichnet werden; mit ihm ist es gelungen, den Begriff aus dem ursprünglichen Kontext zu lösen und mit völlig anderen Themen diskursiv neu zu besetzen. PC ist zum buzz-word der konservativen Gesellschaftskritik geworden, mit dem allerlei Geschichten nach dem »von der Aufklärung zur Tyrannei«-Schema erzählt werden können. Für Robert Hughes, Kunstkritiker beim *Time Magazine*, ist die heutige USA ein »Abbild des späten Rom«, hier herrschen »dieselbe Korruptheit und Geschwätzigkeit der Senatoren« vor. Insgesamt ist Amerika »therapiebesessen, politikverdrossen, voller Mißtrauen gegen jegliche Art von Autorität«. Schuld sind fehlende Leistungsbereitschaft und die Politisierung der Kunst: »So schustert man hochwissenschaftliche Theorien zusammen, die ganz klar zeigen, daß Qualität (...) in ästhetischem Zusammenhang wenig mehr ist als ein patriachalisches Hirngespinst, das einzig auf die Diskriminierung von schwarzen, weiblichen und homosexuellen Künstlern abzielt, die fortan nur noch nach Rassenzugehörigkeit, Geschlecht und sexueller Orientierung beurteilt werden dürfen und nicht mehr nach ihrer künstlerischen Leistung.« (5)

Wo liegt dein Problem, Mann?

Das Problem liegt wahrscheinlich in den vielen verlorenge-

gangenen Gewißheiten in einer ach so unübersichtlich gewordenen Welt. Und in der Tat: Nicht nur befinden sich viele, bisher für relativ stabil gehaltene Teilbereiche der Gesellschaft im Umbruch, seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten im Osten ist zudem ein wichtiger diskursiver Bezugspunkt und damit auch ein Feindbild verschwunden, das jetzt im Inneren gesucht werden muß: »Die Aggression der (vermeintlichen) Sieger verweist nämlich auch auf die Legitimationskrise des Kapitalismus sowie auf diffuse Ängste seiner Befürworter.«(6)
Darüberhinaus hat sich auch der Kampf um Anteile auf bestimmten Kultur- und Bildungsmärkten verschärft. Viele Intellektuelle sehen ihr kulturelles Kapital, das sie ausschließlich aus der westlichen Tradition bezogen haben, durch die selbstbewußte Artikulation der Neuen Sozialen Bewegungen gefährdet. Daher das Insistieren auf die »Klassiker« der Weltliteratur, die da heißen Homer, Shakespeare, Joyce etc.
Mit der Etablierung von neuen Wissensformen, wie etwa Gender Studies, an einem Teil der Universitäten werden Privilegien in Frage gestellt, die über Jahrhunderte als natürliche definiert und entsprechend diskursiv verankert waren. »Damit geraten normative Setzungen, wie Kultur, Wahrheit und Objektivität, die bisher ausschließlich der Definitionsmacht der alten Eliten überlassen waren, nun unter Legitimationszwang.«(7) Unter diesen Bedingungen kann die Anti-PC-Politik als Reaktion auf die Infragestellung der Vormachtposition einer bestimmten Schicht von Intellektuellen bzw. der alten Eliten angesehen werden, die nun zum »Gegenangriff« blasen. Mit dem Begriff lassen sich nämlich nicht nur bestehende Ungleichheit rechtfertigen, sondern auch Erfolge der Neuen Sozialen Bewegungen wieder rückgängig machen.
Dies funktioniert etwa gegen feministische Forderungen wie folgt: Zunächst wird Gleichheit als immer schon gegeben unterstellt. Dieser bürgerlichen Rechtsfiktion wird dann der angebliche Partikularismus von Feministinnen gegenübergestellt. Sie seien es, die mit ihrer Forderung nach Gleichstellung nicht nur die Freiheit (der Wahl) einschränkten, sondern die Menschen auch ungleich behandelten. Die als normal geltenden Strukturen, die Ungleichheit sichern (also das, was gewöhnlich Freiheit genannt wird), werden in dieser Konstruktion als natürlich und schlechthin nicht hinterfragbar fixiert.

Von menschenverachtenden Denkverboten und positiven nationalen Gemeinsamkeiten

Der Begriff PC tauchte in den bundesdeutschen Medien Anfang der neunziger Jahre zunächst nur im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Diskussion auf, wahrscheinlich auch weil sich viele der dort verwendeten Bezüge so in Deutschland nicht finden. Im Herbst 1993, also zu einem Zeitpunkt, als Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte an der Tagesordnung waren, das Asylrecht faktisch abgeschafft und eine Verschärfung des § 218 durchgesetzt wurde, übertrug dann Dieter E. Zimmer in einem *ZEIT*-Artikel PC auf bundesdeutsche Verhältnisse. PC sei auch in der Bundesrepublik »ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung«. Sie beruhe auf einigen unreflektierten Denkprämissen, deren Diskussion sie tabuisiere. Wer als nachdenklicher Mensch diese Denkverbote (etwa zu den Themen »Euthanasie« oder »Nation«) mißachte, werde von der »umbarmherzig dichotomischen PC« als »menschenverachtend«, »rechts« oder »faschistisch« stigmatisiert und gejagt.(8) Nach Zimmers Elaborat gab es eine Flut weiterer Artikel mit ähnlichem Tenor in den Printmedien.
Neu ist dabei vor allem die spezifisch bundesdeutsche Übertragung des Begriffs auf das Feld des Nation-Diskurses. Nach der Wiedererlangung der vollständigen polititischen Souveränität 1989 hatte die Bundesrepublik aus rechter Sicht folgendes Problem: Das Fehlen einer ebenso vollständigen »nationalen Identität«, die u.a. durch die ständige Thematisierung des Nationalsozialismus durch »die Linke« erheblich beschädigt sei. So heißt es in der *Jungen Freiheit*: »PC nimmt in Deutschland die Funktion einer negativen Ersatz-Identität ein in Ermangelung öffentlich zugelassener positiver nationaler Gemeinsamkeiten, wie sie jedes andere Volk kennt.« (JF 16/96) In Deutschland müsse gar von einer »historischen Korrektheit (HK)«(9) gesprochen werden, die uns den Weg in die Zukunft verbaue.

> *»Kampf um die Wiedergewinnung der sprachlichen Vorherrschaft und der politischen Moral«*

Schon in den 70er Jahren wurde von konservativer Seite (etwa von Kurt Biedenkopf) der »Kampf um die Wiedergewinnung der sprachlichen Vorherrschaft und der politischen Moral« auf die Tagesordnung gesetzt; es ging gegen den von '68 und der Frauenbewegung angestoßenen »Sprachwandel« (»Emanzipation«, »Demokratisierung«, »Selbstverwirklichung«). Der konservative Soziologe Helmut Schelsky sprach damals von einer »neuen Klasse« von Linksintellektuellen, die eine »Priesterherrschaft« über die Gesellschaft ausübten, während »andere die Arbeit tun«. Dieser Topos der vermeintlichen linken kulturellen Hegemonie hat – in veränderter Gestalt – bis heute Geltung: Von ganz rechts außen bis hin zum konservativen Lager wird in unterschiedlicher Weise demonstrativ unter »Denkverboten und Tabus« gelitten. Mit dem PC-Begriff wird nun eine Bündelung der verschiedenen neokonservativen Kultur- und Gesellschaftskritiken möglich: Neben der Aufwertung der Nation, mit der nicht nur der veränderten außenpolitischen Lage Rechnung getragen wird, dient er beim Um- bzw. Rückbau des »sozialdemokratischen Staates« zur Unterscheidung der normalen und notwendigen von den überflüssigen Institutionen, Übereinkünften, Gesetzen etc.(11)
Die Anti-PC-Strategie ist deshalb so erfolgreich, weil sie scheinbar keinem politischen Lager zuzuordnen ist. Sie inszeniert sich selbst immer als bloß formale: Kritisiert werden vorgeblich nur Haltungen (verknöchert, verbohrt, dogmatisch) und Umgangsformen (Veranstaltungen stören, »Verbote aussprechen«). Die formale wird jedoch mit einer inhaltlichen Kritik kurzgeschlossen, wobei »die Kritik der Methode die Auseinandersetzung mit den Inhalten ersetzt, das kritische Urteil aber für beides, für Inhalt und Methode gilt.«(13) So gesehen ist diese Diskurs-Technik nicht einer bestimmten politischen Ideologie zugehörig, sondern kann theoretisch von jeder gebraucht werden.
So beispielsweise von AutorInnen aus dem Umfeld der Satire-Zeitschrift Titanic, deren »Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache« sich gegen »pflaumweich sozialdemokratische Streitkultursurrogate«(13) richtet, oder von liberalen FeuilletonistInnen, die vor allem die Freiheit (von was auch immer) gefährdet sehen.
Die Kritik von links ist allerdings auch inhaltlich begründet. Was sie als politisch korrekt angreift, ist oftmals Resultat einer Institutionalisierung und Verdinglichung von Positionen

der Frauenbewegung oder der Nach-68er insgesamt – fleischgeworden im Gutmenschen. Etwa wenn die sozialdemokratische Rede vom »ausländischen Mitbürger« oder das Ausrichten multi-kultureller Stadtteilfeste für »mehr Toleranz« sich als »Anti-Rassismus« verkaufen. Wirklich verteidigen lassen sich solche Borniertheiten eigentlich nicht. Gegenüber rechten Kritikern beispielsweise des Multikulturalismus-Konzepts erweist sich die distanzierte Haltung als strategischer Nachteil.

Ein handfestes Beispiel ist die Verwendung (und Umkehrung) der Kritik an der Phrase »Mein Freund ist Ausländer« (Wörterbuch des Gutmenschen) durch die Anti-PC-Demagogen Behrens/von Rimscha (14). Die Kritik nämlich, daß Anti-Rassismus nicht von Sym- oder Antipathie abhängig gemacht werden dürfe, wird hier dazu benutzt die rassistische Rede von »Asylmißbrauch« und »Ausländerkriminalität« zu rechtfertigen.

Die rechte Anti-PC-Position profitiert nun davon, daß sie sich über die Formkritik – Tabubruch und das Vorgehen gegen (angeblich) versteinerte Verhältnisse werden mit 68 konnotiert – eine Art progressives Ticket aneignen und Diskurspartikel aus linken Positionen in ihre Argumentation einbauen kann. So kann sie aus den Fragmenten Tabubruch (links), Freiheit (liberal) und Common Sense (alle) einen eigenen Diskurs formieren, der nach verschiedenen Seiten anschlußfähig ist.

Galten konservative Positionen für gewöhnlich als muffig und angestaubt, wird mit PC alles anders. Endlich kann selbst die reaktionärste Scheiße als modern und rebellisch präsentiert werden. Daß dies in »Campus«-World nicht gelingt, hat wohl vor allem damit zu tun, daß billiger Klamauk und typisch deutscher Schenkelklopf-Humor dann doch nicht so ganz zum angestrebten modernen Ambiente passen. Da wundert es nicht, daß der Film ein Flop war.

Anmerkungen:

1 > Robert Hughes: Political Correctness. Oder die Kunst, sich selbst das Denken zu verbieten. München 1995.

2 > Dieses und die folgenden Zitate sind der Romanvorlage entnommen, von der der Film kaum abweicht. Dietrich Schwanitz: Der Campus. Ffm. 1995, S. 309, 374, 284, 323. Diese Aussagen stammen natürlich von Romanfiguren und, so könnte man einwenden, nicht vom Autor. Die Beschreibung jener Figuren, die die Zielscheibe der Angriffe abgeben, entsprechen jedoch exakt den Stereotypen, welche die Aussagen kolportieren. Im übrigen: Entweder alle laufen so schnell wie der langsamste, also »gleichschnell« oder jeder läuft in seiner Geschwindigkeit.

3 > Diedrich Diederichsen: Politische Korrekturen, Köln 1996, S. 122

4 > Erkennbar schon daran, daß der Roman eng an David Mamets Theaterstück »Oleanna« angelehnt ist, in dem es ebenfalls um die Konstellation Professor/Studentin geht. Insgesamt ist die in Schwanitz' Werk thematisierte Auseinandersetzung eher als USA-Import anzusehen. (Vgl. ebd., S. 83)

5 > Hughes a.a.O., S. 14ff.

6 > Vgl. Brigitta Huhnke: »PC – Das neue Mantra der Remaskulinisierung«. In: »Wissen, Macht, Politik«. Hg. von Gabriele Cleve u.a., Münster, 1997. Huhnke a.a.O, S. 317

7 > ebd., S. 332

8 > Vgl. Karsta Frank: »PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik. In: Das Argument 213, 1996, S. 25-38

9 > Michael Behrens/Robert von Rimscha: »Politische Korrektheit« in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie. Bonn 1995, S.21

10 > Martin Wengler nach Huhnke: »›pc‹ – Das neue Mantra der Neokonservativen«. In: Andreas Disselnkötter u.a. (Hg.) Evidenzen im Fluß, Duisburg 1997, S. 266

11> Helmut Schelsky: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Wiesbaden 1975.

12 > Frank a.a.O., S. 31

13 > Gerhard Henschel in: Klaus Bittermann/Henschel (Hg.): Das Wörterbuch des Gutmenschen. Berlin 1994. Die Kritik richtet sich auch, nur zum Teil treffsicher, gegen Linksradikale und Feministinnen. Vor allem gegen letztere wird häufig eine bestimmte Vorstellung von »freier Sexualität« aufgebaut, mit der allen, die das Sexuelle politisieren, pauschal Prüderie und Verklemmtheit vorgeworfen werden kann.

14 > a.a.O., S. 132f

Serhat Karakayali ist Dienstleistungsproletarier und Student. Stephan Adolphs müßte eigentlich Taxi fahren, hat aber noch keinen Führerschein. Auch er studiert. Beide leben in Frankfurt am Main und sind Redakteure des diskus.

entnommen aus: diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift Nr. 1+2, Mai 1998, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt am Main (5,- Mark)

alaska
in
›UNIVERSALISIERUNG‹

DIE WEIHNACHTSFERIEN AUF URSUS MAJOR SIND SCHON EINE PLAGE, ABER...

... DIE SCHLIMMSTE ZEIT DES JAHRES KOMMT, WENN ALPHA CENTAURI SOMMERFERIEN HAT.

ÜBER DIE ERDE ERGIESST SICH EINE FLUT VON GELANGWEILTEN, ERLEBNISHUNGRIGEN TOURISTEN.

DIE FINDEN JEDEN SCHEISS INTERESSANT...

... UND KÜMMERN SICH EINEN DRECK UM UNSERE INTIMSPHÄRE, BESONDERS NACHTS.

MAN MUSS DAZU WISSEN, DASS SEXUALLEBEN UND FORTPFLANZUNG AUF ALPHA CENTAURI EXTREM LANGWEILIG SIND!

IHR PLANET IST SO VERGIFTET, DASS SIE EINEM DIE BLATTPFLANZE UNTERM HINTERN WEGKLAUEN.

ABER WAS SOLL'S: SIE HABEN DIE HÄRTESTE WÄHRUNG DES UNIVERSUMS.

BLINDE ERD-NGO BITTET UM SPENDE

Markus Wissen

Der BUKO in der Neuen Unübersichtlichkeit

In Bonn fand vor kurzem ein Treffen zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) statt, an dem laut *Taz* rund 550 Leute teilnahmen. Der BUKO war weder in der Vorbereitung noch beim Treffen selbst vertreten. Überhaupt schweigt er sich bislang zu dieser wichtigen Frage weitgehend aus. Nicht daß es keine BUKO-Mitgliedsgruppen oder -Kampagnen gäbe, die sich mit MAI befaßten: aber sie tun dies in Zusammenhängen außerhalb des BUKO und nicht primär als BUKO-Mitgliedsgruppen -bzw. -Kampagnen, sondern in eigener Sache.

Die Rolle des BUKO in der Debatte um MAI ist ein besonders drastisches Symptom seiner Krise. Obwohl es sich um eines seiner ureigensten Themen handelt, geht die Auseinandersetzung bislang am BUKO vorbei. Statt die Debatte mit voranzutreiben, sie als Chance für Bündnispolitik zu sehen und Anlaufstelle für Leute zu sein, die nach Informationen suchen, sieht der BUKO sich in die Lage versetzt, sich von anderen über den Stand der Dinge informieren zu lassen.

Weitere Krisensymptome sind hinlänglich bekannt: Trotz großer Anstrengungen vor allem seitens der Geschäftsstelle stoßen BUKO-Veranstaltungen auf immer geringere Resonanz. Die Zahl der Kongreß-TeilnehmerInnen stagniert oder geht zurück, Seminare müssen abgesagt werden, und in wichtigen Debatten ist der BUKO kaum noch präsent. Ein koordinierendes Gremium gibt es schon seit einigen Jahren nicht mehr: Verantwortung wird nach dem Zufallsprinzip wahrgenommen.

Die Krise des BUKO hat eine ganze Reihe von Ursachen, die ich hier nicht erschöpfend behandeln kann. Ich will mich auf die Erörterung zweier Entwicklungen beschränken, die ich im Hinblick auf neue Perspektiven für wesentlich halte: zum einen die inhaltliche und politische Heterogenisierung des BUKO, zum anderen die zunehmende Konkurrenz seitens professioneller Organisationen, die den BUKO an den Rand der politischen Auseinandersetzung drängen.

Die Heterogenisierung des BUKO

Der BUKO war schon immer ein inhaltlich und politisch sehr vielfältiger Zusammenschluß. Spätestens seit Beginn der 90er Jahre gewinnt die Heterogenität jedoch an Dynamik: Die Vielfältigkeit nimmt in einem Maße zu, daß das Gemeinsame zu verschwinden droht. Während es bei den Bundeskongressen der 80er Jahre noch vergleichsweise konkret um die Verschuldungskrise oder um „Ökologie und Dritte Welt" ging, hatte der Kongreß des vergangenen Jahres das abstrakte Thema „Gegenmacht von unten"; während internationale Solidarität - verstanden als Unterstützung von Emanzipationsprozessen in der Dritten Welt - bei den KongreßteilnehmerInnen der 70er und 80er Jahre den gemeinsamen Nenner bildete, war sie beim letzten Kongreß ein Kongreß-Thema unter anderen.

Diese Entwicklung deutet auf einen grundlegenden Wandel im Verständnis von internationalistischer Arbeit hin, der einerseits begrüßenswert ist, der aber andererseits den BUKO vor inhaltliche und organisatorische Probleme stellt. Begrüßenswert ist der Wandel insofern, als notwendige Debatten angestoßen wurden. Ich denke an die Debatten über Nachhaltigkeit, über Rassismus und Flüchtlingspolitik, die Kritik des Entwicklungsdenkens oder die Patriarchatskritik. Indem der BUKO sich diesen Fragen stellte, öffnete er sich zugleich anderen sozialen Bewegungen ohne explizit internationale Orientierung. Davon zeugt auch die Breite des Spektrums von Gruppen und Einzelpersonen, die beim Paderborner Kongreß vertreten waren.

Das Problem, vor das sich der BUKO durch diese Entwicklung gestellt sieht, liegt darin, daß das Verbindende in der zunehmenden Vielfalt verlorenzugehen droht. Die Frage bleibt offen, was den Laden eigentlich noch zusammenhält. Hierauf eine Antwort zu finden, ist für die Weiterexistenz des BUKO dringend nötig.

Konkurrenz durch Professionalisierung

Die interne Heterogenisierung erschwert es dem BUKO, mit profilierten Positionen in öffentliche Debatten einzugreifen. Die Folge ist eine politische Marginalisierung, die durch zunehmende Konkurrenz seitens professioneller Organisationen von außen noch verstärkt wird. Zu Beginn der 90er Jahre nabelten sich einige Alt-AktivistInnen und Gruppen vom BUKO ab und gründeten neue einschlägige Organisationen: *WEED* und *Germanwatch*. Deren Arbeit stößt ebenso wie jene der Ländernetzwerke oder der Clean Clothes Campaign nicht nur in der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit, sondern auch bei BUKO-Gruppen auf große Resonanz.

Ihr Erfolgsrezept liegt darin, organisatorisch und inhaltlich jenen Entwicklungen vorzubeugen, die dem BUKO das Leben schwer machen: Heterogenisierungstendenzen wird durch die Konzentration auf jeweils ein zentrales Politikfeld sowie auf jeweils eine bestimmte Form der öffentlichen Artikulation (Lobbying, Expertisen) vorgebeugt. Politische Differenzen werden durch einen Grundkonsens der Beteiligten auf ein Minimum reduziert. Da es sich entweder um einen kleinen, überschaubaren Kreis von Aktiven handelt (*WEED*) oder um relativ hierarchisch strukturierte Organisationen, in denen ein bundesweites Entscheidungsgremium die Richtung vorgibt (*Germanwatch*, *Clean Clothes Campaign*), ist eine schnelle Entscheidungsfindung ebenso gewährleistet wie öffentliche Präsenz.

Bei einigen der in den vergangenen Jahren neu entstandenen Organisationen handelt es sich um „BUKO-Ausgründungen". Es liegt nahe, in ihnen den Versuch zu sehen, den skizzierten Mühen der Bewegungspolitik zu entkommen und sich mit dem im Laufe der Jahre angesammelten Sachverstand

wirksamer an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Der Versuch ist geglückt: Während der BUKO abseits vieler wichtiger Diskussionen steht, stehen die neuen Organisationen oft im Zentrum. Auch das ist für den BUKO langfristig existenzgefährdend.
Sowohl die professionellen Ausgründungen als auch die interne Heterogenisierung bedeuten für den BUKO also eine große Herausforderung, der er in den letzten Jahren nicht gerecht geworden ist: Es geht um eine Neubestimmung internationalistischer Arbeit und internationaler Solidarität, die es ermöglicht, die vielfältigen Ansätze innerhalb des BUKO als Teile eines gemeinsamen Ganzen zu begreifen und dem BUKO damit einen eindeutigen politischen Ort im Spektrum internationaler Solidaritätsarbeit zuzuweisen. Dazu will ich im folgenden einige Anmerkungen machen - und zwar in zwei Schritten: zunächst über eine Kritik der Professionalisierung und anschließend über die Erörterung der Chancen, die in der Heterogenität des BUKO liegen.

Kritik der Professionalisierung

Es wäre falsch, die Professionalisierung von Solidaritätsarbeit zu verteufeln - nicht nur, weil sie in Gestalt der Kampagnen im BUKO selbst präsent ist. Sie kann auch viele brauchbare und wichtige Ergebnisse vorweisen: Fundierte Studien zu weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragen etwa sind wichtige Informationsquellen und Argumentationshilfen für die Arbeit an der Basis; ein verhindertes Staudammprojekt oder ein Verbot von Kinderarbeit in der Teppichindustrie sind Erfolge, die die Lebenssituation vieler Menschen unmittelbar verbessern; kleine überschaubare bzw. hierarchisch strukturierte Zusammenhänge hochkompetenter Menschen schließlich helfen, das öffentliche Bewußtsein für entwicklungspolitische Probleme zu schärfen.
Doch haben diese Erfolge ihren Preis: Die Ergebnisse professionalisierter Solidaritätsarbeit sind in aller Regel nur begrenzt „marktfähig". Zwar lassen sich Schuldenreports, Gutachten über Hermes-Bürgschaften oder fundierte Analysen des geplanten Multilateralen Investitionsabkommens gut verkaufen. Die Verkaufserlöse reichen aber nicht aus, um das finanzielle Überleben der betreffenden Organisationen zu sichern. Drittmittel sind also erforderlich. Und die lassen sich in Zeiten großer Geldknappheit bei den Gebern am besten durch den Nachweis von hoher Sachkompetenz einwerben. Kritik ist dabei zwar durchaus gefragt, doch muß sie so formuliert sein, daß ihre Anschlußfähigkeit an den herrschenden Diskurs zu keiner Zeit infragesteht.
Dies gilt auch und vor allem dann, wenn mensch beim Lobbying als GesprächspartnerIn ernstgenommen werden will. Der *Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)* empfiehlt folgerichtig seiner Klientel, „Gespräche mit den Politikern zielgruppenorientiert, d.h. mit einer gehörigen Portion Pragmatismus" zu führen. Wie könnte er auch anders: kann sich entwicklungspolitisches Lobbying doch nur auf eine äußerst beschränkte Machtbasis stützen: Auf ökonomischen Druck läßt sich nicht bauen. Entwicklungspolitische Initiativen sind nur sehr begrenzt in der Lage, der Gesellschaft reproduktionsnotwendige Leistungen vorzuenthalten: Im Gegensatz zu Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst würden ein Streik bei *VENRO*, abgesagte *WEED*-Seminare oder leere Spalten im Rundbrief von *Germanwatch* vermutlich nur wenige Gemüter erhitzen.
Auch moralischer Druck ist für entwicklungspolitische Belange nur schwer zu erzeugen. Er setzt konkrete Probleme voraus, deren Dringlichkeit jedermann-/frau sofort einsichtig ist und zu deren Lösung mensch mit einem geringen Zeiteinsatz beitragen kann (wie etwa das Schicksal einzelner Gefangener, für die amnesty international Unterstützung in Gestalt von Postkarten-Aktionen mobilisiert). Entwicklungspolitisches Lobbying hat es dagegen mit komplexen Strukturen zu tun, die schwer durchschaubar sind und deren Veränderung einen hohen Einsatz erfordert.
Was bleibt, ist der Versuch argumentativer Überzeugung. Politischen Entscheidungsträgern wird unter der Prämisse zu Leibe gerückt, daß das Elend der Welt maßgeblich durch „falsche Politik" verursacht sei, die sich ihrerseits auf Uneinsichtigkeit und/oder mangelnde Sachkenntnis des staatlichen Personals zurückführen lasse. Sind diese Mängel erst einmal behoben, ist Hoffen angesagt. Ein - vielleicht etwas extremes - Beispiel hierfür liefert das „Süd-Nord EXPO-Watch-Büro", das die Erwartungen der Nicht-Regierungsorganisationen im Vorfeld der UN-Sondergeneralversammlung „5 Jahre nach Rio" formuliert: „Wenn der Bundeskanzler tatsächlich nach New York fliegt und sich voll hinter die Agenda 21 stellt, könnte von dort auch für die EXPO 2000 eine Agenda-Schubkraft entstehen."
Entwicklungspolitischer Lobbyismus läuft in Zeiten allgemeiner Bewegungsmüdigkeit weitgehend ins Leere. Erst eine starke soziale Bewegung würde es ihm ermöglichen, seinen GesprächspartnerInnen gegenüber nicht nur pragmatisch, sondern auch fordernd aufzutreten - nach dem Motto: Macht das, sonst droht euch Schlimmeres. Das scheinen die meisten LobbyistInnen zu vernachlässigen. So erreichen sie denn auch bestenfalls punktuelle Veränderungen und laufen Gefahr zum demokra-

tischen Deckmantel marktradikaler Entwicklungspolitik zu werden, zu einer zivilgesellschaftlichen Bereicherung des Systems, derer dieses dringend bedarf, um nicht an seinen eigenen Widersprüchen zugrundezugehen.
Der BUKO hat sich demgegenüber immer als Ort verstanden, an dem über das Bestehende hinaus gedacht wird. Die Bereitschaft zur Kapitalismuskritik ist ein Grundkonsens, der auch diejenigen eint, die in konkreten Debatten gegensätzliche Positionen vertreten (siehe z.B. die Debatte um die Schwertfisch-Position im „Bausteine-Papier"). Angesichts des in weiten Teilen der Solidaritätsbewegung herrschenden kapitalismuskritischen Vakuums liegt hier ein Element zur politischen Ortsbestimmung des BUKO, das nicht unterschätzt, sondern durch entsprechende Positionen profiliert werden sollte. Das allein reicht natürlich nicht aus, um neue, langfristige Perspektiven zu entwickeln. Hierzu müssen auch die skizzierten Probleme gelöst bzw. Chancen wahrgenommen werden, die sich aus der BUKO-internen Heterogenisierung ergeben.

Chancen der Heterogenisierung

Der ursprüngliche Bezugspunkt internationalistischer Politik, die „Dritte Welt", ist längst nicht mehr die einheitliche Größe, die etwa der Ausdruck „Trikont" suggeriert (wahrscheinlich war sie es auch nie): zum einen, weil sich die Lebenslagen zwischen vielen Ländern des Südens und innerhalb derselben immer weiter auseinanderentwickeln; zum anderen, weil die „Dritte Welt" zunmehmend auch in der Ersten Einzug hält. Der Kapitalismus entledigt sich auch in den Zentren der sozialen Fesseln, die ihm in den wohlfahrtsstaatlichen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit angelegt wurden - sichtbar an Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, neuen Formen der Ausgrenzung (z.B. von Obdachlosen aus den Innenstädten). „Dritte Welt" ist nicht länger nur eine geographische, sondern auch auch eine sozialstrukturelle Kategorie.
Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, als würden in absehbarer Zeit alle Unterschiede zwischen den kapitalistischen Zentren und der Peripherie verschwinden. Gemessen an makroökonomischen Größen dürfte der Abstand zwischen reichen und armen Ländern eher größer werden. Feststellen läßt sich aber, daß auch die Widersprüche innerhalb der Zentren unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus an Schärfe gewinnen. Die Zahl der VerliererInnen neoliberaler Restrukturierung nimmt weltweit zu. Widerstand äußert sich dagegen lokal, regional oder allenfalls national begrenzt, das Subjekt menschlicher Emanzipation, das nur eine starke grenzüberschreitende Bewegung sein kann, ist nirgends in Sicht. Eine Ursache hierfür ist, daß das gemeinsame Interesse der Subalternen nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Denn der postfordistische Kapitalismus produziert nicht nur jede Menge VerliererInnen, er versteht es auch, diese untereinander so zu spalten, daß sie ihren Gegner eher unter ihresgleichen suchen als in den zerstörerischen Strukturen des Systems und deren Nutznießern. Er spaltet sie in Beschäftigte und Arbeitslose, Kern- und Randbelegschaften, Sozialversicherte und Scheinselbständige, InländerInnen und (Arbeits-)MigrantInnen, Beschäftigte am „Standort Deutschland" und Beschäftigte in Osteuropa oder der Dritten Welt.
Die Erwartung jedenfalls, daß eine „objektive Klassenlage" den Betroffenen soweit bewußt würde, daß sie von sich aus zu gemeinsamem Handeln bereit und in der Lage wären, ist mehr als hinfällig. Wenn überhaupt, flammt Widerstand punktuell auf. Zwar äußert er sich dabei oft sehr medienwirksam (Arbeitslosenproteste in Frankreich, Aufstand in Chiapas), ist aber entweder nur von kurzer Dauer oder weitet sich nicht in einem Maße aus, das für seinen Erfolg notwendig wäre.
Für internationalistische Politik ergeben sich hieraus zwei Aufgaben. Zum einen erfordert die Veränderung des Bezugspunktes, der „Dritten Welt", eine Neubestimmung des Begriffs „Internationalismus" bzw. „internationale Solidarität". Wenn die Dritte Welt auch in der ersten Einzug hält, dann muß die soziale Frage in den Zentren in die internationalistische Arbeit miteinbezogen werden. Zum anderen und daran anknüpfend gilt es, die Segmentierung der VerliererInnen des postfordistischen Kapitalismus zu überwinden. Nur dann kann an die Möglichkeit von Emanzipationsprozessen wieder gedacht werden.
Hieran mitzuwirken, ist der BUKO zumindest potentiell in der Lage: Vor dem Hintergrund der Peripherisierung von Teilen des Nordens und der Spaltung der Subalternen - so meine gewagte These - kann die Heterogenität des BUKO sogar zum strategischen Vorteil werden. Wenn sich ein Verband aus einem inhaltlich und politisch vielfältigen Spektrum von Gruppen zusammensetzt, dann sieht er sich zwar einer permanenten Zerreißprobe ausgesetzt. Gleichzeitig verfügt er aber über die organisatorische Möglichkeit, die Segmentierung von Protest zu überwinden und einen Austausch zwischen ansonsten getrennten oder gar isolierten Sphären zu institutionalisieren.

Inhalte und Strukturen künftiger BUKO-Arbeit

Soll es nicht bei der bloßen Möglichkeit bleiben, muß das Bemühen um Koordination zum zentralen Gegenstand künftiger BUKO-Arbeit werden. Es geht darum, die Zusammenarbeit zwischen thematisch verwandten BUKO-Mitgliedsgruppen als auch zwischen diesen einerseits und Gruppen außerhalb des BUKO andererseits anzuregen bzw. zu stärken. Was die BUKO-übergreifende Koordination angeht, könnte z.B. versucht werden, VertreterInnen von Bündnissen gegen Sozialabbau beim jährlichen Kongreß bzw. im Rahmen des Ratschlags mit Initiativen zusammenzubringen, die sich im Süden gegen neoliberale Anpassungsprogramme wehren. Der BUKO würde so eine Art Schnittstellen-Funktion zwischen südlicher und nördlicher Peripherie einnehmen, die angesichts der Segmentierung von Protest von großer Bedeutung ist. Dabei ließe sich durchaus an bestehende Initiativen anknüpfen. Ich denke etwa an den *Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik*, der schon seit längerer Zeit BUKO-interne und -übergreifende Koordinierungsaufgaben wahrnimmt. Anknüpfungspunkte zu Initiativen gegen Sozialabbau ergeben sich hier insofern, als an Flüchtlingen und MigrantInnen vielfach ausprobiert wird, was anschließend den wachsenden inländischen „Randgruppen" an Rechten genommen wird.
Um das Bemühen um Koordination organisatorisch zu erleichtern, müssen die BUKO-Strukturen weiterentwickelt werden. Mein Vorschlag sieht im wesentlichen zwei Neuerungen vor: Erstens sollten thematische Koordinationen gebildet werden, zu denen sich jeweils die Gruppen, Arbeitsschwerpunkte und Kampagnen zusammenfinden, die zu denselben oder ähnlichen Themen arbeiten. Gezielt eingeladen werden sollten auch Gruppen von außerhalb des BUKO. Die Koordinationstreffen dienten der inhaltlichen Diskussion sowie der Planung und Abstimmung von gemeinsamen und/oder dezentralen Aktionen, bei denen alle Bündnis-

möglichkeiten, also auch gegenüber Organisationen wie *WEED*, *Germanwatch* und den Ländernetzwerken ausgeschöpft werden sollten.
Die thematischen Koordinationen entsenden - zweitens - jeweils einen Mann und eine Frau in den SprecherInnen-Rat, in dem des weiteren auch die Geschäftsstelle und *alaska* vertreten sind. Der SprecherInnen-Rat trifft sich zweimonatlich, um Informationen aus den verschiedenen Koordinationen sowie aus nationalen und internationalen Kontakten auszutauschen, bislang ungenutzte, weil unerkannte Kooperationsmöglichkeiten ausfindig zu machen und perspektivisch ein Netz zwischen verschiedenen Teilen der Bewegung zu spinnen, die bisher keine Kontakte unterhalten.
Der Kongreß findet weiterhin einmal jährlich statt. Er hat wie bisher ein Schwerpunktthema und schafft darüber hinaus Raum für den Austausch der thematischen Koordinationen untereinander. Bei Bedarf regt er die Bildung neuer Koordinationen an. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis ist er von organisatorischen Aufgaben, vor allem von Wahlen, weitgehend befreit. Diese werden von den thematischen Koordinationen und dem SprecherInnen-Rat mit Unterstützung der Geschäftsstelle wahrgenommen. *alaska* ist das Forum für Debatten, die nach innen der politischen Selbstverständigung und nach außen der Profilierung des BUKO dienen.
Vordergründig weicht dieses Modell vom Grundsatz der Basisdemokratie ab, wird doch der Kongreß seiner Entscheidungsfunktionen weitgehend beraubt. Faktisch werden aber die Entscheidungskompetenzen all derer aufgewertet, die auch die Arbeit tun, das heißt der Gruppen in den thematischen Koordinationen. Das erscheint mir legitim und könnte - ebenso wie die Impulse, die von letzteren zu erwarten sind - ein Anreiz für die Mitgliedsgruppen sein, sich wieder stärker in die Arbeit des BUKO einzubringen.

Es wird sicherlich schwierig sein, sich auf neue Strukturen zu einigen. Noch schwieriger wird es wahrscheinlich, diese personell zu füllen. Dennoch sehe ich keine Alternative zu organisatorischen Reformen. Eine Zeit lang mag es noch so weitergehen wie momentan. Auf die Dauer ist der jetzige Zustand aber für die Geschäftsstellen-MitarbeiterInnen eine Zumutung und für den BUKO existenzgefährdend. Mit der Einigung auf neue Strukturen und Strategien, die gleichwohl an das Vorhandene anknüpfen, kann der BUKO sich dagegen dem Kongreßthema des vergangenen Jahres annähern: Gegenmacht von unten zu sein.

Christoph Spehr

Perspektiven der Internationalismus-Bewegung und Krise des BUKO

1. Old and New Dreams: Vom Sterben und Überleben sozialer Bewegungen

Es gehört zur Ideologie der Neuen Weltordnung (NWO), soziale Bewegungen hätten in ihr ausgedient und seien zusammen mit dem "Ende der Geschichte" sang- und klanglos auf den Müllhaufen gewandert. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein anderer Befund. Zum einen scheint die Anzahl von Basisorganisationen und grassroots-movements heute eher größer zu sein als jemals vorher - und das Vertrauen in das herrschende System scheint heute nicht gerade höher zu sein als vor 20 Jahren. Zum anderen gibt es zwar soziale Bewegungen, die in der Krise stecken - so unterschiedliche wie die Gewerkschaftsbewegung, die Ökologiebewegung und die Frauenbewegung; aber es gibt ebenso soziale Bewegungen, die unter den Bedingungen der NWO sehr erfolgreich weitergearbeitet und alte Ziele schlicht erreicht haben. Ein Beispiel ist die Lesben- und Schwulenbewegung, die in den letzten Jahren das alte Ziel der Streichung des §175 ebenso erreicht hat wie eine substanzielle rechtliche, ökonomische und kulturelle Emanzipation. Ein anderes Beispiel ist die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB). Ferner gibt es Bewegungen wie den Neozapatismus, die sich in einem jahrelangen Prozeß bereits unter den Bedingungen der NWO konstituiert haben und zumindest erstaunlich weit gekommen sind.

Die Anti-Apartheid-Bewegung ist nicht zuletzt deshalb interessant, weil es Zeiten gab, wo es ihr noch weitaus schlechter ging als dem BUKO heute. Ende der 60er waren der ANC und sämtliche andere große Organisationen in Südafrika verboten, die gesamte Führung der Bewegung saß im Knast, die militärische Option war rundheraus gescheitert, und es deutete überhaupt nichts darauf hin, daß es zu einem neuen Zyklus von Bewegung kommen würde. Die eigentliche Erfolgsphase, die Wende von 1985 bis hin zur Wahl von 1994, fällt bereits definitiv in die Zeit der NWO, von der wir landläufig eigentlich das Abflauen oder Scheitern sozialer Bewegungen erwarten.

Was sich an der Anti-Apartheid-Bewegung besonders deutlich zeigen läßt, aber auch für andere Bewegungen gilt, sind die drei Grundbestimmungen, die eine soziale Bewegung haben muß: Forderung; Consciousness; Organisation. Eine soziale Bewegung muß eine zentrale Forderung haben, die klar verständlich ist - eine Forderung, die im Konflikt zur derzeitigen herrschenden Ordnung steht, der aber auch eine gewisse innere Unabweisbarkeit innewohnt. Solche Forderungen sind konkret; sie heißen nicht "Frieden" oder "Ökologie", sondern "Abrüstung" oder "Ausstieg aus der Atomkraft" usw. Im Fall der AAB war die zentrale Forderung die Formel "one man, one vote": allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht ohne Ansehen der Hautfarbe; keine "Kammernsysteme", keine Homelands, einfach pro Mensch eine Stimme. Darum ging es, daran krachte es, das wurde letztlich erreicht (und jetzt stellen

sich andere Fragen).

Eine soziale Bewegung muß ferner in der Lage sein, immer wieder ein der Zeit entsprechendes politisches Bewußtsein zu artikulieren - das, was im Black Movement der 70er Jahre "consciousness" heißt. Consciousness ist mehr als Theorie, es ist eine bestimmte Art die Dinge zu sehen und danach zu handeln, und sie wandelt sich. Im Fall der AAB ging in der Flaute Ende der 60er, Anfang der 70er vom Black Consciousness Movement (das zahlenmäßig eher schwach war und keine organisatorische Kontinuität bilden konnte) ein entsprechender Impuls aus, ohne den die Aufstände Ende der 70er undenkbar gewesen wären, die bereits die finale Krise des Apartheid-Regimes einleiteten.

Eine soziale Bewegung muß drittens eine (oder mehrere) zentrale Organisationen haben, die in der Lage sind, die Erfahrungen der Bewegung zu bewahren, in sich aufzunehmen, und ihnen quasi materielle Qualität zu geben. Die Bewegung muß sich mit der Organisation sozusagen ein Produktionsmittel gesellschaftlicher Veränderung schaffen. Der ANC hatte, wie gesagt, Zeiten in denen er weder stark, noch führend, noch besonders kreativ war. Aber er war die Organisation die immer da war, die in der Lage war, sich neuen Entwicklungen und Ansätzen immer wieder zu öffnen, und ohne deren Potential an Leuten, Erfahrungen, Kontakten und Ressourcen der Wandel undenkbar gewesen wäre. Der ANC bekämpfte durchaus rivalisierende Organisationen und Ansätze, aber er öffnete sich letztlich immer wieder für die Gesamtheit der Richtungen, die in der schwarzen Bewegung vorhanden war.

Soziale Bewegungen scheitern in der Regel nicht daran, daß sie zerstört werden. In gewissem Sinne ist das fast unmöglich. Aller Erfahrung nach scheitern sie daran, daß sie ihre Forderung aufgeben (oder sich darin unsicher werden); daß sie nicht in der Lage sind, immer wieder eine adaquäte Form politischen Bewußtseins, eine zeitgemäße Consciousness, hervorzubringen oder aufzunehmen; oder daß sie es nicht schaffen, irgendwelche Formen von organisatorischer Kontinuität zu bilden, in denen ihre Erfahrungen ausgetauscht und aufgehoben werden können.

Wenn wir von den Perspektiven der Internationalismus-Bewegung und der Positionierung der BUKO in ihr reden, wäre also die Frage zu stellen: Wie sieht es mit diesen drei Grundelementen aus? Was war und ist die zentrale Forderung; von welcher Consciousness war die Bewegung getragen und von welcher kann sie zukünftig getragen werden; wie kann eine organisatorische Kontinuität fortgesetzt werden?

2. Governance statt Befreiung: Der Krisenprozeß der Bewegung

Es mag banal sein, muß aber heutzutage wieder betont werden: Die Internationalismus-Bewegung war keine Bewegung zur Förderung der Entwicklungspolitik. Ganz im Gegenteil. Wenn es eine Forderung gibt, die den inneren Zusammenhang und die Daseinsberechtigung der Internationalismus-Bewegung ausmacht, dann lautet sie: Die Selbstbefreiung der anderen, der Menschen in der Dritten Welt, muß akzeptiert und unterstützt, statt bekämpft und bekriegt werden, und zwar auf allen Ebenen. Diese Forderung hat den Laden zusammengehalten, und sie ist nach wie vor aktuell. Die Forderung der Internationalismus-Bewegung steht in einem fundamentalen Konflikt zur hier herrschenden Ordnung, die ja gerade darauf basiert, diese Selbstbefreiung zu verhindern; dennoch haftet dieser Forderung eine gewisse prinzipielle Unabweisbarkeit an. Aus dieser Forderung heraus hat der BUKO die offizielle Entwicklungspolitik verurteilt, aus dieser Forderung heraus hat er die Kampagne "Waffen für El Salvador" unterstützt, die ihn die finanziellen Zuwendungen aus dem BMZ kostete. Aus dieser Forderung heraus wurde in den letzten Jahren innerhalb des BUKO die neue Ära "nachhaltiger Herrschaft", "Neuer Weltordnung", herrschaftsförmiger Partizipation kritisiert.

Auf die Frage, von welcher Consciousness die Internationalismus-Bewegung in den 70er und 80er Jahren getragen war, gibt es ebenfalls nur eine Antwort: von einer sozialistischen. So sah der wesentliche Motor aus - ob als christlich geprägter Sozialismus, ob als linksradikaler, ob vereinzelt auch als dogmatischer, aber das war der Nenner. Dieser Befund überrascht vielleicht, weil darüber nicht viel geredet wurde, aber er ist relativ klar. Andere Formen politischer Consciousness kamen dementsprechend auch nicht rein - kein radikaler Feminismus, der sich ja auch in Abgrenzung zum sozialistischen Bewußtsein konstituiert hatte; auch kein Anti-Rassismus, der sich über die aktive und bedingungslose Zusammenarbeit mit MigrantInnen-Gruppen ohne ideologische Filter konstituierte. Man war gegen Kapitalismus und Imperialismus, von deren Ende man sich den Beginn einer besseren Ordnung erhoffte, und die war, mit unterschiedlichen persönlichen Kolorierungen, sozialistisch. Das war das Bewußtsein der Bewegung.

Wenn man sich diese beiden Dinge klarmacht, läßt sich benennen, was die Situation der Bewegung heute ist. Zum einen wird ihre zentrale Forderung schlicht ausverkauft, das heißt: für kurzfristige materielle oder taktische Vorteile aufgegeben. Dazu genügt ein Blick in ein aktuelles Mainstream-Papier, das Memorandum 98 "Für eine Politik der Nachhaltigkeit - Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik". In diesem Papier wird eine Neuorientierung der BRD-Entwicklungspolitik gefordert, die angesichts der "globalen Risiken" dazu beitragen müsse, internationale "Steuerungsfähigkeit" wiederherzustellen im Sinne von "Global Governance" und Nachhaltiger Entwicklung. Mit Internationalismus hat das nichts zu tun,

sondern mit aufgeklärt-autoritärer Weltverwaltung - von Selbstbefreiung und Herrschaftsverhältnissen ist nicht die Rede. Unter diesem Papier finden wir die leitenden Personen von WEED, VENRO, Transfair und dem Forum Umwelt und Entwicklung ebenso wie Leitungspersonal aus GTZ und BMZ; VertreterInnen der Welthungerhilfe und der AGKED ebenso wie das Dritte-Welt-Haus Bielefeld; Altvater und Freyhold ebenso wie die Bremer Governance-Gang um Senghaas und Zürn. Das wäre vielleicht noch tragbar, wenn es sich um ein bewußt taktisches Vorgehen für ein bestimmtes politisches Teilziel handeln würde. Tatsache ist aber, daß die Mehrheit der Internationalismus-Bewegung hierzulande Ausführungen wie das "Memorandum 98" ohne Zögern als ihr Grundsatzprogramm unterschreiben würde.
Zum anderen, und das ist die zweite Situationsbestimmung, ist Sozialismus heute keine tragfähige politische Consciousness mehr. Das ist keine Frage, über die man theoretisch streiten kann, sondern einfach ein politischer Fakt. Daran sind auch nicht nur die bösen Neoliberalisten schuld oder die verbohrten "Realsozialisten", die's in den Sand gesetzt haben, und das ist auch überhaupt kein Prozeß, der einseitig negativ betrachtet werden müßte. Das Ende der sozialistischen Consciousness ist auch die Summe von kritischen Dekonstruktionsprozessen, die in den 70ern begonnen haben, in den 80ern immer stärker wurden und durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten nur noch beschleunigt wurden. Es ist die Summe der Kritik derjenigen, die nicht das Kapital vertreten, sich im sozialistischen Modell aber trotzdem nicht wiederfinden konnten - Frauen; schwarze, ethnische oder indigene Bewegungen; Libertäre und Antiautoritäre usw. Das Ende des Sozialismus als verpflichtender Consciousness in den meisten sozialen Bewegungen bedeutet schlicht, daß diese heterogene Mehrheit sich durchgesetzt hat - sie weiß nur noch nicht, welcher gemeinsame Nenner sie stattdessen in Zukunft verbinden kann.

Die Kritiken aus feministischer, schwarzer, radikalökologischer, indigener und "postmoderner" Perspektive sind bekannt. Hingewiesen sei nur auf die wichtigsten, die "fünf großen Revisionen" an der traditionellen linken Auffassung. Sie betreffen:
- das Verhältnis zu Staat und Macht: Weg vom Focus auf die Übernahme und Ausübung der zentralen Staatsmacht, hin zur Auffassung, daß die Macht - wie die Befreiung - "viele Zentren hat";
- die Kritik am Fortschritts- und Entwicklungsdenken: Weg von der Idee einer verpflichtenden, linearen, historischen Aufwärtsbewegung, hin zur Kritik an Entwicklung und Modernisierung als Zwangsregime;
- die Kritik der Objektivität: Politik läßt sich nicht aus objektiv feststellbaren Notwendigkeiten und Vernünftigkeiten ableiten, sondern bedarf der Selbstartikulation sozialer Gruppen und der Verhandlung zwischen ihnen; der traditionelle Objektivismus verschleiert nur die Dominanz einer ganz bestimmten Subjektivität (in der Regel der männlich-weißen-bürgerlich-westlichen);
- die Demokratiekritik: Weg von Partizipation, Einheit, Gleichheit, optimierter gesamtgesellschaftlicher Entscheidungsfindung; hin zur Frage, wie Individuen und Gruppen sich vor solchen Entscheidungen schützen können, wie sie der Überantwortung und Auslieferung ans politische System (Staat, Institutionen oder die eigene Organisation) entgegentreten können;
- schließlich das Abrücken von der Perspektive Vergesellschaftung und von der Idee einer "rationalen Struktur der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung": Verstaatlichung an sich löst kein Problem; zentralisierte gesellschaftliche Entscheidung über Bedürfnisse ist fragwürdig; eine komplette "Vergesellschaftung der Reproduktion" ist weder möglich noch wünschenswert.

Ich finde es korrekt, vom Ende "des Sozialismus" als Consciousness in den sozialen Bewegungen zu sprechen, weil es die Hintertür ausschließt, hier ginge es nur um bestimmte "Spielarten". Wie wenn nur "die anderen" Probleme hätten: die KommunistInnen, die RealsozialistInnen, die nationalen Befreiungsbewegungen usw. Eine solche Betrachtungsweise ist weit verbreitet, aber wenig hilfreich. Wir sollten dazu stehen, daß wir selbst Teil eines Kontinuums waren, das auch seine Berechtigung hatte; daß es aber so nicht weitergeht und die Suche nach einer anders artikulierten politischen Consciousness auf der Tagesordnung steht.

3. Krise als Chance und Krise als Frustration: Zu den Versuchen einer Veränderung des BUKO

Halten wir also den Zwischenbefund fest: Die Krise der Internationalismus-Bewegung hat zwei Aspekte. Zum einen wird ihre konstituierende Forderung von großen Teilen der Bewegung aufgegeben bzw. nicht mehr artikuliert. Zum anderen muß die Bewegung eine andere Form politischer Consciousness finden, nachdem die sozialistische Version verbraucht ist.

Was bedeutet dies für Organisationen? Meine These ist: Es geht heute nicht um oberflächliche Korrekturen, sondern um eine notwendige Neubegründung linker Politik; und es werden diejenigen Organisationen gewinnen, die dafür aktiv Raum bieten, die zum Ort einer solchen Neubegründung oder mindestens ihrer Herausbildung werden. So wie die ZapatistInnen sagen: der Zapatismus ist kein Ort, sondern eine Brücke, um von hier nach dort zu gelangen, so werden diese Organisationen Brücken sein, um von der alten zu einer neuen politischen Consciousness zu gelangen. Der Rest wird sich dann finden. Die Organisationen, die kein solcher Ort werden, werden sich entweder anpassen und zu Trägern affirmativer "Partizipation" am Herrschaftssystem werden, oder sie werden sich auflösen, oder in die Einflußlosigkeit abdriften.

Wie wird man eine Organisation, die ein Ort linker Neubegründung ist? Dafür sind vier Dinge notwendig:
- Die Organisation muß sich inhaltlich zumindest auf den Stand bringen, daß sie die erwähnten "fünf großen Revisionen" akzeptiert und nicht ständig versucht, vor ihnen wieder zurückzuweichen;
- sie muß sich kulturell von den traditionellen patriarchalen Formen wegbewegen;
- sie muß als heterogenes Bündnis offen dafür sein, neue Gruppen, Individuen und Impulse aufzunehmen;
- und sie muß kreativ sein. Sie darf nicht bloß eine leere Bühne bereitstellen, auf der man sich konsequenzlos tummeln kann, sondern sie muß selbst produktiv sein. Sie muß es sich selbst zur Aufgabe machen, an der Formulierung von neuen verbindenden Ansätzen, vermittelnden "narratives", zu arbeiten.

Eine bestehende Organisation mit einer längeren Tradition hat, um auch das unmißverständlich zu formulieren, auf allen vier Gebieten eine Bringschuld. Sie muß beweisen, daß sie bereit und in der Lage ist, sich auf allen vier Ebenen wirklich zu bewegen. Sonst gibt es keinen Grund, sich ausgerechnet an dieser

Organisation abzuarbeiten.

Im BUKO hat es in dem Zeitraum, den ich selber miterlebt habe, also innerhalb der letzten fünf Jahre, eine Reihe von Anläufen gegeben, eine Veränderung in diesem Sinne zu bewirken. Diese Versuche zur Veränderung reichen vom Patriarchats-BUKO in Wuppertal 1995 über die Nachhaltigkeits-Kritik und das Bausteine-Papier 1996, bis hin zur Öffnungs-Agitation im Vorfeld des letzten BUKO 1997; und dazu gehören natürlich auch die Versuche der *alaska* und anderer Internat-Zeitschriften im BUKO-Spektrum, so etwas wie den inhaltlichen Anschluß an die internationale Debatte der letzten 10 Jahre überhaupt wieder herzustellen und dies in den BUKO einzubringen.

Alle diese Versuche zur Veränderung sind heute in hohem Maße frustriert. Die beteiligten Personen und Zusammenhänge sind mehr oder weniger zu dem Schluß gekommen, daß eine tatsächliche Veränderung nicht in Gang gekommen ist; daß zwar immer wieder links geblinkt, aber nicht gefahren wurde; daß es sich eine schweigende Mehrheit im BUKO in der Krise ganz bequem gemacht hat und daß keine Koalition sich bilden läßt, die Veränderung durchsetzt. Während der BUKO zunächst Leute und Aufmerksamkeit binden und anziehen konnte, hat heute der Exodus des kritischen Personals bereits eingesetzt - manchmal als innere Emigration, oft aber wirklich als Wechsel zu anderen Aufgaben und Zusammenhängen.

Ich will nicht verhehlen, daß ich selbst es heute fraglich finde, ob der beschriebene Prozeß noch umgekehrt werden kann. Zumindest würde eine Kurskorrektur erheblicher Anstrengungen und sehr deutlicher Signale bedürfen.

4. Last exit? Vom Sinn und Unsinn der Strukturreform

Aus den bisherigen Ausführungen dürfte klar geworden sein, daß ich das Ganze nicht für ein Strukturproblem halte, das sich durch Reformen der formalen Organisationsstruktur lösen ließe. Anders formuliert: normalerweise sind Strukturreformen eine Anpassung der überkommenen Formen einer Organisation an eine bereits veränderte Praxis und Zusammensetzung. Das ist nicht die Situation, in der wir uns befinden. Vom BUKO müßten vielmehr deutliche und unmißverständliche Signale der Veränderung ausgehen: er müßte in "neue" Inhalte investieren, etwa in Feminismus, Antirassismus, auch neue Theorie; er müßte ein entsprechendes Selbstverständnis formulieren; er müßte in eine verbindliche programmatische Debatte einsteigen, an deren Ende eine erneuerte, nachlesbare Programmatik steht; und er müßte sich unmißverständlich zur Öffnung für neue Gruppen, und für einen neuen Typ von Gruppen, bekennen. Die Aufgabe der Strukturveränderung dabei kann nur sein, einen solchen Prozeß glaubwürdig zu vertreten und unhinterschreitbar abzusichern. Es ginge dann z.B. nicht nur um die Schaffung eines neuen zentralen politischen Gremiums, sondern um ein Gremium auf der Grundlage eines solchen Auftrags, das auch mit den definitiv dafür notwendigen Kompetenzen ausgestattet ist.

Was passiert, wenn das nicht geschieht (und bisher war es unmöglich)? Die Forderung der Internat-Bewegung ist aktueller denn je, und sie wird ihre zeitgemäßen Neuinterpretationen finden, nur außerhalb des BUKO. Der BUKO wird weiterexistieren, da er seine Grundstruktur auch ohne Veränderung und Ausstrahlungskraft absichern kann; er wird nur ein uninteressanter und einflußloser Ort sein. Möglicherweise kann auch der BUKO in ein paar Jahren wieder auf den Zug der Veränderung aufspringen, die sich außerhalb von ihm entwickelt hat; falls es dann hinreichend opportun erscheint. Die Frage ist nur, ob man diesen Prozeß der Neufindung und Neubegründung internationalistischer Politik aktiv mit gestalten möchte, oder ob man damit zufrieden ist, abseits davon zu überwintern.

Referat auf dem BUKO-Ratschlag vom 01.-03.05.98 in Düsseldorf

BUKO-ADRESSEN

BUKO Geschäftsstelle: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-39 07 520, e-mail buko@cl-hh.cl.sub.de

BUKO Agrar-Koordination: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 25 26, Fax 040-39 07 520

BUKO Pharma-Kampagne: August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Telefon 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport": Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Telefon 0421-32 60 45, Fax 0421-33 78 177, e-mail rexbuko@oln.comlink.apc.org

Redaktion alaska - Zeitschrift für Internationalismus: Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, Telefon 0421-72 034, Fax 0421-72 034

Informationsbüro Nicaragua: Friedrich-Ebert-Str. 141b, 42117 Wuppertal, Telefon 0202-30 00 30

Annette Rosenfeld / Heiko Möhle

BUKO schlug Rat

Mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und einer handlungsorientierten Organisationsstruktur geht der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) nach Jahren der Flaute wieder auf Kurs. Auf dem 1. bundesweiten Ratschlag des BUKO wurden mit der Bildung thematischer Koordinierungskreise sowie eines SprecherInnenrates Instrumente geschaffen, die es in Zukunft ermöglichen sollen, politische Entscheidungen im Einvernehmen mit den Mitgliedsgruppen zügig zu fassen und zu veröffentlichen.

Die Krise der Internationalismusbewegung hatte dem bundesweiten Netzwerk, dem zur Zeit rund 180 Mitgliedsorganisationen angehören, zu schaffen gemacht. Der BUKO drohte seine Handlungsfähigkeit zu verlieren, seit es 1995 nicht mehr gelungen war, genügend Mitgliedsgruppen für die Besetzung des häufig überlasteten Koordinierungsausschusses (KA) zu finden, der den Verband zwischen den jährlich stattfindenden Bundeskongressen politisch repräsentierte. Um die Leerstelle zu füllen, wurde im Herbst 1997 ein Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, dessen erstes Resultat die Schaffung des "Ratschlags" als neuer Entscheidungsinstanz war. Diese Vollversammlung der Mitgliedsorganisationen wird ein- bis zweimal jährlich zusammentreten. Aufgabe des Ratschlags ist die inhaltliche Diskussion grundlegender BUKO-Positionen, die Vergabe und Diskussion politischer Mandate sowie der Austausch unter den verschiedenen BUKO-Strukturen und Mitgliedsgruppen.
Ziel des ersten Ratschlags, der Anfang Mai in Düsseldorf tagte, war nicht weniger, als die Strukturreform wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Da organisatorische Strukturen aber in erster Linie Ausdruck der inneren Verfassung einer Bewegung sind, stand im Mittelpunkt der Debatte eine Bilanz internationalistischer Arbeit und die Positionierung des BUKO in Hinblick auf zukünftige Politikfelder.

Alles neu macht das M.A.I.: Welthandel im Großen...

Aktuellen Anlaß, das internationalistische Selbstverständnis zu reflektieren, bot das Multilaterale Abkommen über Investitionen (M.A.I.). Peter Wahl von Weed sowie Aram und Jürgen von Play Fair Europe (Aachen) entwickelten ihre Kritik am M.A.I., stellten aber auch ihre unterschiedlichen Handlungsansätze vor. Weed ist nicht grundsätzlich gegen ein internationales Investitionsabkommen, hält aber den vorliegenden Entwurf für nicht verbesserungsfähig. Hier würden Rechte für Unternehmen und Pflichten für Staaten festgelegt, was in einem vorstellbaren Entwurf andersherum sein müßte. Eine Debatte um Sozial- und Umweltstandards innerhalb des MAI sei unsinnig, insofern es für diese keine Kontrollmöglichkeiten gebe. Öffentlichkeitsarbeit und gewaltfreie Aktionen stehen im Zentrum der Aktivitäten des von Jürgen und Aram vertretenen *Peoples Global Action Networks (PGA)*, das sich klar von lobbyistischen Politikansätzen abgrenzt. Während die originellen und teils spektakulären Aktionen des PGA viel Interesse fanden, entzündete sich in der Diskussionsrunde Kritik an der Darstellung des MAI, die einigen TeilnehmerInnen zu plakativ erschien. Eine verkürzte Kapitalismuskritik, die zudem sehr stark personalisiert, könnte rechten Kreisen in die Hände spielen. So unterschiedlich die Politikansätze von *Weed/Germanwatch* und *PGA* sind, so weisen beide doch gemeinsame Schwächen im wenig reflektierten Verhältnis zum Nationalstaat auf. Den teilweise positiven Bezug auf den starken Staat können wir nicht teilen. Aram und Jürgen betonten, daß PGA als Basisnetzwerk die Förderung lokaler Ökonomien und Selbstbestimmungsprozesse betreibe. Eine Beteiligung des BUKO am PGA würden sie sehr begrüßen. Ob es soweit kommt, ist noch unklar. Sicher ist dagegen, daß es innerhalb des BUKO eine Vernetzung geben wird, die sich mit dem M.A.I. und verwandten Themen beschäftigt. Moe Hierlmeier (LAK Nürnberg) und Ralf Berger (Allerweltshaus Köln) werden gemeinsam mit weiteren Mitgliedsgruppen den neuen Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft" auf die Beine stellen.

... und im Kleinen

Vernetzen wollen sich auch einige AktivistInnen aus dem alternativen Handel, die sich in ihrer Arbeitsgruppe unzufrieden mit einigen Tendenzen im "Fair Trade"-Bereich zeigten. Sie kritisierten die mit der zunehmenden Professionalisierung einhergehende Entpolitisierung der Arbeit. Grundlegende Konsumkritik habe in der marktorientierten Szene keinen Platz mehr. Der neue Arbeitsschwerpunkt "Alternativer Handel" will außerdem diskutieren, wie sich die faktische Beschränkung auf den Import von "Kolonialwaren" auswirkt. Trägt der faire Handel damit zur Zementierung kolonialer Handelsstrukturen bei?
Das Verhältnis von Professionalisierung und Politikverständnis prägte auch die Debatte der Arbeitsgruppe "Kampagnenarbeit und Lobbypolitik". Mit der Zielsetzung, Fehler im System zu beheben, würden Lobbyansätze das System als reformwürdig, aber eben nicht als falsch anerkennen. Im Gegensatz zu anderer politischer Arbeit erhebe der Lobbyismus nicht den Anspruch, Machtverhältnisse zu verändern oder eine Gegenmacht von unten aufzubauen. Dennoch sei es vorstellbar, Lobbyarbeit als Teil einer breiteren politischen Öffentlichkeitsarbeit zu sehen, wobei sie den Zweck habe, durch ihre Erfolge motivierend für Prozesse der Aneignung von Macht zu wirken. Was in der M.A.I.-Debatte bereits anklang, wurde hier deutlich: Trotz aller Vorbehalte gehört die Lobbypolitik mittlerweile zum festen Bestandteil der Arbeit vieler Mitgliedsgruppen und BUKO-Kampagnen. Da die Debatte noch längst nicht erschöpft ist, wurde

ihre Fortsetzung in einem Seminar entschieden.

Mitgliedsgruppen aktivieren

Mit der Neubildung der Arbeitsschwerpunkte "Alternativer Handel" und "Weltwirtschaft" wird einem zentralen Element der BUKO-Strukturreform bereits Rechnung getragen. Das politische Mandat soll dezentralisiert und künftig an thematische Schwerpunkte vergeben werden, von denen sechs bereits seit längerem bestehen: Agrarpolitik, Antirassismus, Kurdistan, Nachhaltigkeit, Pharma/Gesundheitspolitik, Rüstungsexporte. Die beiden neuen Arbeitsschwerpunkte wollen offene Diskussionsforen sein, aber auch die Aktivitäten des BUKO zu Themen wie dem MAI (Multilateral Agreement on Investment) oder hinsichtlich der 1999 in Köln geplanten Gipfeltreffen der EU und der G7 vorbereiten. Die Themenschwerpunkte besitzen für ihr jeweiliges Thema das politische Mandat. BUKO-Kampagnen und -Arbeitsschwerpunkte sind Bestandteile der Themenschwerpunkte, die für weitere Gruppen und Personen offen sind.
Da bei weitem nicht alle für den BUKO relevanten Themen durch eigene Arbeitsschwerpunkte abzudecken sind, beschloß der Ratschlag die Bildung eines neuen Gremiums, das die Beteiligung der Mitgliedsgruppen in politischen Fragen fördern soll. Ein fünfköpfiger SprecherInnenrat kann zukünftig Stellungnahmen auf Basis der Positionen von Mitgliedsgruppen verabschieden - allerdings nur zu Themen, die nicht durch einen der Arbeitsschwerpunkte abgedeckt sind. Dies soll es dem BUKO ermöglichen, schnell und kompetent auf aktuelle Anfragen zu reagieren. Wie alle BUKO-Strukturen, ist auch der SprecherInnenrat dem Ratschlag gegenüber rechenschaftspflichtig.

Gewählt wurden als Mitglieder des SprecherInnenrates:

** Gaby Schulten (Infobüro Nicaragua, Wuppertal)*
** Sabine Schupp (Ehrenamtliche der Agrar Koordination, Hamburg)*
** Tobias Rockstroh (Aktion Dritte Welt Saar, Merzig)*
** Andreas Schüßler (AKE, Vlotho)*
** Uli Anders (el rojito, Hamburg).*

Soziale Bewegungen im Zentrum

Bei allen strukturellen Veränderungen bleibt doch der jährliche Bundeskongreß das zentrale öffentliche Ereignis. Über das Spektrum der Mitgliedsgruppen hinaus hat sich der Kongreß in den vergangenen Jahren zum politischen Diskussionsforum der außerparlamentarischen Linken und der sozialen Bewegungen entwickelt. Der kommende BUKO 22 wird sich 1999 in Hannover kritisch mit der geplanten Expo 2000 auseinandersetzen.
Neue inhaltiche Akzente will der BUKO mit einem längerfristigen Aktions- und Veranstaltungsprogramm setzen, in dessen Mittelpunkt der Kampf für soziale Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung steht. Nach dem Motto "BUKO on the road" werden lokale Veranstaltungen mit BUKO-Mitgliedsgruppen in verschiedenen Teilen der Republik geplant.
In einem Punkt bleibt der BUKO bewußt unmodern: Den Schwenk zu einer alternativen Politikberatung, die "Befreiung" und "Basisbewegung" durch "Nachhaltige Entwicklung" und "Zivilgesellschaft" ersetzt, ohne Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen anzugreifen, will der BUKO auch weiterhin nicht mitmachen. Zentraler politischer Bezugspunkt bleiben die Handlungsperspektiven der sozialen Bewegungen gegen Rassismus, Patriarchat und Neoliberalismus und für ein gleichberechtigtes Existenzrecht.

Weitere Beschlüsse des BUKO-Ratschlags

Die FÖRDERMITGLIEDSCHAFT im BUKO für Einzelpersonen ist ab sofort möglich (Jahresbeitrag 70,--DM). Die Einzelmitglieder können zum ermäßigten Beitrag an Kongressen und Seminaren teilnehmen. Die Geschäftsstelle wird mit der Werbung um Fördermitglieder beauftragt. Die Vorbereitungsgruppe des nächsten Ratschlages erarbeitet einen Vorschlag für die Regelung bezüglich des Stimmrechts für Einzelmitglieder.
Die Aktion Dritte Welt Saar erstellt ein Konzept, wie KongreßteilnehmerInnen, die zum ersten mal auf dem Kongreß sind, besser informiert und eingebunden werden können..

Seminare

Folgende BUKO-Seminare wurden noch für 1998 beschlossen:

- Lobbyarbeit
- Alternativer Handel
- Strategieseminar Landfrage

Für 1999 sind diese Seminare geplant:

- Internationalismusbewegung in Ost- und Westdeutschland
- EU und G7-Gipfel
- Migration und „Kein Mensch ist illegal“
- Mexiko / Chiapas
- Globalisierung und soziale Rechte
- Tourismus

Alle diese Seminare müssen durch Finanzanträge noch finanziell abgesichert werden.

Annette Rosenfeld und Heiko Möhle arbeiten in der BUKO-Geschäftsstelle.

Termine und Hinweise:

➲ Der nächste Ratschlag findet vom 20. - 22.11.98 in NRW statt.

➲ Die Vorbereitungsgruppe für den nächsten Ratschlag und die Vorbereitungsgruppe für den BUKO 22 1999 in Hannover treffen sich zu einem ersten gemeinsamen Treffen am Montag, den 15.6.98, um 12.00 Uhr im Kommunikationszentrum "Pavillon" in Hannover. Weitere Interessierte an Kongreß- oder Ratschlag-Vorbereitung sind herzlich willkommen.

➲ Zu zwei Themen ist der Aufbau neuer Themenschwerpunkte geplant: "Weltwirtschaft" und "Alternativer Handel".
Bei Interesse an der Mitarbeit sind die jeweiligen Kontaktadressen über die Geschäftsstelle zu erfragen.

BUKO-Geschäftsstelle

Kritik des Entwicklungsdenkens und der Identitätspolitik

Kurzprotokoll des BUKO-Seminars vom 13. bis 15. März in Dortmund

Im Anschluß an das Forum 5 des letzten BUKO-Kongresses wollten wir im Rahmen dieses Seminars einen Raum für den Diskussionsbedarf zu diesem Thema schaffen.
Wir konnten und wollten an diesem Wochenende nicht zu dem Ergebnis einer geschlossenen Antwort auf die realen Probleme, die sich aus der Kritik an Identitätspolitik und Entwicklungsdenken ergeben, kommen. Für uns stand im Vordergrund, unsere eigenen blinden Flecken und nicht hinterfragten Identitätsbildungen zu erkennen.
Bei dem Versuch, den Zusammenhang zwischen Identitätspolitik und Entwicklung zu fassen, haben wir zunächst versucht, diese Begriffe über die an ihnen formulierte Kritik zu definieren.
Entwicklung steht hier als Begriff der westlichen Kultur ausschließlich für deren Maßstäbe. Dabei orientiert sich das Entwicklungsdenken an solch westlich kulturellen Leitbildern wie Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand, die sich in unserem Denken für den individuellen Menschen erfüllen können. Wir sind diese Individuen, die wir durch persönliche Leistungsbereitschaft unsere eigene Entwicklung "erfolgreich" vollziehen können. Unsere Vorstellungen einer "erfolgreichen" Entwicklung beziehen sich dabei auf die planende Gestaltung der Zukunft, in der durch das Erreichen unserer (kulturell bedingten) Ziele das vermeintliche Glück erreicht ist. Neben aller kulturellen Bedingtheit von Zielen ist schon die Hoffnung auf eine bessere Zukunft Teil der westlichen Entwicklungsmythologie und ist z.B. für Kulturen mit einem zyklischen Zeitverständnis völlig unverständlich, ja nicht einmal in deren Sprache zu übersetzen.
Unsere Vorstellungen kollektiver Handlungsfähigkeit beziehen sich immer wieder auf einfache Merkmale, die eine Kollektividentität suggerieren und die Möglichkeit eines umfassenden politischen Vertretungsanspruchs beinhalten sollen. Diese Identitätspolitik thematisiert also Individuen als Träger einer bestimmten (geschlechtlichen, ethnischen, wirtschaftlichen etc.) Kollektividentität und definiert ihre Ziele anhand von kulturellen Leitbildern. Dabei können diese Ziele nur den über die Kollektividentität erzeugten Individuen gerecht werden und nie einem ganzen Menschen, der sich eben nicht durch allgemeine Merkmale erfassen läßt. Diese Form des politischen Vertetungsanspruchs läßt sich genauso in den sozialen Bewegungen finden. Nicht nur Frauen, Schwarze oder Homosexuelle, sondern auch Konstrukte wie "wir Linken" stellen ein ideologisches Wir in den Vordergrund. Dieses unterschlägt die Differenzen innerhalb der Bewegung und konstruiert sich auch immer über den Ausschluß der "Anderen".
Über diese Form von Identitätspolitik werden im Sinne unseres westlichen Entwicklungsdenkens die Akteure konstruiert, welche als Subjekt oder Objekt politischer Handlungsfähigkeit zur Erreichung der Entwicklungsziele in der Zukunft herhalten sollen. So muß für jedes Entwicklungsprojekt immer wieder eine Gruppe identifiziert werden, der "geholfen" werden soll. Wobei um unsere Hilfe zu rechtfertigen die Identifikation üblicherweise über einen Mangel stattfindet; d.h. wir definieren Menschen in ihrer (von uns erkannten) Mangelhaftigkeit und erwarten für eine gute Zusammenarbeit eine solche Selbstidentifikation auch von den "Objekten" unserer Entwicklungsideen.
Hier begegnen wir einem geistigen Loch, in welches unsere ganze Handlungsfähigkeit stürzen kann. Wir können uns nicht mehr an allgemein formulierten Entwicklungszielen, aber vielleicht an konstruktiv angesetzter Kritik orientieren. Es ist nicht möglich, uns durch "Lossagen" von kulturellen Mustern zu befreien. Wir können aber versuchen nach den Ansatzpunkten in unserer Kultur zu suchen, wo wir in dem Ringen um gesellschaftliche Befreiung anknüpfen können, ohne damit Herrschafts- und Ausbeutungspraktiken zu verfestigen oder gar zu modernisieren. Dabei kann nur die Berücksichtigung bereits formulierter Kritik eine Möglichkeit der Kontrolle bieten.
Als Ergebnis unserer Diskussionen sehen wir dabei eine Entwicklungsmöglichkeit nur in der Zusammenarbeit mit konkreten Menschen in konkret faßbaren und geteilten Lebenszusammenhängen. Dies bedeutet für uns, daß nur die gemeinsame Erfahrung von Lebenszusammenhängen in lokalen Räumen auf der Basis von lokalem Wissen als Grundlage für an Mensch und Raum angepaßte Entwicklung dienen kann. Dabei ist kollektive Handlungsfähigkeit auch durch Erzeugen eines "Wir"-Gefühls auf überregionaler Ebene immer noch notwendige Strategie im Kampf um gemeinsame Ziele und Notwendigkeiten. Nur eben nicht zur Erreichung eines abstrakten Entwicklungszieles mit Allgemeinheitsanspruch. Nur konkrete Menschen in ihren konkreten Räumen und Beziehungen können für sich ihre Entwicklungsziele definieren.

Antirassismusbüro Bremen

Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

Eine Bestandsaufnahme über das Projekt

Am 15. August wird in Bremen eine vom *Internationalen Menschenrechtsverein Bremen (IMRV)* initiierte Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen starten. Sie wird über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinweg durch knapp 30 Städte ziehen und dabei die verschiedenen Aspekte des Rassismus in dieser Gesellschaft zum Thema machen. Die Karawane ist eine Reaktion auf die Tatsache, daß die Angriffe des deutschen Staates auf Flüchtlinge und MigrantInnen von Jahr zu Jahr an Schärfe zunehmen, während die Gegenmobilisierung weitgehend zusammengebrochen ist. Eine weitere Eskalation der Situation im Wahljahr 1998 ist angesichts der Debatten um "Innere Sicherheit", das "New Yorker Modell", "zero tolerance" etc., die die rassistische law-and-order Propaganda 1997 auf ein neues Niveau gehoben hatten, vorprogrammiert. Die Vorwahlzeit dient als strategisch günstiger Zeitpunkt, um mit der Karawane die Lähmung zu überwinden, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und damit zu beginnen, der aggressiven Politik (wieder) offensiv gegenüber zu treten. Darüberhinaus ist es das erklärte Ziel, mit Hilfe der Karawane ein funktionsfähiges Netzwerk unterschiedlichster Gruppen zu etablieren, das auch über das Jahr 1998 hinaus handlungsfähig bleiben und so zur Basis weiterer Aktivitäten im Sinne der so dringend benötigten Opposition von unten werden könnte.

Mittlerweile sind diverse überregionale Koordinations- und Planungstreffen für die Karawane abgehalten worden, in mehr als einem Dutzend Städte haben Veranstaltungen mit VertreterInnen aus Bremen stattgefunden, um das Projekt vorzustellen. In über 20 Städten sind lokale Vorbereitungskomitees aktiv. Die Zusammensetzung der die Karawane tragenden überregional organisierten MigrantInnenorganisationen, lokal verankerten Flüchtlingsgruppen, Einrichtungen und Vereinen, sowie den der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" angeschlossenen antirassistischen Gruppen und Organisationen ist ohne Beispiel in den letzten Jahren und stellt an sich bereits einen ersten großen Erfolg dar. Sie ist zudem ganz im Sinne der InitiatorInnen, die eine von Flüchtlingen und MigrantInnen organisierte und getragene Karawane für Flüchtlinge und MigrantInnen - unter fester und aktiver Einbindung der deutschen antirassistischen Linken - wollten.

Das Karawane-Projekt ist Ausdruck der Überzeugung, daß es nicht die richtige Antwort sein kann, angesichts der gegenwärtigen Umstände zu kapitulieren oder sich gar in ihnen einzurichten. Wir wollen und müssen im Gegenteil Strukturen aufbauen, die der law-and-order Politik längerfristig etwas entgegensetzen können, uns also die Möglichkeit geben, die Lage nicht nur zu analysieren, sondern auch praktisch und wirksam zu intervenieren. Die Karawane stellt die bislang einmalige Chance dar, damit zu beginnen - und diese Chance muß ergriffen werden. Die Idee dabei war nie, daß Bremen einen Treck mit großer Beteiligung auf die Beine stellt (im Sinne einer Wahlkampftour mit allem know-how inklusive), der in den Städten von einigen Personen empfangen wird und dann auf dem örtlichen Marktplatz seine Standard-Show abzieht. Die Karawane besteht vielmehr aus den Beiträgen jeder einzelnen Stadt/Gruppe/Person und soll Anlaß sein, lokal und überregional neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu festigen. Es ist entscheidend, daß sich möglichst viele Menschen an ihrer Planung und Durchführung beteiligen. Das wird mit Hilfe lokaler Vorbereitungsgruppen, die sämtliche vor Ort anfallenden Organisationsarbeiten übernehmen, bewerkstelligt. Die Karawane wird in Hinblick auf ihre thematische Breite und Qualität genau das leisten können, was in den einzelnen Städten von den Vorbereitungsgruppen organisiert wird.

Drei zentrale Gedanken legen dabei den inhaltlichen Rahmen des Projekts fest. Einmal geht es darum, den Rassismus in Deutschland in all seinen Dimensionen auf- und anzugreifen. Im ersten vom IMRV herausgegebenen Flugblatt zur Karawane heißt es dazu unter anderem: "Völlig unabhängig vom Wahlausgang steht schon jetzt fest, daß man unsere Rechte weiter beschneiden wird, daß man weiterhin Zehntausende deportieren wird, und daß unter noch viel mehr Menschen ein derartiges Ausmaß von Angst und Schrecken verbreitet werden wird, daß sie Deutschland "freiwillig" verlassen werden. (...) Doch wir werden uns wehren! Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen, egal aus welchen Staaten und Teilen Deutschlands Ihr kommt, auf: Setzt Euch mit uns in Verbindung und bringt Eure Ideen und Vorschläge ein."
Das zweite Ziel ist es, der nationalistischen "Standort Deutschland"-Politik eine offensive internationale Position entgegenzusetzen. Die Karawane soll dazu beitragen, einen erneuerten Internationalismus hervorzubringen, der die mörderischen Effekte der Weltwirtschaftsordnung aggressiv angeht, anstatt sich mit dem "Sieg" des Kapitalismus abzufinden. Personifiziert und konkret repräsentiert wird die fundamentale Kritik an der Weltwirtschaftsordnung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Europa aus allen Regionen der Welt erreichen.

Drittens wird sich die Karawane nicht nur auf Flüchtlinge und deren Probleme konzentrieren, sondern auch einen Bogen schlagen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie soll ein Versuch sein, sich der "Teile-und-Herrsche"-Politik, den endlosen Differenzierungen mit ihrem Gegeneinander-Ausspielen der verschiedensten Gruppen zu widersetzen und diese lähmende Situation zu durchbrechen. Damit ist nicht gemeint, die inhaltliche Schärfe aufzugeben und eine belanglose Sauce zu fabrizieren, die nach dem Motto "Allen geht's irgendwie schlecht" rassistische und sexistische Hierarchien leugnet. Die Idee ist vielmehr, die Schärfe beizubehalten und gleichzeitig eine Ausweitung der Themen zu versuchen, so daß die Karawane einen (gegenseitig-solidarischen) Brückenschlag ermöglicht. Gibt es doch in der Logik der politischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Angriffe auf verschiedenste Gruppen auch deutliche Übereinstimmungen.

Gemäß der bisherigen Planung werden bestimmte symbolische Schlüsselorte des staatlichen Rassismus wie der Flughafen Frankfurt/Main, der Abschiebeknast in Büren und einzelne Grenzübergänge angelaufen werden. Die Protestaktionen werden von den Vorbereitungskomitees vor Ort organisiert. Auf dem letzten bundesweiten Vorbereitungstreffen ist folgende Route festgelegt worden:

ROUTE

Bremen (13.-15.8.) - **Hamburg/Norderstedt** (16/17.8.) - **Kiel** (18.8.) - **Lübeck** (19.8.) - **Berlin** (20.-22.8.) - **Dresden** (23.8.) - **Leipzig** (24.8.) - **Aktionen bei ZAST in Tambach bzw. Jena** (25.8.) - **Göttingen** (26.8.) - **Kassel** (27.8.) - **Hannover** (28.8.) - **Bielefeld** (29.8.) - **Büren** (30.8.) - **Osnabrück** (31.8.) - **Regensburg** (2.9.) - **München** (3.9.) - **Stuttgart** (4.9.) - **Tübingen** (5.9.) - **Strasbourg** (6.9.) - **Karlsruhe** (7.9.) - **Trier** (8.9.) - **Mainz** (9.9.) - **Wiesbaden** (10.9.) - **Frankfurt/Hanau** (11/12.9) - ***13/14.9. sind noch offen*** - **Bochum** (15.9.) - **Köln** (16. - 20.9)

Die Route schließt die Teilnahme weiterer Städte keineswegs aus. Neu hinzukommende Städte könnten ihr Programm zeitlich parallel zum schon bestehenden durchführen. Der Transfer zwischen den einzelnen Städten wird voraussichtlich mit Bussen erfolgen. Jede Stadt ist für die Unterbringung, Verpflegung und Weiterreise ebenso verantwortlich, wie für das lokale Programm.

Die bundesweite Koordination des Projekts erfolgt über das Büro des *Internationalen Menschenrechtsverein Bremen*. Der Aufwand hierfür ist erheblich, Spenden werden dringendst benötigt. Alle, die das Projekt darüberhinaus unterstützen, in den lokalen Vorbereitungskomitees mitarbeiten oder gar eine neue Station anbieten wollen, können sich an den IMRV in Bremen werden, von wo aus sie mit den nötigen lokalen Adressen und weiteren Informationen versorgt werden.

Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstr. 51, 28201 Bremen, Tel. 0421/55 77 093, Fax 0421/55 77 094, e-mail: mail@humanrights.de, http://www.humanrights.de, Konto-Nr. 1073 9282 bei der Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01, Stichwort "Karawane". Antirassismusbüro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen, Tel. 0421/706 444, Fax 0421/706 445

Maria Mies

Internationaler Widerstand gegen das MAI

Obwohl bereits seit Mai1995 am Sitz der OECD , dem Club der 29 reichsten Industrieländer hinter verschlossenen Türen über ein „Multilaterales Abkommen zum Schutz von Auslandsinvestitionen" (MAI) verhandelt wird, kamen erste Berichte über dieses Abkommen erst im Januar 1997 an die Öffentlichkeit. Darauf entstand in Kanada und den USA sofort eine breite Oppositionsbewegung gegen das MAI. (...)

Die AktivistInnen in Kanada sorgten vor allem dafür, daß die Originalentwürfe nicht mehr geheim blieben, und daß eine breite Diskussion über die Folgen des MAI entstand: Folgen für die nationale Souveränität, die Umwelt, für Arbeits- und Minderheitenrechte, für die Selbstbestimmung der Provinzen und Kommunen. Die Hauptlinie der Kritik war und ist, daß das Abkommen den Regierungen nur Verpflichtungen zur Förderung internationaler Investoren und ihrer Profitinteressen auferlegt, während diese andererseits keinerlei Verpflichtungen mehr gegenüber den BürgerInnen haben.

Eine ähnlich breite und aktive BürgerInnenbewegung gegen das MAI entstand in den USA. (...) Hier wurde besonders hervorgehoben, daß das MAI nach dem Vorbild der NAFTA konzipiert worden war, dessen negative Folgen jetzt schon sichtbar wurden. Das betrifft vor allem den Streitschlichtungsmechanismus im MAI zwischen Investoren und Staat. Während der zweijährigen Dauer von NAFTA hat es schon vier Gerichtsfälle von ausländischen Investoren gegen den Staat gegeben. Sie betreffen typischerweise Gesetze zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit, die die Investoren als investitionshemmend ansahen. (...)

In Großbritannien wird der Widerstand gegen das MAI koordiniert vom *World Development Movement (WDM)*. Wie in den USA und Kanada sind es auch hier vor allem Dritt-Welt-, Umwelt-, Frauen- und andere Gruppen, die gegen das MAI protestieren (u. a. *Oxfam, Reading International Solidarity Center/ RISC*).

In den Niederlanden wird der Widerstand gegen das MAI von verschiedenen NROs getragen. Wichtig ist vor allem das *Corporate Europe Observatory (CEO)*, das bestens informiert ist über alle Strategien und Bewegungen der großen Transnationalen Konzerne (TNKs), die hinter dem MAI und der Globalisierung stehen. (...)
Die Situation in den Niederlanden sei für den Widerstand sehr schwierig, berichten die niederländischen AktivistInnen. Die Arbeitslosenzahlen sinken und es existiert ein breiter Konsens, daß neoliberale Politik und Globalisierung eine gute Sache seien. Dennoch haben niederländische NGO´s im Dezember 1997 die Presse und die Parlamentarier über das MAI aufgeklärt. Das hat zu einem Antrag im Parlament geführt, daß soziale- und Umweltstandards in das MAI eingebaut werden müßten. (...)

In Frankreich tat sich zunächst wenig in bezug auf BürgerInnenprotest gegen das MAI. Allerdings verlangten die französischen wie die kanadischen Regierungsvertreter bei der *OECD*, daß die französische Kulturindustrie aus dem MAI ausgenommen wird. Sie wollen nicht, daß die Hollywood Filmindustrie ihren Markt beherrscht. (...)

In Deutschland suchte man im Frühling und Sommer 1997 vergeblich in der Presse nach Nachrichten über das MAI oder gar über den Widerstand gegen dieses Geheimabkommen. (...) Offensichtlich hielten sich hierzulande auch alle Beamten im Wirtschaftsministerium gehorsam an die Geheimhaltungsverordnung der *OECD*. (...) Auch die Spitze des *DGB*, die über das *Trade Union Advisory Committee (TUAC)* als Beobachter mit am Verhandlungstisch in Paris sitzt, hielt es nicht für nötig, die Gewerkschaftsbasis über die Existenz dieser Verhandlungen zu informieren, die doch grundlegende Arbeitsrechte betreffen. Dennoch waren es kritische Gewerkschafter, die als erste in Deutschland ihre Stimme gegen das MAI erhoben. (...)
In Österreich gingen die Aktivitäten gegen das MAI hauptsächlich von der Universität Innsbruck aus.

Wie bei allen großen internationalen Konferenzen und Abkommen, versuchen die Befürworter eines ungehemmten globalen freien Spiels für die Transnationalen Konzerne, diejenigen, die sie als Vertreter der „Zivilgesellschaft" ansehen, die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu Gesprächen einzuladen. Denn dies brauchen sie zur Legitimierung ihrer neoliberalen Strategie genauso wie die Duldung oder Akzeptanz durch die *internationale Gewerkschaftsvertretung (TUAC)*. Sie können dann behaupten, die relevanten Gruppen der Gesellschaft wären informiert gewesen und hätten Gelegenheit gehabt, ihre Stellungnahme vorzulegen.
Darum lud die *OECD* am 27.10.97 Vertreter verschiedener NROs ein, um mit ihnen das MAI zu erörtern. Die internationalen NROs erarbeiteten ein Papier zum MAI, in dem sie entscheidende Punkte des Abkommens kritisierten, Verbesserungen forderten, aber das MAI nicht grundsätzlich ablehnten. Wie die *TUAC* verlangten sie vor allem die Integration von Arbeits- und Umweltrechten in das Vertragswerk.

In der EU-Kommission, die als Beobachter mit am Verhandlungstisch bei der OECD sitzt, begrüßen die meisten Abgeordneten nach Auskunft von CEO zunächst das MAI. Es wird lediglich eine „Ausnahme" bezüglich der ökonomischen Integration Europas, die *REIO-Klausel (Regional Economic Integration-Organisation)* verlangt. Die Eu möchte europäischen Firmen und BürgerInnen Vorzüge gewähren, die für nicht-europäische Firmen nicht gelten sollen. Die USA wehrt sich gegen diese Ausnahmeforderung. (...)

---

entnommen aus: Reader zum internationalen Kongreß: Der Gipfel der Globalisierung. Bezugsadresse: Komitee Widerstand gegen das M.A.I., Blumenstraße 9, 50670 Köln April 1998, Preis 12,- DM

Irritationen im grenznahen Raum

Aufruf zum antirassistischen Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze

Ein breites Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen organisiert vom 24. Juli bis zum 2. August 1998 ein einwöchiges Aktionscamp im Landkreis Görlitz. Das Camp ist einer der diesjährigen Höhepunkte der Kampagne "Kein Mensch ist illegal", die 1997 gestartet wurde. Vorbereitet wird das Camp von Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet sowie von Gruppen von vor Ort. Teilnehmen werden auch Gäste aus Tschechien und Polen.

Warum an die Grenze?

An der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze sind derzeit etwa 10.000 Polizisten stationiert, deren Aufgabe es ist, ein menschenverachtendes Grenzregime durchzusetzen. Mobile Kontrollen und an den Haaren herbeigezogene Bedrohungsszenarien machen das Schleierfahndungskonzept aus, das heute die sog. Grenzsicherung bestimmt. Als gelte es, einen offenen Krieg zu führen, reden ScharfmacherInnen von "offenen Flanken" angesichts einer "verbrecherisch organisierten Wanderungsbewegung". Vermutlich wird diese Hetze sich im Laufe des Bundestagswahlkampfes 1998 noch weiter verschärfen. Gleichzeitig wird jede Form von selbstorganisierter Einreise, deren Aufwand natürlich mit der Aufrüstung der Grenzen wächst, als "Schlepperkriminalität" diffamiert; eine Heuchelei, die selbst in linken und humanitär engagierten Kreisen zu verfangen scheint. Mit der Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetze 1997 werden bislang selbstverständliche Formen von Menschlichkeit und Zivilcourage unter Strafe gestellt. (...)

Die Grenze

Die Grenze von heute besteht nicht mehr aus herkömmlichen Befestigungsanlagen: PolitikerInnen und Behörden schüren systematisch ein Klima von Verrat und Verunsicherung, das Flüchtlingen und MigrantInnen den Grenzübertritt unmöglich machen soll. Wer sich nicht von paramilitärischen Patrouillen abhalten läßt, soll von Bürgerwehren im Hinterland, einem Heer von DenunziantInnen und verschreckten AnwohnerInnen zur Strecke gebracht werden.

Grenze heißt mehr denn je: Jagd auf Menschen, die vor Hunger, Ausbeutung und Krieg fliehen, die in ihrem Herkunftsland keine Chance mehr sehen, ihre Heimat verlassen müssen, die Mühen und Strapazen einer oft Tausende von Kilometern langen Flucht auf sich nehmen. Wir bewundern den Mut, die Ausdauer und Entschlossenheit dieser Menschen. Eine Mentalität, die ihnen nicht nur die Begrüßung und angemessene Solidarität verweigert (...) können und wollen wir nicht akzeptieren.

Gleichzeitig bedeutet Grenze aber auch: Eine breit angelegte Gehirnwäsche, die Ressentiments schürt, freisetzt und der sich zu entziehen immer schwieriger wird. Mit dem Aktionscamp werden wir versuchen, gegen die Verdummungs- und Verschleierungskampagne der politisch Verantwortlichen anzugehen und gleichzeitig die Menschen unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente und gezielte Irritationen; unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich Einhalt gebieten.

Der Kampf gegen die Grenzen ist ein Kampf gegen Infraotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Spiel ohne Grenzen

Ziel des Sommercamps ist, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen. Vorbereitet werden derzeit Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Interventionen; spontane Aktionen, die nicht zuletzt die Aufmerksamkeit der Grenzschutzeinheiten auf sich ziehen und den reibungslosen Ablauf der Kontrollen tangieren; inhaltliche Auseinandersetzung und Erfahrungsaustausch in Workshops und Arbeitsgruppen und ein umfangreiches Programm mit Raves, Parties und Konzerten.

Kontakt: Sommercamp, c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustrasse 2a, 10961 Berlin, fon 030/693 56 70, http://www.contrast.org/borders.

Rezensionen

Iris Bockermann

Politische Transformation und Geschlechterverhältnis

Die renomierte *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* hat vor kurzem *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, ihr diesjeriges Sonderheft vorgelegt. Geschlechterverhältnisse bedürfen auch heute immer noch einer besonderen „Sonder"-Heft-Behandlung.
31 AutorInnen machen in 24 Texten in wissenschaftlicher Sprache und Komplexität *Transformationen des Politischen* und ihre implizite Geschlechtlichkeit zum Gegenstand. D. h. sie befassen sich alle mit der Bedeutung des Geschlechterverhältnisses für die großen Umbrüche und Wandlungsprozesse des 20. Jahrhunderts: Globalisierung, Nationalstaat und internationale Politik, Ökonomisierung, (Ent-) Demokratisierung.

Ausgangspunkt des Buches ist, daß die Welt nicht mehr so ist, wie sie vor Ende des „kalten Krieges" und vor ´89 war. Dieser Umstand ließ die Politikwissenschaften lange unberührt, wenngleich mit begrenzten wissenschaftlichen Begriffen und Konzepten des „Politischen" die in Bewegung befindlichen Prozesse analysiert wurden, was auch die Transformationsforschung wiederbelebte und mit ihr ein technizistisches und mechanistische Verständnis von Welt (Schlagworte sind: Systemwechsel, Transition, nachholende Revolution, Modernisierung). Die geschlechterkritische Perspekte dieser Umbrüche und Prozesse fehlte hingegen fast ganz. Auch heute noch zählen die Politikwissenschaften zu den hartnäckigen Bastionen des „malestream", mal geschlechtsblind, mal Geschlechtsneutralität vorgaukelnd, mal männerträchtig verschleiernd (Mary O´Brian 1981).
Dieser Stand der Politikwissenschaften wird von den Autorinnen Eva Kreisky und Birgit Sauer als ein „Begriffs- und Prognose-Desaster" und ein mangelnder „reflexiver Notstand" kommentiert. Die „Wissenschaft der Politik" könne durch die geschlechterkritischen Perspektiven ihre „Politikfähigkeit" unter Beweis stellen. Denn unbestritten sei, daß das Politische neue Impulse brauche.

Bob Jessop befaßt sich mit dem Zusammenhang von nationalstaatlicher Entwicklung und Globalisierung, Irmgard Schultz mit ökologischer Krise und Wohlfahrtsstaat, Susanne Frank mit geschlechterbezogener Stadt- und Raumforschung, Silvia Kontos mit Mutterschutzpolitik, Birgit Locher-Dogde, Vlasta Jalusic und Uta Ruppert mit Geschlechterarrangements im Verhältnis zu internationaler Politik. Gesine Schwan vertritt die These, daß westliche Demokratien die Gefahr der Zerstörung freiheitlicher Gesellschaften bergen. Sie plädiert für eine feministische Erweiterung.

Brigitte Young führt in ihrem Artikel Poilitik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung die Geschlechtsblindheiten der Globalisierung und die geschlechtsspezifische Entwicklung der globalen Transformationsprozesse aus. Der Globalisierungsprozeß habe, so ihre Schlußfolgerung, „zwei Geschlechter", an der entlang sich Rasse und Klasse nochmals ausdifferenziere. Mit einer neu gewonnen Durchlässigkeit von Ein- und Aufstieg (auch für Frauen) in die männliche Berufswelt, entwickle sich parallel dazu ein insbesondere weiblicher Dienstbotensektor, der unter dem Schlagwort „Feminisierung der Arbeit" schon bekannt ist. Young plädiert für einen neuen Gesellschaftsvertrag ohne Herrschaft und Festschrei-

bung von Geschlechterhierarchisierung in dem es eine Gesellschaftsgestaltung für die hochqualifizierten ortsunabhängigen Mitglieder der Gesellschaft wie auch für die niedrigqualifizierten ortsabhängigen Mitglieder geben müsse.

Teresa Kulawik setzt sich in ihrem Artikel *Jenseits des - androzentristischen - Wohlfahrtsstaates?* mit Wohlfahrtsstaat im scheinbar finalen Stadium auseinander. Sie diskutiert die Prognose der Elimierung der „Wohlfahrt" oder des „Staates" auf dem Wege zur Wohlfahrtsgesellschaft und setzt diese in Beziehung zur Geschlechterpolitik. Sie wendet sich entschieden gegen eine „sentimentale Verklärung der alten Zeiten". Eine gleichberechtigte wohlfahrtsstaatliche Teilhabe von Männern und Frauen habe es nie gegeben. Von Deregulierung, geringfügiger Beschäftigung, Flexibilisierung von Arbeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf seien in erster Linie und ganz systematisch Frauen betroffen gewesen. Öffentliches Interesse erhalte die neu erstarkte Debatte um Verteilungsfragen, erst durch die Betroffenheiten männlich, weißer, rundum von Frauen versorgter „Normalarbeiter".
Kulawik plädiert dafür, daß geschlechtsspezifische Interessen von Frauen nicht zu Gunsten eines „wir sitzen doch alle in einem Boot" Dünkels, eines vermeintlichen „Gesamtinteresses" über Bord geworfen werden. Ebenso richtet sie an die Adresse der deutschen Frauenbewegung, den Staat nicht als „obrigkeitlichen Verteiler", sondern als ein „Konfliktregelungssystem" zu begreifen. Dann klappe es auch mit den Forderungen.

Dieses Buch ist eine Bilanzierung und Folgenabschätzung des Geschlechterverhältnisses für die auf dem Wege befindlichen Prozesse und Umbrüche zu etwas Neuem. Was bergen diese Übergangssituationen für Chancen und Gefahren, wer sind die VerliererInnen, wer die GewinnerInnen? Welche Rolle spielt dabei konstitutiv das Geschlechterverhältnis?

Hrsg.: Eva Kreisky und Birgit Sauer; Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation; Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28/1997, 38. Jg. 1997; Westdeutscher Verlag 1998; 513 Seiten für 78,- Mark,

SHORT CUT

Susanne Reichinger

Bilanzen und Visionen zur Globalisierung aus Frauensicht

Durch die sich verstärkt verbreitende neoliberale Marktwirtschaft ausgelöste Entwicklungen führen dazu, daß Staaten immer mehr von ihrem Machtmonopol vor Ort verlieren, internationale Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstitutionen dafür zunehmend an Einfluß gewinnen. Gleichzeitig verändern sich weltweit ökonomische, soziale, politische Verhältnisse, entsteht ein Wertewandel. Die Geschehnisse der Weltgesellschaft sind mehr denn je miteinander verwoben. Interaktionen zwischen Kultur, Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft globalisieren sich. Diese Stichworte beschreiben eine aus den Fugen geratene Welt, skizzieren den Hintergrund für die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft diskutierte Globalisierung. Was bislang in dieser Debatte vernachlässigt wird, ist die Frage, ob die hier benannten gesellschaftlichen Veränderungen auf das Leben von Frauen ohne Einfluß bleiben. Sind Globalisierungsprozesse wirklich geschlechtsneutral? Jetzt sind zwei Bücher erschienen, die den Einfluß der Globalisierung unter dem Aspekt untersuchen, ob und wie sich die dadurch ausgelösten innergesellschaftlichen Verschiebungen auf Frauen auswirken.
Christa Wichterich spürt in ihrem Buch der Frage, ob und wie sich das Leben von Frauen durch die Globalisierung verändert, in Reportagen und Analysen nach. In einem lebendigen Mosaik von Länderbeispielen beschreibt sie die Wirkung des sozioökonomischen Wandels auf weibliche Lebensentwürfe. Er beeinflußt Arbeitsalltag, Ernährungsgewohnheiten, Lebensgewohnheiten der Frauen in Süd und Nord. Auch sorgen die durch den Neoliberalismus verursachten Verschiebungen für Angleichung verschiedener Kulturen und Länder. Für einige von ihnen bieten sich dabei neue Chancen. Die Umbrüche stellen traditionelle Rollenzuweisungen in Frage, auch wenn sie die geschlechtsspezifische Arbeitsverteilung nicht unbedingt aufheben. Die Mehrheit gehört eher zu den Verliererinnen, denn gleichzeitig werden soziale Sicherheiten ausgehebelt. Zugleich verändern sich Sozialsysteme, geht in den Sozialstrukturen die Gemeinschaft verloren. Frauen reagieren auf die durch einen solchen Wertewandel hervorgerufene Verunsicherung mit der Konstruktion einer Identität im Widerspruch zu der Do-

minanzkultur. Sie sind aber auch gesellschaftsverändernde Kraft. In diesem kleinen Band werden vor allem die Folgen der Globalisierung aufgezeigt, er eignet sich daher auch gerade für NeueinsteigerInnen.
In der von Ruth Klingebiel und Shalini Randeria herausgegebenen Aufsatzsammlung untersuchen verschiedene Autorinnen aus Nord und Süd in differenzierten Reflexionen, Fallstudien, konzeptionellen Überlegungen, wie sich die globalen Interaktionen zwischen Kultur, Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Frauenpolitik auswirken. Sie zeigen sich dadurch entwickelnde neue Handlungsperspektiven auf, machen aber ebenso die darin enthaltenen Herausforderungen deutlich. Ihre Beiträge spiegeln die Verknüpfung von Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung wider. Sie diskutieren die Rolle der internationalen Frauenbewegung als Akteurinnen in einer globalisierten Welt, zeigen die Widersprüche und Ambivalenzen bei den transnationalen Diskursbündnissen sowie den Gestaltungsmöglichkeiten der internationalen Frauenbewegung auf und beschäftigen sich mit deren Kontroversen im Bereich der Bevölkerungspolitik. Sie geben aber auch einen Überblick über die ungleiche Teilhabe der Geschlechter auf nationaler wie internationaler Ebene, kritisieren den ökofeministischen Diskurs und fassen die feministische Kritik an der Politik der Strukturanpassung zusammen. Die Vielfalt der Beiträge kann hier nur skizziert werden, erzeugt aber auch Neugier, es zu lesen, vor allem bei LeserInnen, die sich mit der Globalisierung schon länger beschäftigen.

Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz 1998, 300 S., 24,80 DM; Christa Wichterich: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Rowohlt Verlag 1998, 14,90 DM

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Nachhaltige Weltbilder

Im September 1997 fand an der Universität Hannover der Kongreß *Nachhaltige Weltbilder* statt. Zu diesem Kongreß über Ökologie und Autonomie ist nun ein Reader erschienen, der Beiträge vom und zum Kongreß veröffentlicht. Die zwölf Beiträge vom Kongreß legen die theoretischen Prämissen und praktisch-politischen Konsequenzen einer grundsätzlichen Kritik der nachhaltigen Entwicklung dar. Ralf Strobach von der Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover stellt zuerst einmal den Inhalt der Agenda 21 vor. Johannes Weigel (ASTA Hannover) und Peter Döge widmen sich dann der Kritik der theoretischen Annahmen von Sustainable development, während die Hannoveraner Anti-EXPO-AG untersucht, welch erfolgreiche Verbindung Nachhaltigkeit und das Großprojekt Weltausstellung EXPO 2000 eingehen.
Das dritte Kapitel thematisiert Regionalisierung, Subsistenz und Gegenmacht: Christa Müller vom Institut für Theorie und Praxis der Susbsistenz berichtet von ihren Forschungen zur Zerstörung der auf Gegenseitigkeit beruhenden Subsistenzökonomie in

einem kleinen nordrheinwestfälischen Dorf. Sie schenkt vor allem den kulturellen und sozialen Aspekten von Ökonomie und Regionalisierung Beachtung. Jörg Bergstedt zeigt "Wege zu einer anderen Ökonomie". Die Kritik der Bevölkerungspolitik ist mit zwei Beiträgen vertreten, beide von Jörg Djuren und Ute Finkeldey. Sie zeigen, wie "ökologische" Argumente in den rassistischen Überbevölkerungsdiskurs eingebaut werden. Nachhaltige Weltbilder ist ein sehr preiswertes Kompendium der Nachhaltigkeitskritik, das sowohl für AnfängerInnen in der Thematik nützlich, wie auch für alte HäsInnen anregend ist. Die Beiträge sind durchgehend von recht guter Qualität. Aus dem Rahmen fällt nur ein Beitrag von Jörg Bergstedt, der mit einem mechanistischen Gesellschaftsbild aufwartet, das sich zwar gesellschaftskritisch dünkt, aber von einer Kritik des Kapitalismus weit entfernt ist. Sich als kritisch verstehende Vorstellungen von Filz, Lüge, Manipulation, Schein-Sachzwängen und ähnlichem waren, erst recht so platt wie Bergstedt sie benutzt, schon in früheren Stadien des patriarchalen Kapitalismus falsch, wenn nicht reaktionär. Seine konkreten Vorschläge haben dann in Einzelpunkten eine sehr neoliberale Schlagseite: "Abschaffung aller Grenzhindernisse, freier Warenaustausch für alle", oder "keine staatliche Planwirtschaft, echte Marktwirtschaft überall, auch im Energie- und Agrarbereich" (S. 127). Komische Vorstellung von einer "anderen Ökonomie". Dieser Ausreißer tut aber dem ansonsten gelungenen Mix aus "theoretischen" und weniger theoretischen Beiträgen keinen Abbruch.

Über zwei Jahre ist die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD) nun alt. In der nachhaltigen Bildungsarbeit und der Lokalen Agenda 21 finden unverbindliche Wunschkonzerte zur zukunftsfähigen Entwicklung statt ("Wollen sie eine Nahverkehrsverbesserung oder darfs doch etwas mehr internationale Gerechtigkeit sein?"). In der herrschenden Meinung, die immer noch die Meinung vor allem der Herrschenden ist, ist wieder nur Standort und Innovation gefragt. Nachhaltigkeit fügt sich hier nahtlos ein. Oder etwa doch nicht?

Ein kleiner Band von Manfred Linz, Mitarbeiter des Wuppertal-Institut gibt auch darauf keine Antwort. Er referiert die Kritik an der Studie und gibt ihr im allgemeinen recht, egal ob es um feministische Kritik, den Begriff der Arbeit in der Studie, oder ihre Vorstellungen zur Landwirtschaft geht. Das ist zwar seltsam, aber nicht weiter verwunderlich. In der Vergangenheit hatte jedeR, und sei er oder sie auch MitarbeiterIn beim Wuppertal-Institut seinen oder ihren persönlichen Kritikpunkt an ZD entdeckt und ausgewalzt. Hauptsache, die Grundaussagen werden nicht in Frage gestellt. In den Folgerungen für die weitere Arbeit an einem ZD verbleibt das Buch mehr als nebulös.

Etwas älter und noch langweiliger ist "Ein Buch macht von sich reden", das eine "Zwischenbilanz zur Resonanz auf die Studie" sein will. Hier finden sich Reden von der Präsentation der Studie im Oktober 1995, und eine im Verhältnis zum Band von Linz noch willkürlichere Zusammenstellung der Kritiken. Das Buch enthält auch Beiträge von einem Auswertungstreffen von BUND, MISEREOR und Wuppertal-Institut vom Januar 1997 und eine statistische Untersuchung über durch ZD angeregte Veranstaltungen und Seminare. Beide Bücher sind für eine kritische Position nicht einmal zur Aufklärung über die Absichten der Gegenseite brauchbar.

ASTA Uni Hannover u.a. (Hrsg.): Nachhaltige Weltbilder. Hinter den Kulissen nachhaltiger Entwicklung, 192 S., 7 DM plus Porto. Bezug z.B. über Anares Nord, Postfach 20 11, 31315 Sehnde - Manfred Linz: Spannungsbogen, Birkhäuser Verlag 1998, 76 S. - R. Hermle (Hg.): Ein Buch macht von sich reden, MISEREOR Aachen 1997, 218 S.

SHORT CUT

Alltagsforschung

Christoph Spehr

Das kleine Wahl-ABC (2. Teil)

INNOVATION. Euphemismus (schönfärberischer Begriff) für Maßnahmen zur herrschaftsförmigen Krisenlösung, d.h. Umverteilung von unten nach oben, Einschränkung von Sozial- und ArbeitnehmerInnen-Rechten, Flexibilisierung und Deregulierung usw. Wird von beiden großen PARTEIEN (siehe dort) lautstark um die Wette gefordert. Aus Gründen, die einer erschöpfenden Aufklärung immer noch harren, bringt dies nicht nur unternehmerische Wahlspenden, sondern kommt auch beim Wähler gut an.

JEVER. Zustand, den anständige Männer fürchten wie der Teufel das Weihwasser: "Keine Staus. Keine Hektik. Keine Termine." Lieber entwickeln sie sich zu notorischen Lügnern und Aufschneidern, gehen in die Politik und werden Abgeordnete, Minister und Kanzler, obwohl das gar nicht gut ist für die Gesundheit. Aus Furcht davor, eines Tages den JEVER zu bekommen, kleben sie jahrzehntelang an ihren Sesseln und bekommen Magengeschwüre. Moderne Demokratien bieten für Politiker deshalb bereits JEVER-Trainings an, um die Panik abzubauen und die DEMOKRATIE geschmeidig zu halten.

KOMMUNISMUS. Gespenst, das nach Auffassung des CDU-Wahlkampfstabs immer noch jede Wahl gewinnt. Wird, obwohl tot, alle vier Jahre unter lautem Tamtam geweckt und muß mit roten Socken auf der Schloßmauer gruseln. Nach der aktuellen Variante führt ein Wahlsieg der SPD zu einer rot-grünen Koalition unter Tolerierung der PDS, was Schröder dazu zwingen wird, Grundbesitz und Banken zu verstaatlichen, die CSU als extremistische Partei zu verbieten und den Beitritt der BRD zur Volksrepublik Cuba zu beantragen.

LIBERAL. Wie schon Loriot wußte, bedeutet liberal im liberalen Sinne nicht einfach "liberal". Weltanschaulich bezeichnet "liberal" eine Richtung, der die Freiheit so wichtig ist, daß sie sie lieber in möglichst reiner Form bei einigen Wenigen darstellen möchte, anstatt sie durch Vermassung in den Schmutz und die Gewöhnlichkeit herabzuziehen. Sollten die Versuche Berliner StudentInnen erfolgreich sein, durch Masseneintritte in die FDP den Bildungsminister zu stellen, könnte "liberal" aber schon wieder ganz anderes bedeuten.

MAGDEBURGER BESCHLÜSSE. Airbag, um den grünen Aufprall auf die Wirklichkeit zu mindern. Die Wirklichkeit bestand Frühjahr 1998 in der realen Gefahr, daß die Wahl die Grünen erstmals in eine Regierungsverantwortung auf Bundesebene bringen könnte. Der blitzschnell aufgeblasene Airbag füllte sich mit ein paar luftigen Bekenntnissen, an deren Umsetzbarkeit in einer rot-grünen Koalition niemand glaubt (NATO-Austritt, Benzinpreis, Einschränkung des Flugtourismus), die sich aber weich und grün anfühlten und auch die Gefahr eines rot-grünen Wahlsiegs vorübergehend verringerten.

NEUE LÄNDER. Früher: Bezeichnung für Kolonien, heute: Ex-DDR. Gebiet, in dem Bundestagswahlen nicht gewonnen werden, weil dort zu wenig Leute wohnen. Probleme der NEUEN LÄNDER spielen im Wahlkampf daher keine Rolle, was für die Kolonien zur Zeit Bismarcks genauso galt wie für die Ex-DDR-Länder heute.

ORANGEN. Wunder, das sich regelmäßig vor politischen Großereignissen ereignet, die massenpolitische Akzeptanz erfordern. Nach dem Großereignis verschwindet das Wunder sofort wieder. So benannt nach den Apfelsinen, die jedesmal in der DDR aus dem Nichts auftauchten und in die Läden gelangten, wenn ein Parteitag der ruhmreichen SED anstand. In der Demokratie westlicher Prägung treten ORANGEN hauptsächlich vor Bundestagswahlen auf. Zu den ORANGEN, die hier verteilt werden, zählen u.a. ABM-Stellen, hinausgezögerte Massenentlassungen, "Aufschwünge" und "Wenden auf dem Arbeitsmarkt".

PARTEIEN. Organe, die den Willen des Volkes bilden. Für die Volkserziehung durch die PARTEIEN läßt der Staat ordentlich was springen. Er gibt ihnen Geld für den Wahlkampf, beschenkt steuerlich ihre Spender, und finanziert ihre Stiftungen. Wenn eine Partei soweit ist, daß es nichts mehr ändert, wenn sie gewinnt, bekommt sie das Prädikat "regierungsfähig". Für den Fall, daß eine Partei beim Volk durchgefallen ist, haben moderne DEMOKRATIEN immer noch eine andere Partei in der Schublade, will sagen: in der Opposition.

SHORT CUT

Neue Medien

Bernd Hüttner

Widersprüche, Südasien, Imprekorr, Brandanschläge, Beute - Neue Folge

Als 1997 die Zeitschrift *links* ihr Erscheinen einstellte, wurde als ein Nachfolgeprojekt das SB- oder auch *links*-Jahrbuch angekündigt. Die Nr. 66 von *Widersprüche*, der Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich erscheint nun mit dem Aufkleber "Sonderband mit links" und titelt "Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression". Sie soll also wohl das *links*-Jahrbuch sein. Nur: Beiträge ehemaliger *links*-Redakteur enthalten die *Widersprüche* nicht, was vielleicht besser so ist. In *Widersprüche* finden sich Artikel zur Diskusison um die Brauchbarkeit von Klassenbegriffen heute, zu verschiedenen Formen von Ausgrenzung (räumlich, politisch, juristisch, ...) und zu Gegenstrategien. Letztere kreisen darum, wie eine "Politik des Sozialen", die in den 80ern von der *Widersprüche*-Redaktion propagiert wurde, und aus "sozialer Garantie, ProduzentInnensozialpolitik und alternativer Hegemonie" bestand, gescheitert ist. Die Texte sind ein theoretischer Versuch, an sozialer Sicherheit festzuhalten, ohne Lohnarbeit und Sozialstaat bedingungslos zu verteidigen. Sie umgehen die Fallen, in die heute im Diskurs der Kritik von Globalisierung wieder gerne getreten wird (ISBN 3-89370-276-8, 256 S., 21 DM, Kleine Verlag, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld).

Die Situation in Indien nach dem Wahlsieg der BJP ist Thema in mehreren Zeitschriften, so auch in *Südostasien* und in der *Inprekorr*. In der aus der Fusion der *südostasien informationen* und des *phillipinenforum* hervorgegangenen *südostasien* findet sich eine genaue Darstellung der Wahlergebnisse, ein Porträt des neuen Ministerpräsidenten Vajpayee, ein Beitrag zu Sonia Gandhi, der Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten, die Spitzenkandidatin der Congress-Partei bei den Wahlen, und ein Kommentar. *Inprekorr* besteht zum Großteil aus Übersetzungen aus internationalen Zeitschriften. Sie nähert sich dem Thema weit politischer, ihre Sympathie gehört der Linken in Indien. In *Inprekorr* finden sich ferner Berichte aus Europa und zwei Beiträge zu Weltwirtschaft. Auffällig ist, daß in beiden Heften Internet-Adressen angegeben werden, über die weitere Informationen abgerufen werden können. Südostasien 3/98, 76 S., 9 DM, Südasienbüro, Bullmannause 11, 45327 Essen, fon 0201/830 38 16; Inprekor Nr. 318, 36 S., 5 DM, Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln.

Das Buch mit dem etwas monströsen Titel *Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft* stellt sehr ausführlich und zusammenfassend die Ereignisse um den Brandanschlag in Lübeck dar; ebenso wird auf einen ähnlichen Anschlag in Hattingen 1993 eingegangen. Es schildert, wie die Opfer der Anschläge zum Ziel der Ermittlungen wurden. Das Buch wurde von zwei antirassistischen Gruppen aus Hamburg verfasst, die auch an der Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß in Lübeck und der Unterstützung der Überlebenden beteiligt waren. Neben der Darstellung der skandalösen und doch "normalen" polizeilichen, juristischen und medialen Dimensionen dieser beiden "Vorfälle", widmen sich die AutorInnen auch dem rassistischen Konsens in Deutschland und dem Verhältnis von Faschismus und imperialistischer Demokratie. 264 S., 18 DM, Verlag Schwarze Risse, Berlin 1998, ISBN 3-924737-43-6.

Die *Beute* erscheint nun wieder - im halbjährlichen Rhythmus und, nach dem Ausstieg einiger RedakteurInnen, mit verändertem Konzept. Die neue Ausgabe behandelt "Kunst und Politik" in ziemlich nichtssagenden Aufsätzen, die ebenso in SPEX, Die Woche, Kursbuch, Kunstforum oder GEO stehen könnten. Konkret sind das dann u.a. eine Schlingensief-Kritik, einige übersetzte Cultural-Studies-Aufsätze aus den USA und GB und ein sehr wolkiger Text von Diedrich Diederichsen zum Verhältnis Linke, Politik und Kultur. Ein politisches Projekt oder auch nur ein politischer Gedanke, für den *Die Beute. Neue Folge* steht, ist noch weniger zu erkennen, als bei der alten *beute*. Dafür gibts dann auch eine wohlwollende Rezension in der nationalliberalen *taz*. Die nächste Ausgabe ist mit "Die Linke nach 68" angekündigt und wird die Entscheidung bringen, ob die *Beute* vollends zum bildungsbürgerlichen Organ einer resignierten Strömung von alternden Linksradikalen wird. 242 S., 28 DM, im Buchhandel oder fon 030/694 7703.

SHORT CUT

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus
und Kommnuikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034

RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Cover: design by markovits
Fotos: Tanja Niehoff
Druck: Gegendruck,
Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Anzeigen:
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom Juni 1998.

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden soweit redaktionell möglich abgedruckt.

V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

12/ 99/ 1/220/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

Don't reduce. Reach for the max.

alaska. internationalistisch. feministisch. links. anders.

Bestellen: Abos, Probehefte, Plakate, Postkarten: fon/fax 0421 - 720 34